

14

—
**Jahresbericht
KdK 2014**
—

**Rapport annuel
CdC 2014**



KONFERENZ DER KANTONSREGIERUNGEN
CONFERENCE DES GOUVERNEMENTS CANTONAUX
CONFERENZA DEI GOVERNI CANTONALI
CONFERENZA DA LAS REGENZAS CHANTUNALAS

Konferenz der Kantonsregierungen

Conférence des gouvernements cantonaux

Jahresbericht 2014 KdK
Rapport annuel CdC 2014

Inhaltsverzeichnis

Einleitung.....	5
-----------------	---

1 Organisation.....	7
1.1 Plenarversammlung.....	7
1.2 Leitender Ausschuss.....	8
1.3 Weitere politische Kommissionen und technische Arbeitsgruppen.....	9
1.4 Sekretariat.....	9

2 Tätigkeit.....	11
2.1 Arbeitsschwerpunkte	11
2.1.1 Plenarversammlung.....	11
2.1.2 Leitender Ausschuss.....	18
2.1.3 Stellungnahmen.....	21
2.1.4 Zusammenarbeit Bund – Kantone	24
2.1.5 Koordination mit Direktorenkonferenzen und regionalen Regierungskonferenzen.....	26
2.1.6 Weitere Schwerpunktthemen.....	27
2.2 Weitere Aktivitäten.....	27
2.2.1 Allgemeines.....	27
2.2.2 Aussenpolitik.....	29
2.2.3 Innenpolitik.....	30
2.2.4 Mandate	33

3 Rechnung.....	35
------------------------	-----------

Anhänge.....	70
--------------	----

Einleitung

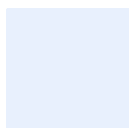
Unser föderales System und der gesellschaftliche Konsens stehen vor grossen Herausforderungen: eine starke gemeinsame Stimme der Kantone ist deshalb heute wichtiger denn je.

Die Frage der Vereinbarkeit einer Steuerung der Zuwanderung mit der Personenfreizügigkeit mit der EU ist eine dieser Herausforderungen. Die Kantonsregierungen haben sich deshalb nach Annahme der Initiative „Gegen Masseneinwanderung“ am 9. Februar 2014 das ganze Jahr über eingehend mit der Umsetzung des neuen Verfassungsartikels befasst. Neben der aktiven Mitwirkung in der vom Bund eingesetzten Expertengruppe gelang es den Kantonen, dank einer intensiven Zusammenarbeit, ihre Positionen nachhaltig einzubringen. Die Plenarversammlung vom 20. Juni verabschiedete Eckwerte für ein künftiges, möglichst föderales und effizientes Zulassungssystem und bekräftigte ihre Unterstützung des bilateralen Wegs mit der EU. Ausserdem legten die Kantonsregierungen im Herbst Grundsätze zu den Begleitmassnahmen, namentlich zur Mobilisierung des inländischen Arbeitskräftepotenzials fest. Zum Jahresende äusserten sich die Kantonsregierungen zudem in einer gemeinsamen Stellungnahme positiv zum Verhandlungsmandat des Bundes über die Anpassung des Freizügigkeitsabkommens zwischen der Schweiz und der EU.

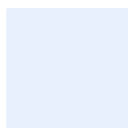
Eine weitere Herausforderung stellt die Besteuerung und die Finanzierung von Staatsaufgaben sowie der Ausgleich unter den Kantonen dar. Hier besteht ein Spannungsfeld zwischen Wettbewerb und Solidarität. Im Rahmen der Vernehmlassung zum Wirksamkeitsbericht 2012-2015 anerkennen die Kantone die Bedeutung des Finanzausgleichs für die eidgenössische Solidarität und den Föderalismus. Obwohl sich die Standpunkte der ressourcenstarken und ressourcenschwachen Kantone in mehreren wichtigen Punkten unterscheiden, konnten die Kantonsregierungen im Sommer eine gemeinsame Stellungnahme verabschieden. Wesentlich bei dieser Konsolidierungsarbeit ist vor allem, dass die verschiedenen Positionen und Interessen an einem Tisch beraten werden und um eine Verständigung gerungen wird. Reformbedarf gibt es auch bei den Unternehmenssteuern: Die Kantone unterstützen die Massnahmen zur Bewahrung der steuerlichen Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz, fordern aber in ihrer gemeinsamen Stellungnahme zur USR III, dass sie finanziell nicht noch mehr unter Druck geraten.

Im Rahmen des erstmals erstellten Mehrjahresmonitorings 2011 bis 2013 wurden die Entwicklungen und die Herausforderungen für den Föderalismus analysiert und aufgearbeitet. Es werden elf Massnahmen zur Stärkung des Föderalismus vorgeschlagen: so zum Beispiel eine weitere Überprüfung der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen, die Überprüfung der Finanzierung des Vollzugs von Bundesrecht durch die Kantone oder die Schaffung einer eingeschränkten Verfassungsgerichtsbarkeit, um die Einhaltung der föderalistischen Grundsätze gerichtlich überprüfbar zu machen. - Im Rahmen der vierten Nationalen Föderalismuskonferenz vom 27./28. November in Solothurn wurde zum ersten Mal ein „Föderalismuspreis“ verliehen. Erster Preisträger ist alt Bundesrat Arnold Koller, der für seinen unermüdlichen Einsatz für einen modernen schweizerischen Föderalismus, insbesondere auch als Vater der neuen Bundesverfassung, geehrt wurde.

Insgesamt hat es den Kantonen und der Konferenz der Kantonsregierungen unter neuem Präsidium nicht an Herausforderungen gefehlt. Ein herzliches Dankschön allen, die sich 2014 für eine starke Stimme der Kantone engagiert haben.



Staatsratspräsident Jean-Michel Cina
Präsident



Dr. Sandra Maissen
Generalsekretärin

01

1 Organisation

1.1 Plenarversammlung

Das oberste Entscheidorgan der Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) ist die vierteljährlich tagende Plenarversammlung, an der jeder Kanton durch ein Regierungsmitglied vertreten ist. Die Vertretung eines Kantons in der KdK wird jeweils durch die Regierung des entsprechenden Kantons geregelt. Im Berichtsjahr nahmen folgende Mitglieder der Kantonsregierungen an den Plenarversammlungen teil:

Kanton	Vertretung
ZH	Regierungsrat Ernst Stocker Regierungsrat Martin Graf
BE	Regierungspräsident Christoph Neuhaus Regierungsrat Hans-Jürg Käser Regierungsrat Philippe Perrenoud
LU	Regierungsrätin Yvonne Schärli-Gerig
UR	Landammann Heidi Z'graggen
SZ	Regierungsrat Kurt Zibung
OW	-
NW	Regierungsrat Alois Bissig Regierungsrat Othmar Filliger
GL	Regierungsrat Andrea Bettiga
ZG	Regierungsrat Matthias Michel
FR	Staatsratspräsident Beat Vonlanthen
SO	Regierungsrätin Esther Gassler Regierungsrat Remo Ankli
BS	Regierungspräsident Guy Morin
BL	Regierungsrätin Sabine Pegoraro Regierungsrat Anton Lauber
SH	Regierungsrat Reto Dubach

AR	Regierungsrat Jürg Wernli
AI	Landammann Daniel Fässler
SG	Regierungsrat Benedikt Würth
GR	Regierungsrätin Barbara Janom Steiner
AG	Landammann Roland Brogli
TG	Regierungspräsident Claudius Graf-Schelling
TI	Staatsrat Norman Gobbi
	Staatsrat Paolo Beltraminelli
	Staatsrätin Laura Sadis
VD	Staatsrat Pascal Broulis
VS	Staatsratspräsident Jean-Michel Cina
NE	Staatsratspräsident Alain Ribaux
	Staatsrat Jean-Nathanaël Karakash
GE	Staatsratspräsident François Longchamp
JU	Ministerin Elisabeth Baume-Schneider

1.2 Leitender Ausschuss

Der Leitende Ausschuss ist das Führungsorgan der KdK. Neun Regierungsrätinnen und Regierungsräte aus allen Regionen bereiten im Leitenden Ausschuss die Geschäfte der Plenarversammlung vor. Gemäss Geschäftsordnung der KdK vom 20. März 2009 haben die französischsprachige (zwei Sitze), die italienischsprachige und die rätoromane Schweiz, die Ost-, die Nordwest- und die Zentralschweiz sowie die Kantone Bern und Zürich Anspruch auf Vertretung im Leitenden Ausschuss. Im Berichtsjahr setzte sich der Leitende Ausschuss wie folgt zusammen:

Kanton	Vertretung
VS / CGSO	Staatsratspräsident Jean-Michel Cina, Präsident
BE	Regierungsrat Hans-Jürg Käser, Vizepräsident
ZH	Regierungsrat Ernst Stocker
SZ / ZRK	Regierungsrat Kurt Zibung
GL / ORK	Regierungsrat Andrea Bettiga, seit 26.09.2014
AI / ORK	Landammann Daniel Fässler, bis 26.09.2014
GR	Regierungsrätin Barbara Janom Steiner
TI	Staatsrat Norman Gobbi
GE / CGSO	Staatsratspräsident François Longchamp
JU / NWRK	Ministerin Elisabeth Baume-Schneider

1.3 Weitere politische Kommissionen und technische Arbeitsgruppen

Neben diesen beiden Hauptorganen gibt es im Zusammenhang mit der Betreuung einzelner Geschäfte oder Mandate zahlreiche weitere Kommissionen und Arbeitsgruppen der KdK. Eine Zusammenstellung dieser Kommissionen und Arbeitsgruppen findet sich in Anhang 2 dieses Berichts. Delegationen der KdK in nationalen und internationalen Gremien und Arbeitsgruppen sind in Anhang 3 aufgelistet.

1.4 Sekretariat

Gemäss der Vereinbarung über die KdK verfügt die Konferenz über ein ständiges Sekretariat. An der Gründungsversammlung der KdK wurde die Sekretariatsführung im Sinne eines Mandats der ch Stiftung für eidgenössische Zusammenarbeit übertragen, die auch an der Konferenzgründung massgeblich beteiligt war. Seither führt die ch Stiftung das KdK-Sekretariat und die Geschäftsführerin der ch Stiftung, Dr. Sandra Maissen, amtiert gleichzeitig als Generalsekretärin der KdK.

Für das KdK-Sekretariat sind am Ende des Berichtsjahrs 29 Personen tätig (21.3 Vollzeitstellen). Davon arbeiten 22 Personen im Haus der Kantone in Bern, drei Mitarbeitende sind als Aussenstellen der KdK direkt in der Bundesverwaltung angesiedelt: in der Direktion für europäische Angelegenheiten (DEA), im Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartement sowie bei der Mission der Schweiz bei der EU in Brüssel. Weitere vier Personen arbeiten an der Geschäftsstelle der ch Stiftung in Solothurn (Leiter Dienstleistungen, Stabsstellen Personal und Finanzen). Die Mitarbeitenden des Bereichs Dienstleistungen sind teilweise sowohl für das KdK-Sekretariat wie auch für den Betrieb Haus der Kantone und die ch Stiftung tätig.

Ein Organigramm befindet sich im Anhang 1 dieses Berichts.

Personalbestand 31.12.2014

Geschäftsführung

- Sandra Maissen, Generalsekretärin
- Aline Masé, Persönliche Mitarbeiterin der Generalsekretärin

Personal

- Beatrice Müller, Leiterin

Finanzen

- Monika Zanon, Leiterin
- Rosmarie Bäumler, Fachfrau Finanzen

Dienstleistungen / Betrieb Haus der Kantone

- Daniel Arber, Bereichsleiter
- Christine Bonvin, Übersetzerin
- Daniel Bühler, Informatiker
- Manuela Furrer, Mitarbeiterin Sekretariat HdK/KdK
- Diego Javier Glauser, Mitarbeiter Sekretariat HdK/KdK
- Massimo Oberti, Übersetzer
- Praktikant/in Empfangssekretariat
- Pascale Prisset, Leiterin Sprachendienst
- Céline Randier, Übersetzerin
- Martin Rosenfeld, Projektleiter
- Sheyla Schär, Mitarbeiterin Sekretariat HdK/KdK

KdK-Aussenpolitik

- Roland Mayer, Bereichsleiter, Stellvertreter der Generalsekretärin
- Ursula Blumer, Informationsbeauftragte der Kantone in der Direktion für europäische Angelegenheiten, Stellvertreterin des Bereichsleiters
- Réto Gasser, Vertreter der Kantone im EJPD
- Luca Gobbo, Wissenschaftlicher Mitarbeiter
- Roland Krimm, Informationsbeauftragter der Kantone in der Schweizer Mission bei der EU in Brüssel
- Monika Tschumi, Wissenschaftliche Mitarbeiterin, Stellvertreterin der Informationsbeauftragten der Kantone in der Direktion für europäische Angelegenheiten

KdK-Innenpolitik / Koordination

- Thomas Minger, Bereichsleiter
- Nicole Gysin, Wissenschaftliche Mitarbeiterin, Stellvertreterin des Bereichsleiters
- Nadine Eckert, Wissenschaftliche Mitarbeiterin
- Christian Gobat, Beauftragter NFA
- Carmen Grand, Wissenschaftliche Mitarbeiterin
- Denise Pezzatti, Wissenschaftliche Mitarbeiterin (Stv. bis 15. November 2014)
- Sophie Welter, Wissenschaftliche Praktikantin
- Christine Winkelmann, Wissenschaftliche Mitarbeiterin

Pensionierung

Walter Moser, per 31. März 2014

Patrick Bergen, per 31. Mai 2014

02

2 Tätigkeit

2.1 Arbeitsschwerpunkte

2.1.1 Plenarversammlung

Im Berichtsjahr fanden am 21. März, 26. September und 19. Dezember ordentliche Plenarversammlungen sowie am 20. Juni eine ordentliche und eine ausserordentliche Plenarversammlung statt. Neben der Verabschiedung von Stellungnahmen zu verschiedenen Themen (vgl. Ziff. 2.1.3) befasste sich die Plenarversammlung im Jahr 2014 mit folgenden Schlüsselgeschäften:

Allgemeines

Föderalismusmonitoring

Seit 2005 erarbeitet die KdK im Auftrag der ch Stiftung für eidgenössische Zusammenarbeit jährlich ein Monitoring-Bericht über die föderalismusrelevanten Entwicklungen. Aufgrund einer konzeptionellen Überarbeitung des Föderalismusmonitorings wurde im Berichtsjahr erstmals ein Mehrjahresbericht erstellt, der die Entwicklung über die Jahre 2011 – 2013 aufzeigt. Gestützt auf diese Analyse beurteilen die Kantone und interkantonalen Konferenzen die Respektierung der in der Bundesverfassung verankerten föderalistischen Grundsätze unverändert als mittelmässig. Insgesamt ist der Zentralisierungsdruck auf Bundesebene ungebrochen und die Kantone müssen ihre Mitwirkungsrechte immer wieder mit Nachdruck einfordern. Zur Stärkung des Föderalismus schlagen die Kantone insgesamt 11 Massnahmen vor.

Mit Blick auf die schleichende Verwischung der Zuständigkeiten und Finanzierungsverantwortung fordern die Kantone u.a. eine grundlegende Überprüfung der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen sowie eine Überprüfung der Finanzierung des Vollzugs von Bundesrecht durch die Kantone. Weiter sprechen sie sich für die Schaffung einer eingeschränkten Verfassungsgerichtsbarkeit gegenüber Bundesgesetzen aus, damit die Einhaltung der verfassungsmässigen föderalistischen Grundsätze gerichtlich überprüfbar ist. Wichtig sind für die Kantone auch ein möglichst frühzeitiger Einbezug in die Vorbereitung von Bundesvorhaben sowie eine gezielte Stärkung ihrer Mitwirkungs-

rechte an der Aussenpolitik des Bundes. Schliesslich sind verschiedene Massnahmen zur Intensivierung der Information und Kommunikation rund um das Thema Föderalismus vorgesehen.

Der erste Mehrjahresbericht, dessen Publikationsrhythmus auf die alle drei Jahre stattfindende Nationale Föderalismuskonferenz abgestimmt ist, wurde am 20. Juni von der Plenarversammlung der KdK verabschiedet und publiziert. Der Bericht und seine Anhänge wurden auch elektronisch auf den Webseiten der KdK und der ch Stiftung veröffentlicht. Inhalt, Form und Struktur des Berichts wurden von den Empfängern, wie auch von den Medien, positiv aufgenommen. Der Bericht ist fundiert und die vorgeschlagenen Massnahmen stiessen beim Grossteil der betroffenen Partner auf Interesse.

Vierte Nationale Föderalismuskonferenz

Die Plenarversammlung der KdK vom 14. Dezember 2012 hatte den Kanton Solothurn mit der Organisation der Vierten Nationalen Föderalismuskonferenz beauftragt. Wie die früheren Ausgaben wurde auch diese Konferenz vom Gastgeberkanton, dem Bundesrat, dem Ständerat sowie der KdK getragen. Als KdK-Vertretung im Politischen Leitorgan wurde der Präsident und im Konferenzausschuss die Generalsekretärin bestimmt.

Die Vierte Nationale Föderalismuskonferenz fand am 27. und 28. November 2014 in Solothurn unter dem Motto «Zusammenhalt und Solidarität auf dem Prüfstand» statt. Sie zählte rund 200 Teilnehmende aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Verwaltung und Zivilgesellschaft.

Am ersten Tag wurde das Konferenzthema in Bezug auf historische und verfassungsrechtliche Aspekte, aus Sicht des Bundes und der Kantone sowie im Zusammenhang mit dem ersten Dreijahresbericht Monitoringbericht Föderalismus 2011-2013 beleuchtet. Am Nachmittag fanden acht Workshops statt, u.a. zu folgenden Themen: kooperative und komplementäre Entwicklung von Stadt und Land, Finanz- und Lastenausgleich, Zusammenarbeit und Solidarität zwischen den drei bundesstaatlichen Ebenen, geeignete Formen der interkantonalen und interkommunalen Zusammenarbeit sowie Solidarität in der Gesundheitspolitik.

Am zweiten Tag wurde der Blick auf das Ausland gerichtet: die Rolle des Föderalismus in der internationalen Auseinandersetzung über den Staatsaufbau, der Beitrag der schweizerischen internationalen Zusammenarbeit zur Entwicklung föderaler und dezentraler Strukturen (DEZA) sowie zum Erfahrungsaustausch und zur Aufbauhilfe (FoF). Anschliessend fanden eine zusammenfassende Diskussion über die Ergebnisse der Workshops sowie ein politisches Podium zur Frage, welchen Beitrag die Politik zur Förderung von Zusammenhalt und Solidarität leistet statt.

Den Höhepunkt der Veranstaltung bildete die erstmalige Überreichung des Föderalismuspreises. Dieser würdigte das lebenslange Engagement von alt Bundesrat Arnold Koller für den Föderalismus, sowohl im Rahmen seiner Tätigkeiten in der Judikative, der Legislative und der Exekutive – insbesondere im Zusammenhang mit der am 18. April 1999 in Kraft getretenen Totalrevision der Bundesverfassung – als auch als Universitätsprofessor sowie als Präsident des Forum of Federations.

Diese Konferenz bot wie die früheren Konferenzen Gelegenheit, losgelöst vom Alltagsgeschäft eine Standortbestimmung zum Schweizer Föderalismus vorzunehmen und Perspektiven für die Zukunft zu entwickeln. Sie stellt zudem die Vielseitigkeit des Föderalismus sowie die Anpassungsfähigkeit, die Kreativität und den Pragmatismus seiner Akteure unter Beweis. Schliesslich erinnert diese Veranstaltung mit Vorträgen über die Arbeit der DEZA und des FoF daran, dass die Besonderheit des Schweizer Modells nicht zuletzt seine grosse Ausstrahlungskraft ausmacht. Auch wenn es nicht perfekt ist, kann unser Land so einen bescheidenen Beitrag zum Aufbau einer demokratischeren Welt leisten, die stärker auf ihre Minderheiten hört.

Umsetzung Art. 121a BV: Grundsätzliches

Nach Annahme der Volksinitiative „Gegen Masseneinwanderung“ am 9. Februar 2014 befasste sich die Plenarversammlung der KdK an sämtlichen Sitzungen im Berichtsjahr mit den Folgen dieses Entscheids. Die Kantonsregierungen hielten dabei fest, dass die bestehenden bilateralen Abkommen mit der EU im Rahmen der Umsetzung der neuen Verfassungsbestimmungen aufrechtzuerhalten seien. In aussenpolitischer Hinsicht ermutigten die Kantonsregierungen den Bundesrat, das Gespräch mit der EU im Hinblick auf eine Anpassung des bestehenden Freizügigkeitsabkommens (FZA) zu suchen. In innenpolitischer Hinsicht stand einerseits die enge Mitarbeit bei der Erarbeitung eines Konzepts und dann einer konkreten Vorlage zur Umsetzung von Art. 121a BV im Vordergrund. Andererseits wurden aufgrund der diesbezüglichen Beschlüsse der Kantonsregierungen die bereits seit längerer Zeit an die Hand genommenen Arbeiten zur verstärkten Mobilisierung des inländischen Arbeitskräftepotentials intensiviert.

Grundsatzentscheid zur Beibehaltung des bilateralen Wegs

Nachdem bereits die Plenarversammlung der KdK vom 21. März 2015 festgelegt hatte, dass im Rahmen der Umsetzung von Art. 121a BV am bilateralen Weg im Verhältnis zur EU festgehalten werden soll, bestätigten die Kantonsregierungen am 20. Juni 2014 einstimmig ihren diesbezüglichen Beschluss anlässlich einer ausserordentlichen Plenarversammlung der KdK.

Verhandlungsmandat zur Anpassung des Freizügigkeitsabkommens mit der EU (FZA)

Am 8. Oktober 2014 verabschiedete der Bundesrat provisorisch ein Verhandlungsmandat zur Anpassung des FZA mit der EU. Der Auftrag zur Verabschiedung eines solchen Verhandlungsmandats ergibt sich aus den am 9. Februar 2014 neu eingeführten Verfassungsbestimmungen (Art. 121a BV und Art. 197 Abs. 11 BV).

In der Folge wurde den Kantonsregierungen seitens des Sekretariats der KdK ein Entwurf für eine gemeinsame Stellungnahme übermittelt. Auf der Grundlage der Rückmeldungen der Kantonsregierungen bereinigte und verabschiedete die Plenarversammlung der KdK am 19. Dezember 2014 eine gemeinsame Stellungnahme zu diesem Verhandlungsmandat.

Ecopop-Initiative

Die Organisation Ecopop reichte im Dezember 2012 eine Volksinitiative „Stopp der Überbevölkerung – zur Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen („Ecopop-Initiative“) ein. Die Initiative verlangte, die jährliche Zuwanderung auf 0,2% der ständigen Wohnbevölkerung im dreijährigen Durchschnitt zu beschränken und 10% der Mittel der Entwicklungshilfe für Projekte zur Familienplanung in Entwicklungsländern einzusetzen.

Da die Ecopop-Initiative vor dem Hintergrund der Annahme der Masseneinwanderungsinitiative und der entsprechenden Umsetzungsarbeiten an zusätzlicher Brisanz gewonnen hatte, entschied der Leitende Ausschuss der KdK, der Plenarversammlung einen gemeinsamen Positionsbezug zur Verabschiedung vorzulegen. Die Plenarversammlung der KdK verabschiedete in der Folge am 20. Juni 2014 einstimmig eine Position gegen die Ecopop-Initiative.

Koordination mittelfristige Strategie und institutionelle Fragen

Nachdem die Kantonsregierungen anlässlich der Plenarversammlung der KdK vom 13. Dezember 2013 eine gemeinsame Stellungnahme zu den Verhandlungsleitlinien des Bundesrates für ein Abkommen mit der EU zur Regelung von institutionellen Fragen verabschiedet hatten, wurden die diesbezüglichen Verhandlungen mit der EU schliesslich im Mai 2014 eröffnet. Die Kantone wurden vom Bund in die entsprechende Verhandlungsdelegation einbezogen. Auf der Grundlage der Berichte des Kantonsvertreters befasste sich die Plenarversammlung der KdK an ihren Sitzungen vom 20. Juni, 26. September und 19. Dezember 2014 mit dem Stand und den Fortschritten in diesen Verhandlungen.

Europapolitik: innerstaatliche Reformen

Anlässlich der Plenarversammlung der KdK vom 13. Dezember 2013 hatten die Kantonsregierungen eine Position zu den innerstaatlichen Reformen verabschiedet. Gefordert wird in erster Linie eine Anpassung des bestehenden Bundesgesetzes über die Mitwirkung der Kantone an der Aussenpolitik des Bundes (BGMK), um folgenden Anliegen besser Rechnung zu tragen:

- Es gilt eine umfassende Informationspflicht des Bundes anzustreben. Die Information des Bundes hat umgehend zu erfolgen, damit die Kantone auch tatsächlich noch Einfluss auf die politische Willensbildung nehmen können.
- Neu soll eine Regelfrist von drei Monaten für die Einreichung von kantonalen Stellungnahmen verankert werden. Eine Verkürzung dieser Frist soll nur in schriftlich begründeten Fällen von Dringlichkeit möglich sein.

- Die Gewichtung kantonaler Stellungnahmen ist zu verstärken, wenn es sich um europapolitische Vorhaben handelt, welche Zuständigkeiten der Kantone betreffen oder künftig betreffen könnten. Gleichzeitig soll aber die europapolitische Handlungsfähigkeit des Bundes nicht unverhältnismässig eingeschränkt werden.

Die Plenarversammlung der KdK vom 21. März 2014 nahm diesbezüglich zur Kenntnis, dass seitens des Bundes die Auffassung vertreten wird, dass das Thema der innerstaatlichen Reformen angesichts der aktuellen politischen Herausforderungen seit dem 9. Februar 2014 nicht prioritär ist. Die Kantone werden das Thema jedoch zur gegebenen Zeit wieder aufnehmen.

Stromverhandlungen mit der EU

In enger Zusammenarbeit mit der EnDK verfolgte die Plenarversammlung der KdK im Berichtsjahr weiter laufend die Entwicklungen in den Verhandlungen mit der EU über ein Stromabkommen. Im Vordergrund standen diesbezüglich nach wie vor insbesondere Fragen im Zusammenhang mit sogenannten „horizontalen Politiken“ (Staatsbeihilfen, Umweltrecht, usw.) sowie institutionelle Fragen.

Steuerdialog mit der EU

Im Berichtsjahr wurde die Plenarversammlung an ihren Sitzungen vom 21. März und 20. Juni über die Entwicklungen im Steuerdialog zwischen der Schweiz und der EU im Bereich Unternehmensbesteuerung informiert.

Mit Schreiben vom 11. Juli 2014 informierte die Vorsteherin des EFD die KdK über die am 1. Juli 2014 erfolgte Paraphierung der Verständigung über die Lösung in dieser Angelegenheit. Die Plenarversammlung der KdK nahm anlässlich ihrer Sitzung vom 28. September 2014 Kenntnis von dieser Lösung und deren Beurteilung durch die Vorsteherin des EFD. Die Plenarversammlung der KdK vom 19. Dezember 2014 nahm schliesslich zur Kenntnis, dass am 14. Oktober 2014 mit der EU eine gemeinsame Erklärung unterzeichnet werden konnte, welche die seit 2005 andauernde bilaterale Kontroverse beendet.

Zinsbesteuerung / Automatischer Informationsaustausch

Am 13. April 2014 präsentierte die OECD den neuen globalen Standard für den automatischen Informationsaustausch von Steuerdaten (AIA). Vor diesem Hintergrund kamen die Schweiz und die EU in den laufenden Verhandlungen zur technischen Anpassung des Zinsbesteuerungsabkommens überein, dass eine solche Anpassung nicht länger sinnvoll sei und die weiteren Gespräche direkt auf ein Abkommen für die Einführung des AIA fokussiert werden sollten.

Am 21. Mai 2014 definierte der Bundesrat zwei Mandatsentwürfe zur Aufnahme von Verhandlungen zur Einführung des AIA mit der EU einerseits und den USA sowie weiteren Staaten andererseits. Mit Schreiben vom 17. Juni 2014 legte der Bundesrat den Kantonen die beiden Mandatsentwürfe zur Stellungnahme vor.

Basierend auf einem Entwurf des Vorstands der Finanzdirektorenkonferenz vom 11. Juli 2014 wurde den Kantonsregierungen am 16. Juli 2014 ein Entwurf zu einer gemeinsamen Stellungnahme zugestellt. Die gemeinsame Stellungnahme wurde anlässlich der Plenarversammlung der KdK vom 26. September 2014 bereinigt und verabschiedet.

Verhandlungsmandat zur Teilnahme an den Kulturprogrammen der EU

Mit Schreiben vom 18. Dezember 2013 informierte der Vorsteher des EDI die Kantone über die Absicht des Bundesrats, mit der EU über eine Teilnahme der Schweiz am EU-Förderungsprogramm Kultur 2014-2020 zu verhandeln und lud die Kantone ein, zu den Eckwerten des Mandatsentwurfs Stellung zu nehmen.

In Zusammenarbeit mit der EDK wurde in der Folge ein Entwurf einer gemeinsamen Stellungnahme vorbereitet und anschliessend am 14. Februar 2014 die Konsultation der Kantone ausgelöst. Anlässlich der Plenarversammlung der KdK vom 21. März 2014 wurde die gemeinsame Stellungnahme bereinigt und einstimmig verabschiedet.

Prümer Zusammenarbeit

Mit Schreiben vom 12. September 2014 konsultierte die Vorsteherin des EJPD die Kantone zu einem Entwurf für ein Verhandlungsmandat zum Abschluss eines Abkommens mit der EU zum Zweck der Vertiefung der internationalen

Zusammenarbeit, insbesondere durch den erleichterten Austausch von DNA-Profilen, Fingerabdrücken sowie Fahrzeug- und Fahrzeughalterdaten (Prümer Zusammenarbeit).

Mit Schreiben vom 24. September 2014 wurde den Kantonsregierungen ein Entwurf einer gemeinsamen Stellungnahme der Kantone zu diesem Verhandlungsmandat übermittelt. Parallel zur Konsultation der Kantone führte das Sekretariat der KdK mit den federführenden Bundesstellen Gespräche zu einigen aus seiner Sicht ungenügenden Punkten im Entwurf des Verhandlungsmandats. Zwecks Erreichung eines allseits akzeptablen Kompromisses führten diese Gespräche zur Formulierung einer möglichen Ergänzung der Verhandlungsleitlinien des Bundesrates, welche in die Stellungnahme der Kantone aufgenommen werden könnte.

Die Plenarversammlung der KdK nahm diese Ergänzung in die Stellungnahme auf und verabschiedete diese am 19. Dezember 2014 einstimmig.

Verhandlungsmandat zur Aktualisierung und Weiterentwicklung bestehender Freihandelsabkommen

Mit Schreiben vom 28. November 2013 lud der Vorsteher des WBF die Kantone ein, sich zum Entwurf eines Verhandlungsmandats zur Aktualisierung und Weiterentwicklung bestehender Freihandelsabkommen der Schweiz zu äussern.

In der Folge wurde in Zusammenarbeit mit der Arbeitsgruppe Dienstleistungen der KdK sowie den Sekretariaten von Landwirtschaftsdirektorenkonferenz und Bau-, Planungs- und Umweltdirektoren-Konferenz ein Entwurf für eine gemeinsame Stellungnahme ausgearbeitet, welcher den Kantonen mit Schreiben vom 10. Februar 2014 übermittelt wurde. Die Plenarversammlung der KdK verabschiedet am 21. März 2014 einstimmig eine entsprechende Stellungnahme.

Innenpolitik

Umsetzung Art. 121a BV: Eckwerte der Kantone

Nach der Annahme der Masseneinwanderungsinitiative vom 9. Februar 2014 befassten sich Bund und Kantone eingehend mit der Umsetzung des neuen Verfassungsartikels 121a BV. Die Kantone waren im Rahmen der vom Bund eingesetzten Expertengruppe über Vertretungen der KdK, der Volkswirtschaftsdirektorenkonferenz (VDK), der Vereinigung der Kantonalen Migrationsbehörden (VKM) sowie des Verbandes Schweizerischer Arbeitsmarktbehörden (VSAA) von Beginn weg eng in die Umsetzungsarbeiten eingebunden und konnten dank dieser intensiven Zusammenarbeit die Position der Kantone nachhaltig einbringen.

Gestützt auf diese Arbeiten verabschiedete die Plenarversammlung vom 20. Juni 2014 Eckwerte des neuen Zulassungssystems aus Sicht der Kantone. Demnach soll bei der Steuerung und beim Vollzug der Zuwanderung ein föderaler Ansatz verfolgt werden. Die Kantone kennen die Situation und die Bedürfnisse vor Ort am besten, weshalb ihnen bei der Herleitung und Festlegung von Höchstzahlen und Kontingenten eine zentrale Stellung zukommt. Weiter wollen die Kantone am heutigen dualen Zulassungssystem festhalten. Die Umsetzung in Bereichen wie Inländervorrang oder Lohnschutz ist möglichst effizient, dynamisch und unbürokratisch auszugestalten.

Gemeinsamer Positionsbezug Bund – Kantone zur Umsetzung von Art. 121a BV

Parallel zu den Arbeiten der Expertengruppe des Bundes zur Umsetzung von Art. 121a BV fanden Gespräche und Verhandlungen zwischen Bundes- und Kantonsvertretern statt, die im Juni in einen gemeinsamen Positionsbezug Bund – Kantone mündeten. Demnach sehen Bund und Kantone die Umsetzung von Art. 121a BV als Verbundaufgabe an. So ist für die Ermittlung des Zuwanderungsbedarfs ein Bottom-up-Ansatz und für die Grenzgängerregelung eine möglichst föderale Lösung vorgesehen. Weiter wird festgehalten, dass eine wirtschaftsverträgliche Reduktion der Zuwanderung nur mittels einer verstärkten inländischen Arbeitskräftemobilisierung erreicht werden kann. Diese Zielsetzungen sollen Bund und Kantone über ein Projekt „Steuerung der Zuwanderung: Organisation und Prozesse“ sowie ein Projekt „Begleitmassnahmen und inländisches Potenzial“ gemeinsam angehen.

Die Plenarversammlung vom 20. Juni verabschiedete den gemeinsamen Positionsbezug Bund - Kantone zur Umsetzung von Art. 121a BV unter Vorbehalt der Zustimmung des Bundesrates. Seitens des Bundes wurden die Inhalte

des gemeinsamen Positionsbezugs direkt in das Umsetzungskonzept integriert, das der Bundesrat ebenfalls am 20. Juni verabschiedete. Damit konnten sich der Bundesrat und die Kantonsregierungen hinsichtlich der Umsetzung von Art. 121a BV in wesentlichen Fragen frühzeitig auf eine gemeinsame Stossrichtung verständigen.

Steuerung der Zuwanderung: Organisation und Prozesse

Gemäss dem erwähnten Positionsbezug sollten die Eckpunkte betreffend die Steuerung der Zuwanderung von Bund und Kantonen gemeinsam konkretisiert werden und als Leitlinien für den geplanten Gesetzesentwurf des Bundesrates zur Umsetzung von Art. 121a BV dienen. Dementsprechend wurden ab August 2014 im Rahmen einer technischen Arbeitsgruppe Bund – Kantone verschiedene Fragen betreffend die Organisation und Prozesse des neuen Zulassungssystems, namentlich rund um die Festlegung von Höchstzahlen und Kontingenten, auf fachlicher Ebene vertieft.

Gestützt auf diese Vorarbeiten bereitete das Bundesamt für Migration einen ersten Gesetzesentwurf zur Anpassung des Ausländergesetzes (AuG) vor, der im September 2014 im Rahmen der Expertengruppe des Bundes diskutiert wurde. Dabei ist darauf hinzuweisen, dass dieser Gesetzesentwurf zur Umsetzung von Art. 121a BV lediglich die Rechtsstellung der Drittstaatsangehörigen enthält. Die notwendigen Anpassungen der Rechtsstellung der EU/EFTA-Angehörigen sollen im Rahmen einer Revision des FZA erfolgen, sofern sie mit dem geltenden Abkommen in Widerspruch stehen (z.B. Höchstzahlen, Vorrang Inländer, Kontrolle der Lohn- und Arbeitsbedingungen, Regelung für Grenzgänger etc.).

Begleitmassnahmen: Mobilisierung inländisches Arbeitskräftepotenzial

Im erwähnten Positionsbezug Bund – Kantone zur Umsetzung von Art. 121a BV verständigten sich der Bundesrat und die Kantonsregierungen auch auf ein Projekt „Begleitmassnahmen und inländisches Potenzial“. Damit sollen der Handlungsbedarf betreffend die Auswirkungen der Zuwanderung in der Schweiz geprüft und bei Bedarf unter Wahrung der Kompetenzen der jeweiligen staatlichen Ebene Massnahmen zur Verbesserung der Rahmenbedingungen in die Wege geleitet werden. Dabei gilt es grundsätzlich zu unterscheiden zwischen Massnahmen, welche die Nachfrage nach ausländischen Arbeitskräften dämpfen (z. B. Anreizsysteme zur besseren Ausnutzung der inländischen Arbeitsressourcen, Ausbildungsanstrengungen bei Mangelberufen etc.), und Massnahmen, die allfällige Auswirkungen der Einwanderung abfedern (z.B. Raumplanung etc.).

Für Bund und Kantone hat die Mobilisierung des inländischen Arbeits- und Fachkräftepotenzials erste Priorität. Diesbezüglich liefen Ende Jahr erste Verhandlungen zwischen dem Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO) und der KdK über eine entsprechende Vereinbarung Bund – Kantone mit dem Ziel, zu einer stabilen Versorgung des Schweizer Arbeitsmarkts mit Arbeitskräften und damit verbunden auch zu einer wirtschaftsverträglichen Steuerung der Zuwanderung beizutragen. Aus Sicht der Kantone ist jedoch darauf hinzuweisen, dass – ungeachtet des inländischen Potenzials, das aktiviert werden kann – auch in Zukunft ein gewisses Mass an Zuwanderung notwendig sein wird zur Sicherung des Wohlstands in der Schweiz. In diesem Sinne sollen die gemeinsamen Bestrebungen auch dazu beitragen, gegenüber der Bevölkerung die Grenzen der Mobilisierung des inländischen Potenzials nachvollziehbar aufzuzeigen und für eine bessere Akzeptanz der Zuwanderung zu sorgen.

Zweiter Wirksamkeitsbericht zum Finanzausgleich

Gemäss Artikel 18 des Bundesgesetzes über den Finanz- und Lastenausgleich (FiLaG) legt der Bundesrat der Bundesversammlung alle vier Jahre einen Bericht über den Vollzug und die Wirksamkeit des Finanzausgleichs zwischen Bund und Kantonen vor. Der Bericht gibt Aufschluss über die Erreichung der Ziele des Finanzausgleichs in der vergangenen Periode und erörtert die möglichen Massnahmen für die kommende Periode. Der 2. Wirksamkeitsbericht bezieht sich auf den Zeitraum 2012-2015. Er bildet die Grundlage für die Festlegung der Dotationen für den Ressourcen- bzw. Lastenausgleich der Periode 2016-2019 sowie für die Durchführung möglicher Änderungen oder Anpassungen am nationalen Finanzausgleich.

Im Dezember 2013 setzte der Leitende Ausschuss der KdK eine Begleitgruppe zur Vorbereitung des Entwurfs einer Stellungnahme der Kantonsregierungen zum 2. Wirksamkeitsbericht ein. Die Begleitgruppe tagte dreimal, um die allgemeinen Stossrichtungen für die Erarbeitung der gemeinsamen Stellungnahme der Kantone festzulegen. Diese wurden den Kantonen zur Vernehmlassung unterbreitet. Gestützt auf die Antworten der Kantone wurde dann der

Entwurf erstellt. Am 20. Juni 2014 verabschiedete die Plenarversammlung der KdK die Stellungnahme der Kantonsregierungen zum 2. Wirksamkeitsbericht für den Zeitraum 2012-2015 (vgl. Kap. 2.1.3).

Am 3. September 2014 verabschiedete der Bundesrat die Botschaft. Dabei berücksichtigte er keinen der Vorschläge der KdK.

Im Rahmen der Prüfung der Botschaft zur Festlegung des Ressourcen- und Lastenausgleichs für die Beitragsperiode 2016-2019 hat die Finanzkommission des Ständerats am 6. Oktober 2014 eine aus Herrn Staatsrat Jean-Michel Cina, Präsident der KdK, Herrn Regierungsrat Peter Hegglin, Präsident der FDK, Frau Regierungsrätin Ursula Gut-Winterberger als Vertreterin der ressourcenstarken Kantone, Herrn Regierungsrat Martin Gehrler als Vertreter der ressourcenschwachen Kantone sowie der Generalsekretärin der KdK zusammengesetzte Delegation der Kantone angehört. Dabei vertrat der KdK-Präsident verschiedene Punkte der Stellungnahme der KdK vom 20. Juni 2014: die Beibehaltung der Dotation des Ressourcenausgleichs, die Erhöhung der Dotation des soziodemografischen Lastenausgleichs und die Lancierung eines neuen Projekts zur Entflechtung der Verbundaufgaben zwischen Bund und Kantonen.

Unternehmenssteuerreform III

Die Kantone wurden in die Ausarbeitung der Unternehmenssteuerreform (USR III) einbezogen. Vertreter der KdK nahmen an den Arbeiten der verschiedenen Instanzen der Projektorganisation, d.h. dem Steuerungsorgan unter der Leitung von Frau Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf, und dem Leitorgan teil. Die KdK war im Steuerungsorgan durch Regierungsrat Roland Brogli (AG) und im Leitorgan durch die Generalsekretärin vertreten. Die Ergebnisse der Arbeiten wurden im Bericht des Steuerungsorgans über die Massnahmen zur Stärkung der steuerlichen Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz vorgestellt. Dieser wurde im Dezember 2013 bei den Kantonen, der KdK und der FDK in die Vernehmlassung gegeben. Am 21. März 2014 verabschiedete die Plenarversammlung der KdK die Stellungnahme der Kantonsregierungen zum Bericht des Steuerungsorgans (vgl. Kap. 2.1.3).

Im September 2014 schickte der Bundesrat den USR-III-Entwurf in die Vernehmlassung. Im Rahmen dieser Reform werden die Einführung neuer Regelungen für mobile Erträge, die den internationalen Standards entsprechen, kantonale Gewinnsteuersatzsenkungen und weitere Massnahmen zur Verbesserung der Systematik des Unternehmenssteuerrechts vorgeschlagen. Die vorgesehenen steuerpolitischen Massnahmen bezwecken keine materielle Harmonisierung. Am 19. Dezember 2014 verabschiedete die Plenarversammlung der KdK die Stellungnahme der Kantonsregierungen zum Unternehmenssteuerreformgesetz USR III (vgl. Kap. 2.1.3).

Dieser Entwurf ist für die Kantone von grosser finanzieller Bedeutung. Die Einnahmehausfälle für Bund, Kantone und Gemeinden könnten sich gemäss den Einschätzungen des Eidgenössischen Finanzdepartements auf über 2 Milliarden Franken belaufen. Um die Auswirkungen dieser Reform auf die Kantone abzufedern, hat der Bundesrat Ausgleichsmassnahmen vorgesehen. Im Übrigen wird das Finanzausgleichssystem angepasst werden müssen, um die Auswirkungen der USR III auf die Berechnung des Ressourcenpotenzials zu berücksichtigen.

Teilrevision des Vernehmlassungsgesetzes

Am 6. November 2013 hatte der Bundesrat den Entwurf für die Revision des Vernehmlassungsgesetzes (VIG) und die diesbezügliche Botschaft verabschiedet und an das Parlament überwiesen. Der Ständerat hatte sich als Erstrat mit dieser Vorlage zu befassen. Die KdK hat die Parlamentsdebatte aufmerksam verfolgt und sich mehrfach für die Haltung und die Anliegen der Kantone eingesetzt. Dies betraf insbesondere die Anhörung durch die Staatspolitische Kommission des Ständerates (SPK-S) vom 27. Januar 2014 und das Differenzbereinigungsverfahren, in dessen Rahmen am 3. September 2014 im Auftrag des Leitenden Ausschusses ein Schreiben an alle Ständerätinnen und Ständeräte gerichtet wurde.

Der Gesetzesentwurf wurde am 26. September 2014 von den Eidgenössischen Räten in der Schlussabstimmung verabschiedet. Im Grossen und Ganzen kann dieser Entwurf von den Kantonen vor allem aus den folgenden Gründen begrüsst werden:

- Bei den aus der Bundesverwaltung stammenden Entwürfen, die die Kantone besonders betreffen, hat nur der Bundesrat die Kompetenz, ein Vernehmlassungsverfahren zu eröffnen;
- Die Kompetenzdelegation für die Einleitung eines Vernehmlassungsverfahrens an die Bundesämter und an andere, unter der Departementsstufe angesiedelte Organisationseinheiten wurde gestrichen;

- Die Möglichkeit für den Bundesrat und die parlamentarischen Kommissionen, den Adressatenkreis eines Vernehmlassungsverfahrens einzuschränken, wurde gestrichen;
- Der Ausnahmecharakter der Fristverkürzung für Vernehmlassungen wurde wieder eingeführt;
- Die Möglichkeit für den Bundesrat oder eine parlamentarische Kommission, auf die Einleitung eines Vernehmlassungsverfahrens zu verzichten, wurde eingeschränkt.

In den Wochen nach der Annahme des Gesetzes hat die Bundeskanzlei die mit der Erarbeitung der Ausführungsbestimmungen beauftragte Arbeitsgruppe für den 4. November 2014 zu einer ersten Sitzung eingeladen. Die aus drei Personen zusammengesetzte KdK-Delegation vertrat die Forderungen der Kantone. Die erste Sitzung war konstruktiv, und die meisten Forderungen wurden in den Verordnungsentwurf aufgenommen. Die kantonale Delegation hat darauf hingewiesen, dass diese Vorlage für die Kantone von grosser politischer Bedeutung ist und der fertiggestellte Entwurf zum gegebenen Zeitpunkt den Kantonsregierungen zur Stellungnahme vorgelegt werden muss.

Verständigungslösung Bund-Kantone zum Netzbeschluss

Nach einem intensiven Verhandlungsprozess zwischen dem Eidgenössischen Finanzdepartement (EFD) und der KdK verabschiedeten der Bundesrat und die Kantonsregierungen Ende Oktober 2010 eine aus mehreren Teilen bestehende Verständigungslösung zu offenen finanzpolitischen Geschäften im Verhältnis Bund – Kantone. Dabei wurde unter anderem vereinbart, dass das Eidgenössische Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK) im Rahmen des Bundesbeschlusses über das Nationalstrassennetz (Netzbeschluss) prüft, die Strassenbeiträge an die Kantone um jährlich lediglich 30 statt 105 Millionen zu kürzen und dafür die für den Nationalstrassenbau verfügbaren Mittel entsprechend zu erhöhen. Mit dem Anfang 2013 vom Parlament verabschiedeten Netzbeschluss sollen knapp 400 Kilometer bestehender Kantonsstrassen neu in das Nationalstrassennetz aufgenommen und somit künftig in die Zuständigkeit des Bundes fallen. Nachdem Ende 2013 die vorgesehene Finanzierung über eine Erhöhung des Preises der Autobahnvignette auf 100 CHF vom Volk abgelehnt wurde, war die Inkraftsetzung des Netzbeschlusses in Frage gestellt.

Im April 2014 forderte die Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen des Nationalrates (KVF-N) die Kantone auf, zur Finanzierung des Netzbeschlusses Stellung zu beziehen. Am 20. Juni 2014 verabschiedete die Plenarversammlung der KdK eine entsprechende gemeinsame Stellungnahme von BPUK/KdK zuhanden der KVF-N. Darin bestätigen die Kantonsregierungen, dass sie nach wie vor an der seinerzeitigen Verständigungslösung Bund – Kantone festhalten und einer damit verbundenen unbefristeten Kostenbeteiligung von jährlich CHF 30 Millionen Franken zur Realisierung des Netzbeschlusses zustimmen. Im Gegenzug wird vom Bund erwartet, dass er seiner Finanzierungsverpflichtung für ein erweitertes Nationalstrassennetz auch nach Ablehnung der Vignettenvorlage nachkommt. Die Kantone würden dabei Hand bieten für eine schrittweise Erhöhung des Mineralölsteuerzuschlags und die Zweckbindung der Automobilsteuer. Auf Antrag des Kantons TG beschloss die Plenarversammlung zudem, den Bundesrat aufzufordern, sich für eine rasche Inkraftsetzung des Netzbeschlusses bzw. eines entsprechenden neuen Bundesbeschlusses einzusetzen. Dies auch mit Blick auf die Schaffung eines Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrs-Fonds (NAF).

Der Bundesrat beschloss im September 2014 die Eckwerte für den NAF und signalisierte damit klar, dass er den Netzbeschluss nicht in den NAF aufnehmen will. In der Wintersession hat der Nationalrat hingegen die parlamentarische Initiative Müri (13.440) angenommen, welche die Inkraftsetzung des Netzbeschlusses auch bei einem Nein zur Vignettenvorlage verlangt. In der Debatte im Nationalrat war die im Initiativtext vorgeschlagene Kompensation der Mehrkosten des Bundes über die Strassenbeiträge an die Kantone kein Thema mehr. Es wurde vielmehr gefordert, dass die Finanzierung im Rahmen des NAF geklärt wird.

2.1.2 Leitender Ausschuss

Der Leitende Ausschuss tagte im Berichtsjahr am 14. Februar, 16. Mai, 29. August und 14. November. Neben der Vorbereitung der Geschäfte der Plenarversammlungen befasste er sich mit nachfolgenden Geschäften:

Allgemeines

Massnahmen zur Erhöhung der Sicherheit im Haus der Kantone

Das Leitorgan Haus der Kantone, bestehend aus den Generalsekretären/innen der ansässigen Konferenzen hat durch eine Arbeitsgruppe ein Massnahmenpaket zur Erhöhung der Sicherheit im Haus der Kantone erarbeiten lassen. Dieses sah verschiedene bauliche und organisatorische Massnahmen vor. Der Leitende Ausschuss KdK hat an der Sitzung vom 16. Mai 2014 beschlossen, auf die vorgeschlagenen Massnahmen zur Verbesserung der Sicherheit im Haus der Kantone zu verzichten. In der Diskussion im Leitenden Ausschuss bestand Einigkeit, dass das Projekt zu teuer ist und kein Handlungsbedarf besteht.

Um die Sicherheit dennoch zu erhöhen wurde den Konferenzen angeboten, die Türen zu den Büros mit einer Schliessanlage nachzurüsten, wo dies nicht bereits vorhanden ist. Einzelne Konferenzen machten von dieser Möglichkeit Gebrauch. Das Empfangspersonal wurde zudem angewiesen, die Zutrittskontrolle im Haus der Kantone zu verschärfen. Allerdings ist aufgrund der vorhandenen baulichen und technischen Möglichkeiten eine Zutrittskontrolle nur beschränkt möglich. Schliesslich wurde das Haus der Kantone ja bewusst als offenes Haus konzipiert.

Aussenpolitik

Makroregionale Strategie Alpenraum (EUSALP)

Anlässlich einer internationalen Konferenz der Alpenregionen in Bad Ragaz wurde am 29. Juni 2012 eine Erklärung verabschiedet, welche die Schaffung einer makroregionalen Strategie auf europäischer Ebene befürwortete. Die Kantone waren an dieser Konferenz durch die Regierungskonferenz der Gebirgskantone (RKGK) vertreten. Nach Abschluss der Arbeiten zur Erstellung des Entwurfs für eine solche Strategie eröffnete die Europäische Kommission am 16. Juli 2014 eine Konsultation zum Entwurf für eine makroregionale Strategie Alpenraum (EUSALP).

Auf Wunsch und in Absprache mit der RKGK erklärte sich der Leitende Ausschuss der KdK bereit, eine konsolidierte Stellungnahme der Kantone zu diesem Strategieentwurf zu erwirken. Ein in enger Zusammenarbeit mit der RKGK erarbeiteter Entwurf für eine gemeinsame Stellungnahme wurde den Kantonen am 11. September 2014 übermittelt. Gestützt auf die Rückmeldungen der Kantone bereinigte und verabschiedete der Leitende Ausschuss der KdK anlässlich seiner Sitzung vom 14. November 2014 eine gemeinsame Stellungnahme der Kantone. Die Stellungnahme wurde in der Folge dem Bundesamt für Raumentwicklung (ARE) zwecks Zustellung an die Europäische Kommission übermittelt.

EFTA-Regionalforum

Anlässlich der Plenarversammlung der KdK vom 25. September 2009 beschlossen die Kantonsregierungen, auf eine Teilnahme am EFTA-Forum der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften (nachfolgend „EFTA-Forum“) zu verzichten. Auf Wunsch der norwegischen und isländischen Mitglieder des Forums empfing der Präsident der KdK die Präsidentin und den Vizepräsidenten des EFTA-Forums am 3. Dezember 2012 zu einem Meinungsaustausch. Dabei brachten die norwegischen und isländischen Mitglieder des Forums ihr Anliegen zum Ausdruck, dass sich die Kantone ebenfalls am EFTA-Forum beteiligen sollten. Es wurde ihnen in Aussicht gestellt, die Angelegenheit nochmals in den zuständigen Gremien der KdK zu besprechen.

Im Berichtsjahr beschloss der Leitende Ausschuss der KdK anlässlich seiner Sitzung vom 14. Februar 2014 und gestützt auf verschiedene Abklärungen, dass die Kantone während einer befristeten Pilotphase als Beobachter an den Arbeiten des EFTA Forums teilnehmen sollten. Anlässlich seiner Sitzung vom 29. August 2014 bestimmte er Minister Philippe Receveur (JU) und Staatsrat Philippe Leuba (VD) als diesbezügliche Vertreter der Kantone.

Konzept zur Koordination der Staatenberichte zur Menschenrechtssituation in der Schweiz

Gestützt auf die Ergebnisse einer vom schweizerischen Kompetenzzentrum für Menschenrechte (SKMR) im Februar 2012 veröffentlichten Studie zur Umsetzung internationaler Menschenrechtsempfehlungen im föderalistischen Staat,

findet seit geraumer Zeit eine grundsätzliche Diskussion zwischen Bund und Kantonen über die Art und Weise statt, wie solche Berichte erstellt werden. Es wurde dabei Einigkeit darüber erzielt, dass insbesondere die Planung und Koordination der verschiedenen Verfahren verbessert werden sollte. Dadurch soll insbesondere vermieden werden, dass die Kantone und die Direktorenkonferenzen von Seiten der Bundesverwaltung mehrmals jährlich zur Informationsbeschaffung angegangen werden. Ausserdem sollten die Kantone verstärkt in die Ausarbeitung dieser Berichte einbezogen werden.

Im Berichtsjahr erarbeite das Sekretariat der KdK in enger Zusammenarbeit mit den betroffenen Direktorenkonferenzen ein Konzept zur Koordination der Staatenberichte zur Menschenrechtssituation in der Schweiz. Das Konzept wurde vom Leitenden Ausschuss der KdK anlässlich seiner Sitzung vom 14. November 2014 grundsätzlich gutgeheissen. Der Leitende Ausschuss ermächtigte dabei auch das Sekretariat der KdK, das Konzept den involvierten Bundesstellen vorzustellen und mit ihnen zu besprechen, damit die laufenden Arbeiten von Bund und Kantonen koordiniert werden können.

Innenpolitik

Assoziierung der KORSTAT als technische Fachkonferenz der KdK

In den letzten Jahren gab es informelle Kontakte und eine punktuelle Zusammenarbeit zwischen der Konferenz der regionalen statistischen Ämter der Schweiz (KORSTAT) und der KdK, namentlich bei der Neukonzeption der Volkszählung und betreffend Fragen des Statistiksystems Schweiz zur Zusammenarbeit Bund – Kantone. Vor diesem Hintergrund wendete sich die KORSTAT im April an die KdK, um die Frage nach der zukünftigen Zusammenarbeit zwischen der KdK und der KORSTAT zu klären. Nach Gesprächen auf technischer Ebene unterbreitete die KORSTAT der KdK einen konkreten Vorschlag zur Assoziierung der KORSTAT als technische Fachkonferenz der KdK.

Der Leitende Ausschuss behandelte die Eingabe der KORSTAT an seiner Sitzung vom 29. August. Dabei erachtete er ein funktionierendes Statistiksystem als eine wichtige Grundlage für die Politikgestaltung und im Interesse der Kantone. In diesem Sinne sprach er sich dafür aus, dass die KdK bei konkreten politischen Anliegen im Bereich der Statistik weiterhin punktuell mit der KORSTAT zusammenarbeiten soll. Die Statistik ist jedoch kein Kernthema der KdK, weshalb der Leitende Ausschuss eine Assoziierung der KORSTAT als technische Fachkonferenz als nicht angezeigt erachtete.

Bundesgesetz über Geldspiele

Zur Umsetzung des neuen Verfassungsartikels über die Geldspiele (Art. 106 BV), den Volk und Stände am 11. März 2012 angenommen hatten, ist eine Totalrevision der schweizerischen Geldspielgesetzgebung erforderlich. Ende April eröffnete der Bundesrat die Vernehmlassung zum Entwurf des neuen Gesetzes, mit dem er unter anderem den Schutz vor Spielsucht, Geldwäscherei und Wettkampfmanipulation verbessern will. Spielbanken benötigen weiterhin eine Konzession des Bundes und werden vom Bund beaufsichtigt. Die Spielbankenabgabe bleibt im Grundsatz für die AHV/IV bestimmt. Die Lotterien und Sportwetten ihrerseits werden von den Kantonen bewilligt und beaufsichtigt. Die Reinerträge werden wie bisher für gemeinnützige Zwecke, namentlich in den Bereichen Kultur, Soziales und Sport eingesetzt.

Die Federführung in diesem Geschäft liegt bei der Fachdirektorenkonferenz Lotteriemarkt und Lotteriegesetz (FDKL). Am 7. Mai unterbreitete diese der mitinteressierten KdK einen ersten Stellungnahmeentwurf zur Konsultation. Der Leitende Ausschuss prüfte den Entwurf an seiner Sitzung vom 16. Mai und stellte fest, dass dieser aus Sicht der KdK unterstützt werden konnte. Nach einer Konsultation bei den Kantonsregierungen verabschiedete die Plenarversammlung der FDKL die Stellungnahme am 30. Juni 2014 zuhanden des Bundesrats. Gleichzeitig wurden die Kantonsregierungen eingeladen, sich der Stellungnahme der FDKL anzuschliessen.

Teilrevision des Bundesgesetzes über die Ausländerinnen und Ausländer

Nach Annahme der Masseneinwanderungsinitiative haben die Eidgenössischen Räte die Beratungen zum neuen Ausländer- und Integrationsgesetz abgebrochen und das Geschäft an den Bundesrat zurückgewiesen mit dem Auf-

trag, die erforderlichen Anpassungen an Art. 121a BV vorzunehmen. Zudem sollen die Anliegen mehrerer parlamentarischer Vorstösse berücksichtigt werden, denen die zuständigen Parlamentskommissionen zugestimmt haben. Im Sommer wandte sich der Direktor des BFM an das KdK-Sekretariat mit der Bitte um eine fachliche Einschätzung zu diesen parlamentarischen Vorstössen. In der Folge hat das KdK-Sekretariat eine Konsultation beim Präsidium der Vereinigung der kantonalen Migrationsbehörden (VKM) und dem Vorstand der Konferenz der kommunalen, regionalen und kantonalen Integrationsdelegierten (KID) durchgeführt und darauf aufbauend eine fachliche Einschätzung ausgearbeitet, die Ende August dem BFM nach Kenntnisnahme durch den Leitenden Ausschuss übermittelt wurde.

2.1.3 Stellungnahmen

Stellungnahmen der KdK werden mit einem qualifizierten Mehr der Stimmen von mindestens 18 Kantonsregierungen verabschiedet. Das Recht der Kantone auf eigene Stellungnahme bleibt gewahrt.

Stellungnahmen zu Vernehmlassungen bei der Vorbereitung wichtiger Erlasse (gemäss Art. 147 BV)

Zweiter Wirksamkeitsbericht zum Finanzausgleich

An der Plenarversammlung der KdK vom 20. Juni 2014 verabschiedeten die Kantonsregierungen eine gemeinsame Stellungnahme zum 2. Wirksamkeitsbericht. Bei mehreren wichtigen Themen weichen die Meinungen der ressourcenstarken Kantone (Minderheit) von der Meinung der ressourcenschwachen Kantone (Mehrheit) ab. Diese Feststellung rechtfertigte die Darstellung von Minderheitspositionen, sofern diese von mindestens sechs Kantonen unterstützt wurden.

Die Kantonsregierungen anerkennen die Bedeutung des Finanzausgleichs zwischen Bund und Kantonen für die föderale Solidarität und den Föderalismus. Sämtliche Kantone verlangen, dass die Dotation des soziodemografischen Lastenausgleichs erhöht wird bei gleichzeitiger Beibehaltung der Dotation des geografisch-topografischen Lastenausgleichs. Eine Mehrheit ist der Auffassung, dass der Beitrag an den Ressourcenausgleich nicht verringert werden sollte. Die Mehrheit der Kantone stützt die Haltung des Bundesrates, dass die aktuelle Methode zur Berechnung der Ein- und Auszahlungen beibehalten werden soll. Eine bedeutende Minderheit von ressourcenstarken Kantonen teilt diese Meinung nicht. Schliesslich verlangen sämtliche Kantone vom Bund, im 3. Wirksamkeitsbericht eine Analyse der globalen Entwicklung der Lasten- und Einnahmenverteilung zwischen Bund und Kantonen sowie der Belastungen der Kantone aus dem Vollzug von Bundesrecht vorzulegen.

Unternehmenssteuerreform (USR III)

An der Plenarversammlung der KdK vom 19. Dezember 2014 verabschiedeten die Kantonsregierungen eine gemeinsame Stellungnahme zum Entwurf der Unternehmenssteuerreform (USR III). Die Kantonsregierungen begrüssen die allgemeinen Stossrichtungen der USR III. Sie stellen fest, dass die Steuerstatus international unter starkem Druck stehen. Die Beibehaltung des Status quo ist daher keine realistische Handlungsoption. Die abnehmende Rechts- und Planungssicherheit für Unternehmen würde zu einer Erosion der steuerlichen Wettbewerbsfähigkeit und zu Einbusen bei der Unternehmensbesteuerung führen. Die USR III ist folglich unabdingbar. Von ihrem Erfolg hängt die Attraktivität des Schweizer Wirtschaftsstandorts ab. Zahlreiche Arbeitsplätze und umfangreiche Investitionen stehen auf dem Spiel.

Die Kantone befürworten die Einführung einer Lizenzbox, die Anpassungen bei der Kapitalsteuer und die Regelung zur Aufdeckung stiller Reserven. Sie unterstützen die Anpassungen bei der Teilbesteuerung, sofern die Mindestbeteiligungsquote beibehalten wird.

Die Kantonsregierungen sind jedoch gegen die Einführung einer zinsbereinigten Gewinnsteuer, die Abschaffung der Emissionsabgabe auf Eigenkapital sowie die Anpassungen bei der Verlustverrechnung und beim Beteiligungsabzug. Diese Massnahmen erhöhen die Komplexität und die Ungewissheiten über die Auswirkungen der Reform und schränken den finanziellen Handlungsspielraum von Bund und Kantonen ein. Die Einführung einer Kapitalgewinnsteuer auf Wertschriften wird ebenfalls abgelehnt, weil diese in keinem direkten Zusammenhang mit dem Erhalt der

Steuerbemessungsgrundlage für mobile Erträge steht. Im Übrigen hat sie keinen Platz neben den kantonalen Vermögenssteuern, die deutlich höhere und stabilere Erträge abwerfen.

Des Weiteren verlangen die Kantonsregierungen, dass die Mehrbelastungen nicht wie vom Bundesrat vorgeschlagen je hälftig auf Bund und Kantone, sondern im Verhältnis 60:40 aufgeteilt werden. Sie unterstützen die Vorschläge für eine Anpassung des Ressourcenausgleichs, um eine bedeutende Veränderung des Ressourcenpotenzials (je nach Kanton nach oben oder unten) zu vermeiden, obwohl sich die wirtschaftlichen Grundlagen nicht geändert haben.

Stellungnahmen im Rahmen der Mitwirkung an der Willensbildung des Bundes (gemäss Art. 45 BV)

Stellungnahme zum Umsetzungskonzept des Bundesrats zu Art. 121a BV

Anlässlich der Plenarversammlung vom 26. September verabschiedete die KdK eine gemeinsame Stellungnahme der Kantone zum Umsetzungskonzept des Bundesrates zu Art. 121a BV. Das bundesrätliche Konzept soll aus Sicht der Kantone in seinen Grundzügen unterstützt werden. Namentlich wurde begrüsst, dass den Kantonen eine zentrale Rolle bei der Ermittlung der Höchstzahlen und Kontingenten zukommen soll (bottom up Ansatz). Wie der Bundesrat sprechen sich auch die Kantone weiterhin für ein duales Zulassungssystem mit privilegierter Zulassung und Aufenthalt für EU-/EFTA-Staatsangehörige aus.

Bei der Steuerung der Zuwanderung aus EU-/EFTA-Staaten gilt es, den Bedürfnissen des gesamten Arbeitsmarktes Rechnung zu tragen. In Bezug auf die Grenzgängerregelung verlangen die Kantone, dass sie diese im Sinne eines föderalen Ansatzes so selbständig wie verfassungsrechtlich möglich festlegen können. Mit Blick auf die Mobilisierung des einheimischen Arbeitskräftepotenzials begrüssen die Kantone die vorgeschlagene Prüfung des Inländervorrangs im Einzelfall, sofern es sich nicht um einen klaren Mangelberuf handelt. Diese Prüfung muss aber sowohl für die Unternehmen wie auch für die Kantone praktikabel und unbürokratisch erfolgen. Auch die Prüfung der Lohn- und Arbeitsbedingungen bei der Erteilung der Bewilligungen sollte unbürokratisch gestaltet werden. Da die regionalen Arbeitsmärkte recht unterschiedlich sind, brauchen die Kantone hierfür flexible Lösungen.

Zusammenfassend ist es aus Sicht der Kantone gelungen, einen gangbaren Weg zur Umsetzung von Art. 121a BV aufzuzeigen. Das Umsetzungskonzept des Bundesrats erfüllt die verfassungsrechtlichen Vorgaben und trägt gleichzeitig dem gesamtwirtschaftlichen Interesse bestmöglich Rechnung. Es bleibt aber ein fundamentaler Widerspruch zwischen innen- und aussenpolitischen Zielen, den auch das Umsetzungskonzept nicht zu lösen vermag. Das Personenfreizügigkeitsabkommen duldet weder Kontingente noch Höchstzahlen noch einen Inländervorrang.

Stellungnahme zum Bericht des Steuerungsorgans «Unternehmenssteuerreform III»

An der Plenarversammlung der KdK vom 21. März 2014 verabschiedeten die Kantonsregierungen eine gemeinsame Stellungnahme zum Bericht des Steuerungsorgans zuhanden des EFD über Massnahmen zur Stärkung der steuerlichen Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz (Unternehmenssteuerreform III). Sie anerkennen die Notwendigkeit, das Steuersystem im Unternehmensbereich anzupassen, um im internationalen Steuerwettbewerb bestehen zu können sowie die Rechts- und Planungssicherheit für die in der Schweiz tätigen Unternehmen zu erhöhen.

Die Kantone befürworten die Einführung einer privilegierten Besteuerung für bestimmte Einkünfte aus Immaterialgütern (Lizenzbox) auf Ebene der kantonalen Steuern. Diese Lizenzboxen sollen die kantonalen Steuerstatus für Holding-, Domicil- und gemischte Gesellschaften ersetzen. Zur Gewährleistung der Rechtssicherheit wünschen die Kantone, dass diese Regelung im Steuerharmonisierungsgesetz zwingend für alle Kantone eingeführt wird. Die Vereinheitlichung muss sich allerdings auf formelle Aspekte beschränken, während die Vorschriften über die steuerliche Belastung in der Zuständigkeit der Kantone bleiben müssen.

Schliesslich fordern die Kantone nachdrücklich, dass die Massnahmen zur Abfederung der Folgen dieser Reform mindestens zur Hälfte vom Bund finanziert werden, und räumen ein, dass das Finanzausgleichssystem angepasst werden muss.

Stellungnahme zum Bericht der GPK-N vom 4. April 2014 betreffend den Aufenthalt von Ausländerinnen und Ausländern unter dem Personenfreizügigkeitsabkommen

Anlässlich der ausserordentlichen Plenarversammlung der KdK vom 20. Juni 2014 haben die Kantonsregierungen, aufgrund der übergeordneten politischen Diskussion über die Umsetzung von Art. 121a BV, eine kurze Stellungnahme zum Bericht der GPK-N verabschiedet. Darin bedauern die Kantonsregierungen insbesondere, dass die kantonalen Vollzugsorgane vor der Veröffentlichung des Berichts nicht konsultiert worden sind. Die Kantonsregierungen erwarten daher vom Bund, in die Ausarbeitung allfälliger Massnahmen einbezogen zu werden.

Stellungnahme zur Ecopop-Initiative

Anlässlich der Plenarversammlung der KdK vom 20. Juni 2014 haben sich die Kantonsregierungen gegen die Ecopop-Initiative ausgesprochen, da sie ein gesamtwirtschaftliches Risiko darstellt und den bilateralen Weg gefährdet. Bei einer Kündigung des Freizügigkeitsabkommens würden aufgrund der Guillotine-Klausel sämtliche Abkommen der Bilateralen I automatisch wegfallen. Damit würde die Schweiz auch eine Kündigung der Schengen/Dublin Assoziierung riskieren und würde den privilegierten Zugang zum EU-Binnenmarkt verlieren.

Die Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz hängt in grossem Mass von einem flexiblen und international ausgerichteten Arbeitsmarkt ab. Mit einer Begrenzung der Zuwanderung auf jährlich ca. 16'000 Personen, wie in der Ecopop-Initiative vorgesehen, könnte die Schweiz diese Nachfrage nicht befriedigen. Dadurch entstünden wirtschaftliche Nachteile, die den Wohlstand der Schweiz ernsthaft gefährden. Schliesslich fehlt auch der sachliche Zusammenhang zwischen der Zuwanderungspolitik und der Entwicklungshilfe.

Stellungnahmen im Rahmen der Mitwirkung bei aussenpolitischen Entscheiden (gemäss Art. 55 BV)

Verhandlungsmandat zur Anpassung des Freizügigkeitsabkommens mit der EU (FZA)

Anlässlich der Plenarversammlung der KdK vom 19. Dezember 2014 haben sich die Kantonsregierungen mit dem Mandatsentwurf des Bundesrats zur Anpassung des Freizügigkeitsabkommens zwischen der Schweiz und der EU befasst. Sie stimmten dabei dem Verhandlungsmandat des Bundesrats zu, zumal der Bundesrat dadurch seinem verfassungsmässigen Auftrag nachkommt.

Verhandlungsmandat zur Teilnahme an den Kulturprogrammen der EU

Anlässlich der Plenarversammlung der KdK vom 21. März 2014 stimmten die Kantonsregierungen dem Entwurf für ein Verhandlungsmandat zur Teilnahme an den Kulturprogrammen der EU zu.

Einführung des automatischen Informationsaustauschs in Steuersachen

Anlässlich der Plenarversammlung der KdK vom 26. September 2014 haben sich die Kantonsregierungen mit den Mandatsentwürfen des Bundesrates zur Einführung des automatischen Informationsaustauschs in Steuersachen mit Partnerstaaten befasst. Sie stimmten dabei den vom Bundesrat vorgeschlagenen Mandaten für Verhandlungen mit der EU und den USA zu. Sie unterstützen den Bundesrat zudem in seiner Absicht, Verhandlungen zum automatischen Informationsaustausch mit weiteren ausgewählten Ländern zu prüfen. Die Kantone sind sowohl bei den kommenden Verhandlungen, insbesondere mit der EU, als auch bei den legislativen und administrativen Arbeiten zur nationalen Umsetzung des automatischen Informationsaustauschs miteinzubeziehen.

Verhandlungsmandat über den Abschluss eines Abkommens mit der EU zur Beteiligung der Schweiz an der Prümer Zusammenarbeit

Anlässlich der Plenarversammlung der KdK vom 19. Dezember 2014 stimmten die Kantonsregierungen dem Entwurf für ein Verhandlungsmandat zum Abschluss eines Abkommens mit der EU zwecks Beteiligung der Schweiz an der

Prümer Polizeizusammenarbeit zu. Sie haben den Bundesrat gleichzeitig aber auch um punktuelle Ergänzungen der Verhandlungsleitlinien ersucht.

Verhandlungsmandat zur Aktualisierung und Weiterentwicklung bestehender Freihandelsabkommen

In ihrer anlässlich der Plenarversammlung der KdK vom 21. März 2014 verabschiedeten Stellungnahme zum Verhandlungsmandat zur Aktualisierung und Weiterentwicklung bestehender Freihandelsabkommen unterstützen die Kantone den Bundesrat in seinen Bestrebungen, der Schweizer Wirtschaft auch ausserhalb des EU-Binnenmarkts stabile, vorhersehbare und möglichst hindernis- und diskriminierungsfreie Zugangsbedingungen zu möglichst vielen ausländischen Märkten zu schaffen. Sie haben deshalb das Mandat des Bundesrates unterstützt.

Hingegen bedauerten die Kantone, dass der Bundesrat seit geraumer Zeit darauf verzichtet, eine Vernehmlassung zu den Ergebnissen von Verhandlungen über Freihandelsabkommen mit Drittstaaten durchzuführen. Sie erinnerten den Bundesrat daran, dass die Kantone von solchen Abkommen teilweise in ihren Zuständigkeiten und wesentlichen Interessen betroffen sind.

Entwurf einer Makroregionalen Strategie Alpenraum (EUSALP)

In ihrer vom Leitenden Ausschuss der KdK am 14. November 2014 verabschiedeten gemeinsamen Stellungnahme unterstützen die Kantone grundsätzlich die geplante EU-Strategie für den Alpenraum. Sie unterbreiteten aber auch detaillierte Bemerkungen zu einigen Aspekten der geplanten Strategie.

Stellungnahmen zu Anhörungen weiterer Institutionen

Schlussbericht „Einbezug der ländlichen Räume in die tripartite Zusammenarbeit“ zuhanden der Tripartiten Agglomerationskonferenz

Ende Juni lud die Tripartite Agglomerationskonferenz (TAK) den Bundesrat, die KdK und die Kommunalverbände zur Stellungnahme zum Schlussbericht „Einbezug der ländlichen Räume in die tripartite Zusammenarbeit“ ein. Dieser enthält neben verschiedenen Modellvorschlägen konkrete Empfehlungen der Projektleitung zur Modellwahl, zum Themenfokus, zu den allgemeinen Spielregeln sowie zur Frage der Repräsentation.

Nach Konsultation der Kantonsregierungen verabschiedete die Plenarversammlung vom 19. Dezember 2014 eine Stellungnahme. Die Kantone sprechen sich darin für die Fortsetzung der tripartiten Zusammenarbeit in Form des auch von der Projektleitung priorisierten Modells einer tripartiten Konferenz nach Muster der Tripartiten Agglomerationskonferenz (TAK) aus. Aus Sicht der Kantone überzeugt dieses Modell aufgrund der Einfachheit seiner Strukturen und der Möglichkeit, auf bestehenden Strukturen aufbauen zu können. Zudem ist mit diesem Modell gewährleistet, dass auch Themen, welche die ländlichen Räume betreffen, gleichwertig mit den bisher in der TAK bearbeiteten Themen eingebracht werden können. Urbane und ländliche Räume begegnen sich somit auf Augenhöhe, was eine wichtige Forderung der Kantone ist. Auch bezüglich der Formulierung von Spielregeln und den Fragen der Repräsentation folgen die Kantone im Wesentlichen den Empfehlungen der Projektleitung.

Auf Grundlage der Ergebnisse der Konsultation bei ihren Trägern wird die TAK 2015 das weitere Vorgehen zuhanden ihrer Träger festlegen.

2.1.4 Zusammenarbeit Bund – Kantone

Föderalistischer Dialog Bund – Kantone

Zweimal pro Jahr treffen sich Delegationen des Bundesrates und der KdK zum "Föderalistischen Dialog Bund – Kantone". An diesen Treffen sollen Kooperationsfragen im Verhältnis Bund – Kantone frühzeitig erkannt sowie der Informations- und Meinungsaustausch über wichtige föderalistische Themen sichergestellt werden.

Im Berichtsjahr fanden am 21. März und am 15. Oktober Föderalistische Dialoge statt. Dabei wurden unter anderem folgende Themen diskutiert: Annahme der Masseneinwanderungsinitiative und Umsetzung von Artikel 121a BV (Umsetzungsgesetz, FZA, Begleitmassnahmen zur Ausschöpfung des inländischen Arbeitskräftepotenzials sowie Ecopop-Initiative), institutionelle Fragen im Verhältnis Schweiz – EU, innerstaatliche Reformen zur Festigung der föderalistischen und demokratischen Staatsorganisation im Rahmen der Europapolitik des Bundes, Unternehmenssteuerreform III, Wirksamkeitsbericht 2012–2015 des Finanzausgleichs zwischen Bund und Kantonen, Monitoringbericht Föderalismus 2011–2013 sowie die vierte Nationale Föderalismuskonferenz 2014.

Europadialog

Das Zusammenwirken von Bund und Kantonen ist für die Weiterentwicklung der bilateralen Beziehungen zwischen der Schweiz und der EU von zentraler Bedeutung, da die Kantone von zahlreichen bilateralen Abkommen zwischen der Schweiz und der EU in ihren Zuständigkeiten direkt betroffen oder auf Grund ihrer Vollzugsaufgaben mitbetroffen sind.

Die Bundesverfassung und das Bundesgesetz über die Mitwirkung der Kantone an der Aussenpolitik des Bundes legen die Zuständigkeiten und Kompetenzen von Bund und Kantonen, die Informations- und Konsultationsrechte sowie die Mitwirkungsmöglichkeiten der Kantone fest. Auf Grund des immer engeren Verhältnisses zwischen der Schweiz und der EU, der Weiterentwicklung des bilateralen Wegs sowie der institutionellen Herausforderungen im Verhältnis Schweiz-EU nimmt die Bedeutung der Zusammenarbeit zwischen Bund und Kantonen in der Europapolitik zu.

Um diese Zusammenarbeit weiter zu intensivieren und zu optimieren, haben der Bund und die Kantone entschieden, ein permanentes Leitorgan zum Informationsaustausch einzurichten und dessen Modalitäten mittels einer Vereinbarung zu regeln. Damit beabsichtigen Bund und Kantone, das gegenseitige Verständnis und Vertrauen zu stärken, den regelmässigen Informationsaustausch zu fördern, einen Beitrag zu effizienten Willensbildung in der Europapolitik zu leisten und die Kompetenzen und Zuständigkeiten von Bund und Kantonen zu wahren.

Im Leitorgan nehmen die Vorsteher des EDA und des EVD als Vertreter des Bundes teil. Die Kantone werden vom Präsidenten der KdK sowie von einer Delegation des Leitenden Ausschusses der KdK vertreten. Das Leitorgan soll in regelmässigen Abständen, in der Regel alle zwei Monate zusammentreten.

Die Vereinbarung, welche das Funktionieren dieses Gremiums regelt, wurde am 5. Juni 2012 in Bern unterzeichnet. Im Berichtsjahr trafen sich die Delegationen des Bundes und der Kantone am 26. Februar, am 9. April, am 6. Juni und am 20. August. Im Vordergrund der Gespräche standen dabei die Standortbestimmung und das weitere Vorgehen nach der Volksabstimmung vom 9. Februar 2014. Zudem wurden folgende Themen diskutiert: Verhandlungen zu einem institutionellen Rahmenabkommen Schweiz-EU, Innere Reformen, Stand und weiteres Vorgehen betreffend die Programmbeteiligungen, Stromverhandlungen, Zinsbesteuerung und Unternehmensbesteuerung, Wirtschaftslage in Europa und Auswirkungen auf die Schweiz sowie Neubestellung der EU-Institutionen und deren Auswirkungen auf die Schweiz.

Stammtisch der Kantone

Jeweils am Montagabend der zweiten Sessionswoche der eidgenössischen Räte lädt die KdK zu einem "Stammtisch der Kantone" ein. Mit dem Ziel, die Beziehungen zu den eidgenössischen Parlamentarierinnen und Parlamentarier zu pflegen und den Meinungsaustausch zu intensivieren, treffen sich dabei Vertreterinnen und Vertreter des Leitenden Ausschusses der KdK und weitere kantonale Regierungsmitglieder mit Mitgliedern des Ständerates sowie ehemaligen Regierungsmitgliedern des Nationalrates in ungezwungenem Rahmen. Der Stammtisch ist jeweils einem aktuellen politischen Thema gewidmet.

Anlässlich der Sessionen der eidgenössischen Räte fanden 2014 vier Stammtische statt, an denen folgende Themen diskutiert wurden: Herausforderungen im Nachgang zur Abstimmung über die Masseneinwanderungsinitiative vom 9. Februar 2014, Unternehmenssteuerreform III, Wirksamkeitsbericht 2012–2015 des Finanzausgleichs zwischen Bund und Kantonen, Monitoringbericht Föderalismus 2011–2013 sowie Asylgesetzrevision.

Treffen mit dem Büro des Ständerates

Zweimal pro Jahr findet ein Treffen zwischen dem Büro des Ständerates und dem Leitenden Ausschuss der KdK statt, um aktuelle politische Themen oder Fragen der Zusammenarbeit zwischen dem Ständerat und der KdK gemeinsam zu diskutieren.

In der Berichtsperiode fanden am 16. Mai und am 7. November Treffen mit dem Büro des Ständerates statt. Neben allgemeinen Fragen der Zusammenarbeit Ständerat – KdK wurden unter anderem folgende Themen behandelt: Umsetzung Art. 121a BV, Unternehmenssteuerreform III, Wirksamkeitsbericht 2012-2015 des Finanzausgleichs zwischen Bund und Kantonen, Monitoringbericht Föderalismus 2011-2013, vierte Nationale Föderalismuskonferenz 2014, Hooligan-Konkordat, neuer Netzbeschluss, Energiestrategie 2050 sowie Wahlen 2015 in den Kantonen.

Parlamentarische Anhörungen

Grundsätzlich liegt es im Ermessen des jeweiligen Kommissionspräsidiums, die Kantone bzw. entsprechende Delegationen der Kantone zu Anhörungen einzuladen, insbesondere dann, wenn vitale Interessen der Kantone betroffen sind.

Damit die kantonalen Interessen im Ständerat besser berücksichtigt werden können, beschlossen Delegationen des Ständerates und der KdK anlässlich eines Treffens vom 7. Oktober 1998, in Zukunft vermehrt Vertreter der Kantone (Direktorenkonferenzen oder KdK) in die Kommissionsarbeit des Ständerates einzubeziehen.

In Umsetzung dieses Beschlusses übermittelt das Sekretariat des Ständerates der KdK jeweils kurz vor Sessionsbeginn eine Liste mit den zur Behandlung in den Kommissionen anstehenden Geschäften. Im Berichtsjahr nahm eine Delegation der KdK an folgender Anhörung teil:

Datum	Kommission	Geschäft
06.10.2014	FK-S	Botschaft vom 3. September 2014 zur Festlegung des Ressourcen- und Lastenausgleichs zwischen Bund und Kantonen für die Beitragsperiode 2016-2019

2.1.5 Koordination mit Direktorenkonferenzen und regionalen Regierungskonferenzen

Präsidiumsklausur KdK – Direktorenkonferenzen

Seit 2010 finden auf Einladung der KdK regelmässig politische Klausuren zwischen den Präsidien der Direktorenkonferenzen und der KdK statt. Der erste Teil der Präsidiumsklausur vom 23./24. Januar 2014 war dem gegenseitigen Informations- und Meinungsaustausch über aktuelle Arbeitsschwerpunkte in Politikbereichen von gemeinsamem Interesse gewidmet. In einem zweiten Teil wurden die beiden gemeinsamen Schwerpunktthemen Migration und Mitwirkung diskutiert. In einem dritten Teil wurden konkrete Fragen der Zusammenarbeit zwischen den Konferenzen und weitere spezifische Themen behandelt, u.a. die Zusammenarbeit der Konferenzen auf politischer Ebene, die Praxis der Konferenzen betreffend Entschädigungen und Sitzungsgelder, Sicherheitsfragen im Haus der Kantone, die Verbesserung der Fachkoordination über die neue Geschäftsdatenbank, der Monitoringbericht Föderalismus 2011-2013 sowie die vierte Nationale Föderalismuskonferenz 2014.

An der Präsidiumssitzung vom 22. September 2014 wurden namentlich das Schwerpunktthema „Zuwanderung, Migration und Integration“, aktuelle Entwicklungen in der Europapolitik, der Monitoring-Bericht Föderalismus 2011-2013, die Umsetzung von Bundesrecht durch die Kantone sowie der Einbezug der Kantone in die Legislaturplanung des Bundes 2015-2019 thematisiert.

Konferenz der Sekretäre der interkantonalen Konferenzen (KoSeKo)

Die Konferenz der Sekretäre der interkantonalen Konferenzen (KoSeKo), deren Sekretariat von der KdK geführt wird, hat die Aufgabe, die Bearbeitung der Bundesgeschäfte unter den Direktorenkonferenzen besser zu koordinieren und die Zusammenarbeit und den Gedankenaustausch unter ihren Mitgliedern zu fördern. 2014 trat die KoSeKo vier Mal

zusammen. Dabei ging es insbesondere um die Koordination der Bearbeitung der Vorlagen des Bundes. Unter anderem soll die Zuständigkeit für die weitere Bearbeitung der Geschäfte einer Konferenz (federführende Konferenz) zugewiesen werden. Im Übrigen konnten die Mitglieder zu den geplanten Massnahmen für einen stärkeren Einbezug der Kantone in die Umsetzung von Bundesrecht Stellung nehmen.

Die Geschäftsdatenbank steht den Konferenzen zur Verfügung. Anfang Jahr wurden für die Nutzerinnen und Nutzer der KdK und der Direktorenkonferenzen zwei Schulungen durchgeführt. 2014 wurden die Arbeiten zur Beseitigung der Kinderkrankheiten und der Einführung einer französischen Version begonnen. Die Entwicklungen sollen 2015 abgeschlossen werden.

Im November 2014 fand die Weiterbildungsveranstaltung der KoSeKo statt. Die Präsentationen und Diskussionen befassten sich mit dem Thema Programmvereinbarungen. Die Referate von Vertretern der Universität Lausanne, des Bundes, eines Kantons und mehrerer Direktorenkonferenzen vermittelten verschiedenste Informationen zu diesem Instrument zur Steuerung bei Verbundaufgaben von Bund und Kantonen. Gestützt auf die Erfahrungen von Bund und Kantonen wurde über Verbesserungsmöglichkeiten diskutiert.

Regionale Regierungskonferenzen

Die Sekretärinnen und Sekretäre der regionalen Regierungskonferenzen sowie der Sekretär der Regierungskonferenz des Metropolitanraums Zürich trafen sich am 22. Mai und 11. Dezember 2014 mit der Generalsekretärin der KdK zum gegenseitigen Informations- und Gedankenaustausch.

2.1.6 Weitere Schwerpunktthemen

Interkantonaler Stab Zuwanderung, Migration und Integration

Im Jahr 2012 wurde der Interkantonale Stab Zuwanderung, Migration und Integration (ZMI), bestehend aus Vertreterinnen der FDK, VDK, EDK, SODK, GDK, KKJPD, BPUK und KdK, unter Federführung der KdK ins Leben gerufen. Der Interkantonale Stab trifft sich regelmässig und diskutiert die Geschäfte im Bereich der Zuwanderung, Migration und Integration, um ein gemeinsames, interdisziplinäres Vorgehen sicherzustellen. Die Koordination der Arbeiten des Stabes obliegt der KdK. Die Federführung in den einzelnen Geschäften bleibt bei den jeweils zuständigen Konferenzen.

Im Berichtsjahr traf sich der Interkantonale Stab am 3. April, am 7. Mai, am 19. August sowie am 5. November. Er diskutierte dabei insbesondere verschiedene Aspekte im Zusammenhang mit der Umsetzung von Art. 121a BV: Stand der Gespräche mit der EU, innerstaatliche Umsetzung, Massnahmen zur Mobilisierung des inländischen Arbeitskräftepotentials.

2.2 Weitere Aktivitäten

2.2.1 Allgemeines

Umsetzung von Bundesrecht durch die Kantone

An ihrer Sitzung vom 28. September 2012 hatte die Plenarversammlung entschieden, das bestehende Netzwerk der Personen auszubauen, die auf kantonaler Ebene für die Gesetzgebung und die Umsetzung von Bundesrecht zuständig sind. Damit sollte der Einbezug der Kantone in das Gesetzgebungsverfahren auf Bundesebene verbessert werden. Die Arbeitsgruppe «Umsetzung Bundesrecht» (AG Umsetzung) führte die 2013 begonnenen Arbeiten fort:

- Durchführung einer praxisorientierten Studie zum frühzeitigen Einbezug der Kantone in das Gesetzgebungsverfahren auf Bundesebene, mit der das Büro Vatter in Bern beauftragt wurde; ein erster Entwurf des Schlussberichts lag Ende Jahr vor und wurde mit dem Sekretariat der KdK diskutiert;

- Entwicklung eines Prozesses für eine koordinierte Umsetzungsplanung Bund – Kantone von Bundesrecht. Das Projekt wurde an der Plenarsitzung der AG Umsetzung vom 28. März 2014 vorgestellt und anschliessend überarbeitet, bevor es den Generalsekretariaten der Direktorenkonferenzen bis Mitte Dezember zur Konsultation unterbreitet wurde;
- Entwicklung eines Leitfadens zuhanden der Kantone für die Erarbeitung von Vernehmlassungsantworten. Auch dieses Projekt wurde im Anschluss an die Sitzung vom 28. März 2014 überarbeitet und anschliessend in verschiedenen Pilotkantonen während mehrerer Monate getestet, bevor es der Staatsschreiberkonferenz Ende März 2015 zur Konsultation unterbreitet wurde.

Forum of Federations (FoF)/ Institut für Föderalismus der Universität Freiburg (IFF): Allgemeines / Internship Programm

Im Berichtsjahr wurde die Zusammenarbeit mit dem Forum of Federations (FoF) weitergeführt. Die KdK unterstützte die thematischen Arbeiten des FoF finanziell und nahm Einsitz in den Strategic Council, der die strategische Ausrichtung des Forums berät und die aktuellen (thematischen) Schwerpunkte diskutiert. Das 6. Treffen des Strategic Council fand Anfang September 2014 in Brasilien statt, wobei insbesondere die Re-Organisation des Forums im Vordergrund stand. Die Schweizer Delegation setzte sich aus der Generalsekretärin der KdK und einem Vertreter der DEZA zusammen. Im Rahmen des Strategic Council Treffens in Brasilien wurde die Schweiz angefragt, ob sie bereit wäre, Gastgeberin des nächsten Treffens des Board of Directors im März 2015 zu sein. Die KdK hat sich bereit erklärt, mitzuwirken und der Kanton Aargau hat sich als Gastkanton zur Verfügung gestellt. Das FoF leistete seinerseits im Berichtsjahr einen Beitrag zum mehrjährigen Monitoring-Bericht Föderalismus 2011-2013. An der vierten Nationalen Föderalismuskonferenz vom 27./28. November 2014 in Solothurn vertrat Thomas Pfisterer das FoF als Vorstandsmitglied zudem mit einem Input-Referat.

Institut für Föderalismus der Universität Freiburg (IFF): Internship Programm

In Zusammenarbeit mit dem Institut für Föderalismus der Universität Freiburg (IFF) wurde seit 2010 ein Programm durchgeführt, bei dem im Rahmen so genannter „Internships“ ausgewählten Nachwuchskräften aus Politik, Verwaltung und Wissenschaft in Entwicklungs- und Transformationsländern die Möglichkeit gegeben wurde, ein 6-wöchiges Praktikum in einer Kantonsverwaltung zu absolvieren und einen funktionierenden föderalistischen Staat zu erleben. Die Praktika, welche vom IFF finanziert wurden, fanden im unmittelbaren Anschluss an die Sommeruniversität statt, die das IFF im August/September organisiert.

Nachdem das IFF nach einer internen Evaluation Ende 2013 entschieden hat, dass eine Weiterführung des Programms aus finanziellen Gründen nicht mehr möglich ist, hat auch der Leitende Ausschuss der KdK am 14. Februar 2014 beschlossen, das Programm zu beenden.

Finanzbericht 2013 über die interkantonalen Regierungs- und Direktorenkonferenzen

Die ch Stiftung für eidgenössische Zusammenarbeit erarbeitet jedes Jahr einen Bericht mit Informationen zu den finanziellen (Ausgaben und Einnahmen) und strukturellen Aspekten (Bestandeszahlen) der KdK und der Direktorenkonferenzen. Der Finanzbericht 2013 wurde der Plenarversammlung der KdK vom 19. Dezember 2014 zur Kenntnisnahme vorgelegt.

Legislaturplanung des Bundes 2015-2019

Über die KdK haben die Kantonsregierungen an den letzten vier Legislaturplanungen des Bundes mitgewirkt. Unter Berücksichtigung des Fahrplans des Bundes legte die Plenarversammlung am 26. September 2014 das interne Vorgehen für den Einbezug der Kantone in die Legislaturplanung des Bundes 2015-2019 fest, der im Wesentlichen in zwei Phasen stattfindet: Mitte Februar 2015 erfolgt eine erste Eingabe zur strategischen Ausrichtung der Legislaturplanung und Anfang Oktober 2015 werden die Kantonsregierungen ihre Erwartungen und Vorstellungen zu den prioritären (gesetzgeberischen) Stossrichtungen und Massnahmen einbringen.

2.2.2 Aussenpolitik

Neben weiteren Aktivitäten im Zusammenhang mit der Vertretung der Interessen der Kantone in ausserpolitischen Fragen und den bereits an anderem Ort erwähnten Tätigkeiten standen im Berichtsjahr insbesondere die nachfolgenden Aktivitäten im Vordergrund.

Europapolitik

Wie in den vergangenen Jahren nahmen Vertreter der verschiedenen Arbeitsgruppen der Begleitorganisation der KdK an den Sitzungen der Gemischten Ausschüsse in den Bereichen Personenfreizügigkeit, öffentliches Beschaffungswesen sowie Land- und Luftverkehr teil. Daneben setzte die Begleitorganisation der KdK die allgemeine Beobachtung und Analyse der Weiterentwicklung der sektoriellen Abkommen zwischen der Schweiz und der EU fort.

Weitergeführt wurde auch die Begleitung der Weiterentwicklungen von Schengen/Dublin sowie – in Zusammenarbeit mit der KKJPD – die Vorbereitung der Umsetzung dieser Weiterentwicklungen in den Kantonen. Vertreter der Begleitorganisation Schengen/Dublin der KdK (BOSD) nahmen im Berichtsjahr wiederum an zahlreichen Sitzungen der zuständigen Arbeitsgruppen der EU in Brüssel teil, an welchen Weiterentwicklungen des Schengen/Dublin-Besitzstands erarbeitet wurden.

Zusammen mit der EnDK begleitete das Sekretariat der KdK weiter die im November 2007 aufgenommenen Verhandlungen mit der EU über ein Abkommen im Elektrizitätsbereich.

Schliesslich nahm ein Vertreter des Sekretariats der KdK auch an den im Berichtsjahr aufgenommenen Verhandlungen mit der EU über ein institutionelles Rahmenabkommen teil.

Kantonale Unternehmensbesteuerung

Die Arbeitsgruppe Finanz- und Fiskalfragen der KdK verfolgte im Berichtsjahr weiterhin die Entwicklungen im Zusammenhang mit der Kontroverse mit der EU in Bezug auf gewisse kantonale Steuerregelungen sowie im Zusammenhang mit der Frage der Zinsbesteuerung / des automatischen Informationsaustauschs (AIA). Sie beteiligte sich zusammen mit den zuständigen Stellen des Bundes an der Festlegung der Schweizer Position in dieser Frage und bereitete die diesbezüglichen politischen Beschlüsse der zuständigen Gremien von FDK und KdK vor.

Freihandelsabkommen mit Staaten ausserhalb der EU

Die Arbeitsgruppe Dienstleistungen der KdK verfolgte im Berichtsjahr weiter die intensivierten Bemühungen des Bundes im Hinblick auf den Abschluss von Freihandelsabkommen mit Drittstaaten ausserhalb der EU, sei es bilateral oder im Rahmen der EFTA.

WTO/GATS

Im Berichtsjahr verfolgte das Sekretariat der KdK weiterhin die Entwicklungen im Rahmen der laufenden WTO-Verhandlungen. Besonders verfolgt wurden hier die Diskussionen über ein allfälliges neues plurilaterales Abkommen im Dienstleistungsbereich (TISA).

Menschenrechte

Neben den bereits an anderem Ort beschriebenen Aktivitäten nahm das Sekretariat der KdK im Berichtsjahr an Sitzungen des Beirats des Schweizerischen Kompetenzzentrums für Menschenrechte (SKMR) teil. Das Sekretariat der KdK beteiligte sich zudem an den Vorbereitungen zur Evaluation des SKMR. Schliesslich leistete das Sekretariat der KdK dem Bund und den Direktorenkonferenzen koordinierende Unterstützung bei der Erstellung einer Reihe von Berichten zuhanden der Gremien verschiedener internationaler Menschenrechtsabkommen.

2.2.3 Innenpolitik

Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA): weitere Arbeiten

Das KdK-Sekretariat ist in der Fachgruppe Wirksamkeitsbericht NFA vertreten. Diese ist paritätisch aus fünf Mitgliedern des Bundes und fünf Vertretern der Kantone zusammengesetzt. Die Fachgruppe begleitet die Arbeiten für die Erstellung des alle vier Jahre verfassten Berichts über die Wirksamkeit des Finanzausgleichs zwischen Bund und Kantonen. Sie äussert sich insbesondere zur Erteilung von Mandaten an externe Experten und zur Formulierung von Empfehlungen zum Ressourcen-, Lasten- und Härteausgleich.

Im Rahmen des NFA-Controllings überprüft die KdK periodisch die Einhaltung der Grundsätze der Subsidiarität und der fiskalischen Äquivalenz bei den Vorhaben des Bundes. Dazu werden die für die Kantone relevanten Vernehmlassungs- und Gesetzesvorlagen des Bundes analysiert.

Über die Beratung der Geschäfte in den eidgenössischen Räten wird jeweils im Anschluss an die Sessionen eine Parlamentsberichterstattung erstellt. Diese Informationen werden in die über das Intranet der KdK zugängliche Geschäftsdatenbank eingegeben.

Im Übrigen prüft die KdK auch, ob die neuen Zusammenarbeitsformen (Programmvereinbarungen und Vereinbarungen über die interkantonale Zusammenarbeit) gemäss den NFA-Grundsätzen umgesetzt werden.

Interkantonale Vereinbarung über die hochspezialisierte Medizin (IVHSM)

Im Auftrag des Regierungsrats des Kantons TG reichte das kantonale Departement für Finanzen und Soziales bei der KdK mit Schreiben vom 13. Dezember 2013 ein Schlichtungsgesuch gegen das Beschlussorgan der Interkantonalen Vereinbarung über die hochspezialisierte Medizin (HSM-Beschlussorgan) in Bezug auf die Auslegung der Interkantonalen Vereinbarung über die hochspezialisierte Medizin (IVHSM) ein. Gegenstand des Gesuchs waren insbesondere, jedoch nicht ausschliesslich, die Entscheide vom 10. September 2013 zur Planung der hochspezialisierten Medizin im Bereich der grossen, seltenen viszeralkirurgischen Eingriffe (Oesophagusresektion, Pankreasresektion, Leberresektion, tiefe Rektumresektion und komplexe bariatrische Chirurgie).

Mit Schreiben vom 30. Mai 2014 informierte der Kanton Thurgau die KdK über den Rückzug des Schlichtungsgesuchs, da das HSM-Beschlussorgan entschieden habe, das Verfahren für die Festlegung der Liste der hochspezialisierten medizinischen Gebiete sowie der mit der Erbringung der festgelegten Leistungen beauftragten Zentren nochmals zu überprüfen. Das Verfahren umfasst zwei Schritte. Im ersten Schritt werden die Eingriffe und Behandlungen festgelegt, die in den Bereich der hochspezialisierten Medizin fallen. Im zweiten Schritt werden den Spitälern die Leistungen zugewiesen, die sich in ihrer Zuständigkeit befinden.

E-Government Zusammenarbeit in der Schweiz

Die öffentlich-rechtliche Rahmenvereinbarung über die E-Government-Zusammenarbeit in der Schweiz, die Bund und Kantone 2007 verabschiedeten und 2010 erneuerten, hat noch bis Ende 2015 Gültigkeit. Damit E-Government Schweiz ab 2016 weiter vorangetrieben werden kann, beauftragte der Steuerausschuss E-Government Schweiz Ende 2013 seine Geschäftsstelle, die Grundlagen für die E-Government-Zusammenarbeit ab 2016 weiterzuentwickeln. Am 15. Oktober 2014 nahm der Steuerausschuss Kenntnis von den Ergebnissen einer Fachanhörung bei Bund, Kantonen und weiteren interessierten Stellen. Zur fachlichen Begleitung der Geschäftsstelle setzte er gleichzeitig eine technische Arbeitsgruppe ein, in der neben Fachpersonen von Bund und Gemeinden auch vier vom Leitenden Ausschuss bezeichnete Kantonsvertreter mitwirken.

Am 4. Dezember 2014 nahm der Steuerausschuss E-Government Schweiz Kenntnis vom Stand der Arbeiten und definierte gestützt darauf die Stossrichtung für die E-Government-Zusammenarbeit in der Schweiz ab 2016: Die gemeinsamen Anstrengungen im Bereich E-Government sollen künftig stärker fokussiert werden. Dazu ist die E-Government-Strategie zu konkretisieren und die Rahmenvereinbarung zwischen Bund und Kantonen darauf auszurichten. Zusätzlich ist eine Schwerpunktplanung vorgesehen, in der die strategischen Projekte sowie strategische Leistungen inklusive Massnahmen und Finanzierung aufgeführt werden. Die entsprechenden Grundlagen sollen in der ersten Hälfte 2015 in eine Konsultation bei Bund und Kantonen gehen.

Bundesstab ABCN

Um die Einsatzorganisation zur Bewältigung von Ereignissen nationaler Tragweite zu verbessern, verabschiedete der Bundesrat 2010 die neue Verordnung über die Organisation von Einsätzen bei ABC- und Naturereignissen. Die Führung auf Stufe Bund wurde in Form eines Bundesstabes für ABCN-Ereignisse (BST ABCN) vereinheitlicht, in dem rund 20 Bundesstellen zusammengeführt sind. Zur Sicherstellung der Koordination mit den Kantonen nehmen die KdK sowie verschiedene Direktorenkonferenzen (EnDK, GDK, KKJPD und RK MZF) im BST ABCN Einsitz.

Im Zentrum der Aktivitäten standen die Vorbereitung und Durchführung der Sicherheitsverbandsübung SVU 14 (vgl. unten). In diesem Zusammenhang wurde unter anderem der frühere Sonderstab Pandemie in den BST ABCN überführt und eine Startstrategie „Influenza Pandemie“ verabschiedet. Zudem fand ein regelmässiger Austausch zum Ebola-Ausbruch in Westafrika statt. Weiter überprüfte der BST ABCN regelmässig den Stand der Umsetzung der Massnahmen aus dem Bericht IDA NOMEX und entwickelte das Ressourcenmanagement sowie das Krisenkommunikationskonzept auf Stufe Bund weiter.

Sicherheitsverbandsübung 2014

Im November führten Bund und Kantone schweizweit die Sicherheitsverbandsübung 2014 (SVU 14) durch. Anhand der Krisenelemente Stromausfall, Strommangellage und Pandemie sollte das Krisenmanagement im Sicherheitsverbund Schweiz (SVS) überprüft werden. Im Rahmen von verschiedenen Modulen wurden Schlüsselphasen des Krisenmanagements auf Stufe Bund und Kantone sowie deren Zusammenspiel getestet. Ein umfassender Auswertungsbericht soll in der ersten Hälfte 2015 vorliegen und als Grundlage für die Weiterentwicklung des Krisenmanagements von Bund und Kantonen dienen.

Studiengruppe Dienstpflichtsysteme

Im Bericht „Strategie Bevölkerungsschutz und Zivildienst 2015+“ vom 9. Mai 2012 kündigte der Bundesrat an, dass eine Studiengruppe Schnittstellen des Dienstpflichtsystems (Armee, Zivildienst, Zivilschutz, Wehrpflichtersatz) prüfen soll. Vor diesem Hintergrund setzte der Vorsteher des VBS Anfang Mai 2014 die Studiengruppe Dienstpflichtsysteme ein. Diese Studiengruppe soll sich ganzheitlich mit der Zukunft des Dienstpflichtsystems befassen und verschiedene Modelle erarbeiten, wie das System verbessert und weiter entwickelt werden kann. Dabei sind auch verschiedene parlamentarische Vorstösse unter anderem zur Einführung einer allgemeinen Dienstpflicht zu berücksichtigen. Im Vordergrund stehen staatspolitische Überlegungen wie die Aspekte Beitrag zur Förderung des gesellschaftlichen Zusammenhalts, Gleichberechtigung von Frauen und Männern oder Integration von Ausländerinnen und Ausländern. Für die Kantone wirken Vertretungen der im Sicherheitsverbund Schweiz vertretenen Regierungs- und Fachkonferenzen mit, so auch die KdK. Bis Ende Jahr nahm die Studiengruppe eine breite Auslegeordnung vor und erarbeitete gestützt darauf drei Grundmodelle zur Weiterentwicklung des Dienstpflichtsystems. In einem nächsten Schritt werden diese Modelle mit den interessierten politischen und zivilgesellschaftlichen Kreisen vertieft diskutiert. Bis Herbst 2015 soll ein Schlussbericht zuhanden des Bundesrates vorliegen.

Energiestrategie 2050

Im Rahmen der Plenarversammlung vom 1. Februar 2013 verabschiedete die KdK eine gemeinsame Stellungnahme der Kantone zur Energiestrategie 2050. In der Wintersession 2014 behandelt der Nationalrat die Botschaft (13.074) vom 4. September 2013 zum ersten Massnahmenpaket der Energiestrategie 2050 und zur Volksinitiative «Für den geordneten Ausstieg aus der Atomenergie (Atomausstiegsinitiative)». Angesichts der grossen Bedeutung dieser Vorlagen für die Kantone wandten sich die KdK, die EnDK und die BPUK mit einem gemeinsamen Schreiben an die Fraktionspräsidien, um auf Grundlage der kantonalen Stellungnahme den Standpunkt und die Kernanliegen der Kantone darzulegen.

Grundsätze Zusammenarbeit Bund – Kantone in der spezifischen Integrationsförderung: Umsetzung

Ende 2011 hatten sich Bund und Kantone auf eine gemeinsame Strategie für die Integrationsförderung geeinigt. Deren übergeordnete Ziele sind die Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts, die gegenseitige Achtung und Toleranz und die chancengleiche Teilnahme von Ausländerinnen und Ausländern am Leben in der Schweiz. Zur Stär-

kung der Integration haben Bund und Kantone gemeinsam acht Förderbereiche definiert, in denen Massnahmen nötig sind. Diese reichen von der Erstinformation für neu eingewanderte Personen über die Sprache und Bildung, der frühen Förderung von Kindern, bis hin zu gezielten Programmen zur Arbeitsmarktintegration. Auf dieser Basis hat jeder Kanton ein auf die lokalen Verhältnisse zugeschnittenes kantonales Integrationsprogramm (KIP) erarbeitet und sich im Rahmen von Programmvereinbarungen mit dem Bundesamt für Migration (BFM) auf kantonspezifische, verbindliche Ziele und Indikatoren für die Jahre 2014-2017 geeinigt. Zum Start dieser Programme fand am 28. Februar 2014 eine gemeinsame Medienkonferenz KdK-BFM statt.

Expo 2027 Bodensee-Ostschweiz: Grundsatzerklärung

Die Kantone Thurgau, Appenzell Ausserrhoden und St. Gallen verfolgen seit Jahren die Absicht, eine nächste Landesausstellung in der Ostschweiz durchzuführen. Inzwischen haben die Trägerkantone das Projekt weiter vorangetrieben. Es wurden eine Leitidee für die Expo2027 entwickelt, ein Masterplan für das weitere Vorgehen verabschiedet sowie die Ausschreibung eines Konzeptwettbewerbes vorbereitet. Die ORK nahm an ihrer Versammlung vom 20. März 2014 wohlwollend von den Projektfortschritten Kenntnis und verabschiedete eine Erklärung, mit welcher sich alle Ostschweizer Kantone zur Idee einer nächsten Landesausstellung im Raum Bodensee-Ostschweiz bekennen. Mit dieser Erklärung bat die ORK auch die KdK, das Projekt durch einen formellen Beschluss zu unterstützen. Anlässlich der Plenarversammlung der KdK vom 20. Juni 2014 begrüßten die Kantonsregierungen das Vorhaben und beschlossen, das Projekt Expo 2027 Bodensee-Ostschweiz zu unterstützen. Der Bundesrat wurde in der Folge über diesen Entscheid informiert und gleichzeitig eingeladen, dem Projekt ebenfalls seine Unterstützung zuzusagen.

Raumkonzept Schweiz

Nach dem erfolgreichen Genehmigungsprozess auf allen Staatsebenen wurde das Raumkonzept Schweiz (RKCH) Ende 2012 publiziert. Im Januar 2013 fand die abschliessende Sitzung der politischen Begleitgruppe statt. Damit wurde die tripartite Projektorganisation, die das UVEK, die KdK, die BPUK und die Kommunalverbände 2006 zur gemeinsamen Erarbeitung des RKCH eingesetzt hatten, formell aufgelöst.

Das RKCH postuliert Folgearbeiten, welche die drei staatlichen Ebenen gemeinsamen angehen sollen. Zudem soll nach fünf Jahren der Stand der Konkretisierung und der Anpassungsbedarf des RKCH geprüft werden. Deshalb wurde zur Beobachtung der weiteren Entwicklung eine tripartite Kerngruppe eingesetzt, die sich aus Vertretungen der Geschäftsstellen der Trägerorganisationen zusammensetzt. Die Federführung liegt beim Bundesamt für Raumentwicklung ARE.

Die tripartite Kerngruppe traf sich 2014 zu vier Sitzungen. Der Schwerpunkt der Tätigkeiten lag auf dem neu begonnenen Austausch mit Vertretern und Vertreterinnen der Wissenschaften. Der Austausch verfolgt das Ziel, im Hinblick auf eine allfällige Weiterentwicklung des RKCH wesentliche Trends und Herausforderungen der Raumentwicklung zu identifizieren und zu erörtern. Zudem wurde die jährliche Berichterstattung zuhanden der politischen Ebene über relevante Arbeiten auf allen Staatsebenen mit Bezug zu den Strategien des RKCH vorbereitet.

Tripartite Agglomerationskonferenz

Ende 2011 haben der Bundesrat, die KdK sowie die Kommunalverbände beschlossen, die Tripartite Agglomerationskonferenz (TAK) fortzusetzen. Das Präsidium und die Geschäftsstelle der TAK werden durch die KdK wahrgenommen.

Die zentralen Geschäfte der TAK 2014 aus Sicht der Kantone waren:

- Kenntnisnahme des Projektberichts zum Projekt „Vernetzung der Akteure der Metropolitanräume“ und Verabschiedung der im Rahmen der Projektgruppe erarbeiteten Empfehlungen zuhanden des Bundes, der Kantone, der Städte und Gemeinden sowie der Metropolitanräume;
- Verabschiedung des Berichts „Das 3x3 der nachhaltigen Siedlungsentwicklung“ der Arbeitsgemeinschaft des Büros für Stadt- und Agglomerationsentwicklung und Metron;
- Kenntnisnahme und erste Diskussion des Schlussberichts „Einbezug der ländlichen Räume in die tripartite Zusammenarbeit“.

Die TAK-Delegation der Kantone, die sich nebst dem TAK-Präsidium aus acht weiteren kantonalen Regierungsmitgliedern zusammensetzt, legte zu diesen Geschäften die Haltung der Kantone dar. Zur Vorbereitung der kantonalen

Haltung führte das KdK-Sekretariat im Vorfeld der Sitzungen der TAK Konsultationen bei den Mitgliedern der TAK-Delegationen durch. Für die Erarbeitung einer gemeinsamen kantonalen Haltung zum Schlussbericht „Einbezug der ländlichen Räume in die tripartite Zusammenarbeit“ führte das KdK-Sekretariat zudem eine Konsultation bei den Kantonsregierungen durch. Gestützt darauf verabschiedete die KdK an der Plenarversammlung vom 19. Dezember eine Stellungnahme zuhanden der TAK (vgl. Ziff. 2.1.3).

2.2.4 *Mandate*

Geschäftsstelle der Tripartiten Agglomerationskonferenz (TAK)

Gestützt auf die Vereinbarung über die Tripartite Agglomerationskonferenz (TAK) sowie einen entsprechenden Leistungsvertrag zwischen den Geschäftsstellen der Träger der TAK führt die KdK die Geschäftsstelle. Konkret stellte die Geschäftsstelle die umfassende Vor- und Nachbereitung der TAK-Sitzungen vom 27. Juni und 31. Oktober sowie der Sitzungen der Tripartiten technischen Arbeitsgruppe (TTA) vom 6. Mai und 12. September sicher. Zudem nahm die Geschäftsstelle die Begleitung der laufenden TAK-Projekte wahr. Namentlich leistete sie fachliche und administrative Unterstützung für die jeweils tripartit zusammengesetzten Projektleitungen und stellte die Koordination mit externen Mandatsträgern sicher. Diesbezüglich verdienen die folgenden Arbeitsschwerpunkte Erwähnung:

- *Einbezug der ländlichen Räume in die tripartite Zusammenarbeit*
Mit der Ende 2011 revidierten TAK-Vereinbarung verfolgt die TAK neu das Ziel aufzuzeigen, wie die ländlichen Räume in die tripartite Zusammenarbeit einbezogen werden können. Ein entsprechendes Projekt wurde bereits im Mai 2012 lanciert. Die Projektleitung trug in Zusammenarbeit mit den beiden externen Experten ihre bisherigen Erkenntnisse aus der im Jahr 2013 geführten Modelldiskussion in einem Schlussbericht zusammen. Dieser enthält neben den Modellvorschlägen konkrete Empfehlungen der Projektleitung zur Modellwahl, zum Themenfokus, zu den allgemeinen Spielregeln wie auch zur Frage der Repräsentation. Die TAK vom 27. Juni 2014 führte eine erste Diskussion über die Modellvorschläge und Empfehlungen und beauftragte die Geschäftsstelle, eine Konsultation bei den TAK-Trägern und weiteren interessierten Kreisen durchzuführen. Die kantonale Stellungnahme wurde am 19. Dezember 2014 von der Plenarversammlung verabschiedet (vgl. Ziff. 2.1.3).
- *Vernetzung der Akteure der Metropolitanräume*
Die TAK vom 27. Juni 2014 nahm den Projektbericht zur Kenntnis und verabschiedete die im Rahmen der Projektgruppe erarbeiteten Empfehlungen zuhanden des Bundes, der Kantone, der Städte und Gemeinden sowie der Metropolitanräume. Der Projektbericht wurde auf der Website der TAK veröffentlicht. Gleichzeitig mit dem Projektbericht erarbeitete die Projektgruppe eine gemeinsame Agenda im Sinne eines Commitments zur Verstärkung der Zusammenarbeit zwischen den Metropolitanräumen, welche an einem Treffen der Präsidien vom 27. Januar 2014 diskutiert wurden. Die Vertretungen der Metropolitanräume erklärten sich an diesem Treffen bereit, die Federführung für die weiteren Vernetzungsarbeiten zu übernehmen, womit das Projekt seitens der TAK abgeschlossen werden konnte.
- *Nachhaltige Siedlungsentwicklung*
An ihrer Sitzung vom 31. Oktober 2014 verabschiedete die TAK nach rund zweijähriger Projektarbeit den Bericht „Das 3x3 der nachhaltigen Siedlungsentwicklung“ der Arbeitsgemeinschaft des Büros für Stadt- und Agglomerationsentwicklung und Metron. Den Schwerpunkt des Berichts bilden neun Forderungen, die im Rahmen des Projekts formuliert und mit Beispielen illustriert wurden. Zudem konkretisiert der Bericht, welche Verantwortlichkeiten und Rollen Bund, Kantone, Städte und Gemeinden bei der Umsetzung der Forderungen übernehmen bzw. wahrnehmen sollen.
Die TAK beauftragte die Geschäftsstelle mit der Publikation des Berichts, der Durchführung einer nationalen Tagung sowie der Konzeption eines Dialogs der staatlichen Akteure mit von der Thematik betroffenen Akteuren aus dem wirtschaftlichen Bereich. Zudem diskutierte die TAK vom 31. Oktober als weitere Umsetzungsmassnahme die Möglichkeit eines zeitlich befristeten gesamtschweizerischen Programms „Nachhaltige Sied-

lungsentwicklung“. Diese Idee soll zunächst auf technischer und anschliessend auf politischer Ebene vertieft geprüft werden.

- *Folgearbeiten zur Tripartiten Strategie zur schweizerischen Agglomerationspolitik*
Am 7. Juni 2013 nahm die TAK Kenntnis von der „Tripartiten Strategie zur schweizerischen Agglomerationspolitik“, welche als Orientierungsrahmen für die agglomerationspolitischen Aktivitäten von Bund, Kantonen, Städten und Gemeinden dienen soll. Die Strategie bezeichnet unter anderem Handlungsansätze, die von allen drei staatlichen Ebenen gemeinsam zu vertiefen sind. Gestützt auf diese Handlungsansätze lancierte die TAK vom 31. Oktober ein neues Projekt „Übersicht über die in den Agglomerationen aktuell gelebte Zusammenarbeit“ und initiierte einen Abstimmungs- und Koordinationsprozess zwischen den Trägern der TAK zum Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrs-Fonds (NAF).
- *Ausländer- und Integrationspolitik: Integrationsdialog mit nichtstaatlichen Akteuren*
Ein weiteres Schwerpunktthema der Geschäftsstelle stellte der Integrationsdialog dar, der insgesamt drei Schienen verfolgt. Zur ersten Dialogschiene „Arbeiten – Chancen geben, Chancen nutzen“ konnte am 18. November 2014 eine zweite positive Zwischenbilanz 2012-2014 auf technischer Ebene gezogen werden. Diese Zwischenbilanz sowie die ebenfalls auf technischer Ebene bereits diskutierten Arbeitsschwerpunkte 2015/16 werden als Diskussionsgrundlage für eine am 26. Januar 2015 stattfindende Zwischenbilanz auf politischer Ebene dienen.
Weit vorgeschritten sind auch die Arbeiten auf der am 22. November 2013 lancierten zweiten Dialogschiene „Aufwachsen – gesund ins Leben starten“, deren Fokus auf die früheste Kindheit gerichtet ist. Die TAK vom 27. Juni hat konkrete Empfehlungen zuhanden der staatlichen Dialogpartner verabschiedet und Kenntnis von jenen Empfehlungen genommen, die sich an die nicht-staatlichen Akteure richten. Nach Verabschiedung durch die TAK legte die Projektleitung gemeinsam mit den Dialogpartnern eine Umsetzungsplanung fest und bemühte sich um die Koordination jener Massnahmen, welche die staatlichen Akteure betreffen.
Zur dritten Dialogschiene „Zusammenleben“ nahm die Projektleitung im Berichtsjahr erste konzeptionelle Überlegungen vor. Die TAK vom 27. Juni 2014 nahm Kenntnis vom Stand der Arbeiten und beauftragte die tripartite Projektleitung, die dritte Stossrichtung weiter zu konkretisieren.

Geschäftsstelle der Schweizerischen Konferenz der Integrationsdelegierten (KID)

Seit 2006 führt das Sekretariat der KdK im Mandatsverhältnis die Geschäftsstelle der Schweizerischen Konferenz der kantonalen und kommunalen Integrationsdelegierten (KID). Die Geschäftsstelle dieser Fachkonferenz der KdK organisierte im Berichtsjahr insgesamt drei gesamtschweizerische Tagungen, drei Vorstandssitzungen sowie eine Vorstandsretraite, wobei jeweils auch die inhaltliche Vor- und Nachbereitung zu ihren Aufgaben zählte. Zusätzlich nahm die Geschäftsstelle an 10 Regionalgruppentreffen in der ganzen Schweiz teil, wodurch der Informationsfluss zwischen den Regionen gefördert werden konnte.

Thematisch stand das Jahr ganz im Zeichen der Lancierung der kantonalen Integrationsprogramme 2014-2017 (KIP). An den Tagungen wurden einzelne KIP-Förderbereiche vertieft diskutiert. Im Vordergrund standen Fragen der Qualitätssicherung, der Zusammenarbeit zwischen den Kantonen und Gemeinden sowie der Arbeitsmarktintegration von Flüchtlingen und vorläufig Aufgenommenen. Darüber hinaus tauschten sich die Delegierten aufgrund aktueller politischer Vorstösse auch über das Thema „Kopftuchverbot an Schulen“ aus.

Schliesslich nahm die Geschäftsstelle an verschiedenen Tagungen und Treffen teil und leistete dabei oft auch inhaltliche Inputs. Im Rahmen von Veranstaltungen des BFM, der EKM, der TAK, der KoFI sowie des BAG informierte die Geschäftsstelle über die Aktivitäten der KID wie auch über die Inhalte der KIP. Das Co-Präsidium hatte Einsitz in die Begleitgruppe der KIP und die Geschäftsstelle traf sich regelmässig mit dem BFM, um die Koordination im KIP-Prozess zu gewährleisten.

03

3 Rechnung

Jahresrechnung 2014 (revidiert)

	Rechnung 2014	Budget 2014	Rechnung 2013
Kantonsbeiträge	3'296'000.00	3'296'000	3'296'000.00
Beiträge TAK Bund und Gemeinden	307'496.15	313'000	323'478.15
Übrige Einnahmen	49'025.15	0	63'960.00
Entnahme aus Kostenverteiler	0	173'000	0
Total Ertrag	3'652'521.30	3'782'000.00	3'683'438.15
Personal / Nebenkosten	2'809'363.67	2'900'000	2'746'213.50
Büromaterialien / Drucksachen	50'768.32	51'000	49'477.23
Räumlichkeiten / Infrastruktur	238'753.12	270'000	252'115.25
Dienstleistungen	54'020.50	57'000	45'683.92
Arbeitsgruppen / Projekte	233'377.93	340'000	281'143.21
Tripartite Agglomerationskonferenz (TAK)	139'896.20	150'000	165'217.70
Übrige Ausgaben	13'124.87	14'000	10'043.48
Total Aufwand	3'539'304.61	3'782'000.00	3'549'894.29
Einnahmeüberschuss	113'216.69	0	133'543.86
Guthaben Kantone 31.12.2014	1'176'098.58		

Die Jahresrechnung 2014 der KdK schliesst bei einem Aufwand von CHF 3'539'304.61 (Kantonsbeiträge CHF 3'296'000.00) mit einem Ertragsüberschuss von CHF 113'216.69 ab. Dieser wird gemäss Kostenverteiler dem Guthaben der Kantone zugewiesen, welches sich dadurch auf CHF 1'176'098.58 erhöht.

Die Revision der Jahresrechnung 2014 wurde am 30. März 2015 durch die Finanzkontrolle des Kantons Solothurn vorgenommen. Der Bericht der Revisionsstelle befindet sich im Anhang 5 dieses Berichts.

Kostenverteiler 2014 (gemäss Art. 14 der Vereinbarung vom 8.10.1993)

Kanton	Mittlere Wohnbevölkerung 2011	Schlüssel 2011	Kantonsbeiträge 2014
Aargau	614'882.0	7.77%	256'136
Appenzell AR	53'165.0	0.67%	22'146
Appenzell IR	15'715.5	0.20%	6'546
Baselland	274'882.0	3.47%	114'505
Baselstadt	185'602.5	2.35%	77'315
Bern / Berne	982'424.0	12.42%	409'240
Fribourg / Freiburg	281'580.5	3.56%	117'296
Genève	459'124.5	5.80%	191'254
Glarus	38'912.5	0.49%	16'209
Graubünden / Grischun / Grigioni	193'004.5	2.44%	80'398
Jura	70'287.0	0.89%	29'279
Luzern	379'788.0	4.80%	158'205
Neuchâtel	172'634.0	2.18%	71'913
Nidwald	41'167.5	0.52%	17'149
Obwald	35'735.0	0.45%	14'886
St. Gallen	481'031.5	6.08%	200'379
Schaffhausen	76'747.5	0.97%	31'970
Schwyz	147'317.0	1.86%	61'367
Solothurn	256'137.0	3.24%	106'697
Thurgau	250'208.5	3.16%	104'227
Ticino	335'348.0	4.24%	139'693
Uri	35'402.0	0.45%	14'747
Valais / Wallis	314'853.0	3.98%	131'156
Vaud	719'612.5	9.09%	299'763
Zug	114'104.5	1.44%	47'532
Zürich	1'382'732.0	17.48%	575'993
			-1
Total	7'912'398	100.00%	3'296'000

Einwohnerzahlen gemäss Wohnbevölkerung Bundesamt für Statistik

Sommaire

Avant-propos.....	39
-------------------	----

1 Organisation.....	41
1.1 Assemblée plénière	41
1.2 Bureau.....	42
1.3 Autres commissions politiques et groupes de travail techniques.....	43
1.4 Secrétariat.....	43

2 Activités.....	45
2.1 Axes prioritaires	45
2.1.1 Assemblée plénière	45
2.1.2 Bureau.....	52
2.1.3 Prises de position.....	54
2.1.4 Collaboration Confédération/cantons	58
2.1.5 Coordination avec les conférences des directeurs et les conférences gouvernementales régionales.....	59
2.1.6 Autres dossiers.....	60
2.2 Autres activités.....	60
2.2.1 Généralités.....	60
2.2.2 Politique extérieure.....	62
2.2.3 Politique intérieure.....	62
2.2.4 Mandats	65

3 Comptes.....	68
-----------------------	-----------

Annexes.....	70
---------------------	-----------

Avant-propos

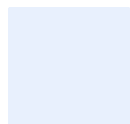
Le système fédéral suisse et le consensus social sont confrontés à des défis d'une telle importance que les cantons doivent plus que jamais parler d'une seule et même voix.

L'un de ces défis est de concilier la gestion des flux migratoires et la libre circulation des personnes avec l'Union européenne. Le 9 février 2014, le peuple a dit oui à l'initiative « Contre l'immigration de masse » ; un an durant, les gouvernements cantonaux ont analysé de près la question de la mise en œuvre du nouvel article constitutionnel. Ils se sont pleinement investis dans les travaux du groupe d'experts institué par la Confédération et ont pu faire valoir leurs positions, grâce à une intense collaboration. Le 20 juin, l'Assemblée plénière a adopté les principes d'un système d'admission performant et respectueux du fédéralisme, et réitéré son soutien à la voie bilatérale avec l'UE. À l'automne, les gouvernements cantonaux ont défini les principes applicables aux mesures d'accompagnement, plus précisément à la mobilisation du potentiel de main d'œuvre nationale. En fin d'année, ils ont également approuvé l'idée d'une prise de position commune relative au mandat de négociation du Conseil fédéral en vue d'adapter l'Accord sur la libre circulation des personnes entre la Suisse et l'UE.

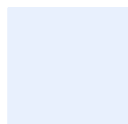
Autre défi : l'imposition et le financement des dépenses de l'État, sans oublier la péréquation intercantonale. Il s'agit dans le cas d'espèce de trouver un équilibre entre concurrence et solidarité. Consultés sur le rapport d'efficacité 2012 – 2015, les cantons ont reconnu l'importance de la péréquation financière pour la solidarité et le fédéralisme. Quand bien même les cantons à fort potentiel de ressources et les cantons à faible potentiel ont des avis différents sur quelques points déterminants, les gouvernements cantonaux se sont mis d'accord, à l'été 2014, sur une prise de position commune. S'asseoir autour d'une table et débattre de points de vue ou d'intérêts divergents pour parvenir à s'entendre, tel est le sens de notre travail de consolidation. Enfin, l'imposition des entreprises doit être réformée : dans leur prise de position sur la RIE III, les cantons se déclarent favorables aux mesures destinées à préserver la compétitivité fiscale de la Suisse, tout en soulignant qu'il ne faudrait pas leur en demander davantage.

Le premier rapport pluriannuel sur le monitoring du fédéralisme propose une analyse des développements du fédéralisme entre 2011 et 2013, et des enjeux à venir. Le fédéralisme doit être renforcé grâce à 11 mesures, dont le ré-examen de la répartition des tâches entre la Confédération et les cantons, celui du financement de l'exécution du droit fédéral par les cantons ou l'instauration d'une juridiction constitutionnelle restreinte pour les lois. La quatrième Conférence nationale sur le fédéralisme, organisée les 27 et 28 novembre à Soleure, a été l'occasion de décerner pour la première fois le Prix du fédéralisme. Lauréat de cette année : l'ancien conseiller fédéral Arnold Koller, récompensé pour son engagement sans relâche en faveur d'un fédéralisme moderne et pour ses mérites en tant que père de la nouvelle Constitution.

Les cantons et la Conférence des gouvernements cantonaux, placée sous l'égide d'un nouveau président, auront connu une année jalonnée de grands chantiers. Merci à celles et à ceux qui se sont engagés pour défendre la voix des cantons.



Jean-Michel Cina, président du Conseil d'État
Président



Sandra Maissen
Secrétaire générale

01

1 Organisation

1.1 Assemblée plénière

L'organe suprême de décision de la Conférence des gouvernements cantonaux (CdC) est l'Assemblée plénière, qui se réunit quatre fois par an. Chaque canton y délègue un membre de gouvernement ; c'est au gouvernement qu'il incombe de régler les modalités de sa représentation au sein de la CdC. Ont pris part aux séances de l'Assemblée plénière en 2014 les personnes suivantes :

Canton	Représentants
ZH	Ernst Stocker, conseiller d'État Martin Graf, conseiller d'État
BE	Christoph Neuhaus, président de gouvernement Hans-Jürg Käser, conseiller d'État Philippe Perrenoud, conseiller d'État
LU	Yvonne Schärli-Gerig, conseillère d'État
UR	Heidi Z'graggen, landammann
SZ	Kurt Zibung, conseiller d'État
OW	-
NW	Alois Bissig, conseiller d'État Othmar Filliger, conseiller d'État
GL	Andrea Bettiga, conseiller d'État
ZG	Matthias Michel, conseiller d'État
FR	Beat Vonlanthen, président de gouvernement
SO	Esther Gassler, conseillère d'État Remo Ankli, conseiller d'État
BS	Guy Morin, président de gouvernement
BL	Sabine Pegoraro, conseillère d'État Anton Lauber, conseiller d'État
SH	Reto Dubach, conseiller d'État

AR	Jürg Wernli, conseiller d'État
AI	Daniel Fässler, landammann
SG	Benedikt Würth, conseiller d'État
GR	Barbara Janom-Steiner, conseillère d'État
AG	Roland Brogli, landammann
TG	Claudius Graf-Schelling, président de gouvernement
TI	Norman Gobbi, conseiller d'État
	Paolo Beltraminelli, conseiller d'État
	Laura Sadis, conseillère d'État
VD	Pascal Broulis, conseiller d'État
VS	Jean-Michel Cina, président de gouvernement
NE	Alain Ribaux, président de gouvernement
	Jean-Nathanaël Karakash, conseiller d'État
GE	François Longchamp, président de gouvernement
JU	Elisabeth Baume-Schneider, ministre

1.2 Bureau

Le Bureau est l'organe exécutif de la CdC. Les neufs conseillers d'État qui le composent sont issus de toutes les régions ; ce sont eux qui préparent les dossiers de l'Assemblée plénière. Selon le règlement de la CdC du 20 mars 2009, ont le droit d'être représentés au sein du Bureau la Suisse romande (deux sièges), la Suisse italienne et rhéto-romanche, la Suisse orientale, du Nord-Ouest et centrale ainsi que les cantons de Berne et de Zurich. En 2014, le Bureau de la CdC était composé comme suit :

Canton	Représentants
VS / CGSO	Jean-Michel Cina, président de gouvernement, président
BE	Hans-Jürg Käser, conseiller d'État, vice-président
ZH	Ernst Stocker, conseiller d'État
SZ / CGSC	Kurt Zibung, conseiller d'État
GL / ORK	Andrea Bettiga, conseiller d'État, depuis le 26.09.2014
AI / ORK	Daniel Fässler, landammann, jusqu'au 26.09.2014
GR	Barbara Janom Steiner, conseillère d'État
TI	Norman Gobbi, conseiller d'État
GE/ CGSO	François Longchamp, président de gouvernement
JU / CGNO	Elisabeth Baume-Schneider, ministre

1.3 Autres commissions politiques et groupes de travail techniques

Outre ces deux organes, la CdC compte un grand nombre de commissions et de groupes de travail chargés de dossiers ou mandats spécifiques. Leur composition est détaillée en annexe 2. La liste des délégations de la CdC au sein d'organes ou de groupes de travail nationaux ou internationaux se trouve en annexe 3.

1.4 Secrétariat

En vertu de la convention sur la CdC, la Conférence des gouvernements cantonaux compte un secrétariat permanent dont la gestion a été confiée, lors de l'assemblée constituante, à la Fondation ch pour la collaboration confédérale, qui avait joué un rôle prépondérant dans sa création. C'est donc la Fondation ch qui gère le Secrétariat de la CdC et sa directrice, Sandra Maissen, est aussi secrétaire générale de la CdC.

Fin 2014, le Secrétariat CdC emploie 29 collaborateurs pour 21,3 équivalents plein temps : 22 personnes travaillent à la Maison des cantons à Berne, trois autres représentent la CdC auprès de l'administration fédérale (Direction des affaires européennes (DAE), Département fédéral de justice et police (DFJP), Mission de la Suisse auprès de l'UE à Bruxelles) et 4 travaillent au secrétariat de la Fondation ch à Soleure (chef des Services généraux, états majors Personnel et Finances). Les collaborateurs des Services généraux travaillent pour le Secrétariat CdC, pour l'exploitation de la MdC et pour la Fondation ch.

L'organigramme de la CdC se trouve à l'annexe 1 du rapport.

Effectif au 31 décembre 2014

Direction

- Sandra Maissen, secrétaire générale
- Aline Masé, collaboratrice personnelle

Personnel

- Beatrice Müller, responsable

Finances

- Monika Zanon, responsable
- Rosmarie Bäumlér, spécialiste Finances

Services généraux / Exploitation de la Maison des cantons

- Daniel Arber, chef de service
- Christine Bonvin, traductrice
- Daniel Bühler, informaticien
- Manuela Furrer, collaboratrice Secrétariat MdC/CdC
- Diego Javier Glauser, collaborateur Secrétariat MdC/CdC
- Massimo Oberti, traducteur
- Stagiaire Accueil MdC
- Pascale Prisset, responsable du Service linguistique
- Céline Randier, traductrice
- Martin Rosenfeld, chef de projets
- Sheyla Schär, collaboratrice Secrétariat MdC/CdC

Politique extérieure CdC

- Roland Mayer, chef de service, secrétaire général adjoint
- Ursula Blumer, chargée d'information des cantons à la Direction des affaires européennes DAE/DFAE, suppléante du chef de service
- Réto Gasser, représentant des cantons auprès du DFJP
- Luca Gobbo, collaborateur scientifique
- Roland Krimm, chargé d'information des cantons près la Maison de la Suisse auprès de l'UE à Bruxelles
- Monika Tschumi, suppléante de la chargée d'information des cantons à la Direction des affaires européennes DAE/DFAE, collaboratrice scientifique

Politique intérieure CdC / Coordination

- Thomas Minger, chef de service
- Nicole Gysin, collaboratrice scientifique, suppléante du chef de service
- Nadine Eckert, collaboratrice scientifique
- Christian Gobat, responsable RPT
- Carmen Grand, collaboratrice scientifique
- Denise Pezzatti, collaboratrice scientifique (suppléante jusqu'au 15 novembre)
- Sophie Welter, stagiaire scientifique
- Christine Winkelmann, collaboratrice scientifique

Départs à la retraite

Walter Moser, 31 mars

Patrick Bergen, 31 mai

02

2 Activités

2.1 Axes prioritaires

2.1.1 *Assemblée plénière*

Au cours de l'exercice 2014, l'Assemblée plénière s'est réunie en séance ordinaire les 21 mars, 26 septembre et 19 décembre et le 20 juin en séances ordinaire et extraordinaire. Hormis diverses prises de position (chap. 2.1.3), elle a traité plusieurs dossiers-clés :

Généralités

Monitoring du fédéralisme

Depuis 2005, un rapport de monitoring consacré à l'évolution du fédéralisme est publié chaque année sur mandat de la Fondation ch pour la collaboration confédérale. Le concept a été entièrement repensé et c'est sur la base de cette nouvelle structure qu'a été réalisé un premier rapport pluriannuel 2011 – 2013. Les cantons et les conférences inter-cantoniales dressent un bilan mitigé du respect des principes du fédéralisme ancrés dans la Constitution. Le rapport met clairement en lumière la persistance de la pression centralisatrice et la nécessité pour les cantons de rappeler constamment leurs droits de participation. Pour renforcer le fédéralisme, ils proposent onze mesures.

Constatant un processus de délitement des compétences et de la responsabilité financière, les cantons demandent que la répartition des tâches et des compétences entre la Confédération et les cantons soit réexaminée, au même titre que le financement de l'exécution du droit fédéral par les cantons. Ils soulèvent aussi la nécessité d'instaurer une juridiction constitutionnelle limitée pour les lois fédérales de sorte à vérifier le respect des principes constitutionnels du fédéralisme ; ils demandent à être associés suffisamment tôt à l'élaboration des projets fédéraux et à ce que leurs droits de participation à la politique extérieure de la Confédération soient renforcés. Enfin, ils prévoient plusieurs mesures destinées à renforcer les activités d'information et de communication en lien avec le fédéralisme.

Ce premier rapport pluriannuel, dont le rythme de parution est calqué sur celui de la Conférence nationale sur le fédéralisme qui a lieu une fois tous les trois ans, a été publié en version papier le 20 juin 2014, jour de son adoption

par l'Assemblée plénière de la CdC. Ce document et ses annexes ont été diffusés le même jour sur les sites internet de la CdC et de la Fondation ch. Ce rapport, son contenu, sa forme et sa structure ont reçu un bon accueil de ses destinataires, y compris des médias. Ce document tient la route et est cohérent, et les mesures qu'il propose ont suscité l'intérêt, voire l'adhésion de la plupart des partenaires concernés.

Quatrième Conférence nationale sur le fédéralisme

L'Assemblée plénière CdC du 14 décembre 2012 avait chargé le canton de Soleure d'organiser la quatrième Conférence nationale sur le fédéralisme. Comme lors des éditions précédentes, la conférence a bénéficié du soutien du canton organisateur, du Conseil fédéral, du Conseil des États et de la CdC. Cette dernière était représentée dans l'organe directeur politique par son président et dans le comité de conférence par sa secrétaire générale.

Intitulée « Le fédéralisme à l'épreuve de la cohésion et de la solidarité », cette quatrième conférence nationale a eu lieu les 27 et 28 novembre 2014 à Soleure. Elle a compté environ 200 participants qui émanaient du monde politique, de l'économie, des sciences, de l'administration et de la société civile.

Le premier jour, le sujet de la conférence a été présenté sous les angles historique et constitutionnel, du point de vue de la Confédération puis des cantons, et à la lumière du premier rapport trisannuel (2011-2013) de monitoring du fédéralisme. L'après-midi, huit ateliers ont eu lieu ; citons à titre d'exemples ceux consacrés au développement collaboratif et complémentaire des villes et des campagnes, à la péréquation financière et à la compensation des charges, à la collaboration et à la solidarité entre les trois échelons de l'État fédéral, aux formes adéquates de la collaboration transcantonale et transcommunale, ou à la solidarité dans la politique de la santé.

Le deuxième jour a été l'occasion de porter un regard sur l'étranger, qu'il s'agisse du fédéralisme dans le débat international sur la construction étatique, de la contribution de la coopération internationale suisse au développement des structures fédérales et décentralisées (DDC), ou encore du partage d'expérience et de l'aide à la reconstruction (FoF). Une discussion de synthèse des enseignements des ateliers a été tenue, ainsi qu'une table ronde politique sur la question de savoir comment la politique contribue au renforcement de la cohésion et de la solidarité.

Le point d'orgue de l'événement a été la remise, pour la première fois, du prix du fédéralisme. Il a couronné l'engagement de toute une vie de l'ancien conseiller fédéral Arnold Koller pour le fédéralisme, aussi bien dans ses activités au sein des pouvoirs judiciaire, législatif et exécutif – avec notamment à son actif la révision totale de la Constitution fédérale en vigueur depuis le 18 avril 1999 –, qu'en tant que professeur d'université, ou encore comme président du Forum des fédérations (FoF).

À l'instar des précédentes, cette conférence a permis de tirer un bilan du fonctionnement du fédéralisme en Suisse, hors du contexte quotidien, et de dégager des perspectives d'avenir. Elle atteste en outre de la richesse du fédéralisme, de la faculté d'adaptation de ses acteurs, de leur créativité et de leur pragmatisme. Enfin, cet événement rappelle, à travers des présentations du travail de la DDC ou du FoF, que ce qui fait la spécificité de la Suisse fait aussi rayonner son modèle loin à la ronde, permettant ainsi à ce pays d'apporter sa modeste pierre à l'édification d'un monde plus à l'écoute de ses minorités et plus démocratique.

Mise en œuvre de l'art. 121a Cst. : principes

Les retombées du scrutin du 9 février 2014 (initiative contre l'immigration de masse) ont été à l'ordre du jour de chacune des séances de l'Assemblée plénière CdC de cette année. Les gouvernements cantonaux ont rappelé que la mise en œuvre du nouvel article constitutionnel devra se faire dans le respect des accords bilatéraux signés avec l'UE. En politique extérieure, ils ont encouragé le Conseil fédéral à rechercher le dialogue avec l'UE afin d'adapter l'Accord sur la libre circulation des personnes (ALCP) ; en politique intérieure, ils ont collaboré activement à l'élaboration du projet de mise en œuvre de l'art. 121a Cst. Les travaux entamés depuis quelque temps déjà pour mieux utiliser le potentiel de main d'œuvre nationale ont été intensifiés sur la base des décisions arrêtées par les gouvernements cantonaux.

Décision de principe relative au maintien de la voie bilatérale

Emboitant le pas à l'Assemblée plénière du 21 mars qui avait insisté sur la nécessité de maintenir la voie bilatérale, les gouvernements cantonaux se sont ralliés à l'unanimité à cette décision lors de l'Assemblée plénière extraordinaire CdC du 20 juin.

Mandat de négociation pour l'adaptation de l'Accord sur la libre circulation des personnes (ALCP)

Le 8 octobre 2014, le Conseil fédéral a adopté provisoirement un mandat de négociation pour l'adaptation de l'ALCP conclu avec l'UE. Ce mandat résulte des nouvelles dispositions constitutionnelles introduites à l'issue du vote du 9 février (art. 121a Cst. et art. 197, al. 11 Cst.).

Les gouvernements cantonaux se sont ensuite vu proposer un projet de position par le Secrétariat CdC. L'Assemblée plénière du 19 décembre a approuvé la position commune établie à partir de leurs retours et de leurs propositions de modification.

Initiative Ecopop

En décembre 2012, l'organisation Ecopop a lancé l'initiative populaire « Halte à la surpopulation - Oui à la préservation durable des ressources naturelles », qui demandait de limiter l'immigration annuelle à 0,2 % de la population résidente, sur une moyenne de trois ans, et d'investir 10 % au moins de l'aide au développement au profit de projets de planning familial dans les pays en voie de développement. L'initiative ayant regagné un certain attrait à la suite du vote du 9 février et des travaux de mise en œuvre, le Bureau CdC a décidé de proposer une position commune à l'Assemblée plénière, qui s'est prononcée à l'unanimité contre l'initiative, le 20 juin.

Coordination de la stratégie à moyen terme et des questions institutionnelles

Lors de l'Assemblée plénière du 13 décembre 2013, les gouvernements cantonaux avaient approuvé une position commune relative aux lignes directrices du mandat de négociation du Conseil fédéral sur les questions institutionnelles Suisse – UE. Les négociations ont démarré en mai et les cantons y ont été associés. En réunion des 20 juin, 26 septembre et 19 décembre, l'Assemblée plénière a examiné les progrès réalisés, en se référant aux rapports du représentant cantonal.

Politique européenne : réformes internes

Lors de l'Assemblée plénière CdC du 13 décembre 2013, les gouvernements cantonaux avaient approuvé une position sur les réformes internes visant une adaptation de la loi fédérale sur la participation des cantons à la politique extérieure de la Confédération (LFPC) afin que leurs demandes soient mieux prises en compte, en l'occurrence :

- obtenir une obligation générale d'information de la part de la Confédération. L'information de la Confédération doit intervenir immédiatement afin que les cantons puissent encore influencer le processus de décision politique de la Confédération.
- Fixer légalement un délai réglementaire de trois mois pour le dépôt des positions cantonales. Un raccourcissement de ce délai ne doit être possible qu'en cas d'urgence et devra être motivé par écrit.
- Renforcer le poids des positions cantonales lorsqu'il est question de projets de politique européenne affectant ou susceptibles d'affecter les compétences des cantons. Il ne faut cependant pas limiter de manière disproportionnée la marge d'action de la Confédération en matière de politique européenne.

L'Assemblée plénière du 21 mars a pris acte du fait que la Confédération n'estime plus prioritaires les réformes internes, compte tenu des enjeux politiques issus du scrutin du 9 février. Les cantons reprendront le sujet au moment opportun.

Négociations avec l'UE sur l'électricité

L'Assemblée plénière et la CDEn/EnDK ont suivi conjointement les développements intervenus dans le dossier des négociations avec l'UE relatives à un accord sur l'électricité, avec au premier plan des questions relevant des « politiques horizontales » (aides d'État, droit de l'environnement, etc.) et des questions institutionnelles.

Dialogue fiscal avec l'UE

En séance du 21 mars et du 20 juin, l'Assemblée plénière a été informée de l'évolution du Dialogue fiscal Suisse – UE dans le domaine de l'imposition des entreprises.

Par courrier du 11 juillet, la cheffe du DFF a annoncé à la CdC que la déclaration conjointe a été paraphée le 1er juillet. Réunie le 28 septembre, l'Assemblée plénière a pris acte de cette solution et de l'appréciation rendue par la cheffe du DFF. L'Assemblée plénière du 19 décembre a pris acte de la signature, le 14 octobre, d'une déclaration conjointe avec l'UE mettant fin à la controverse qui opposait les parties depuis 2005.

Fiscalité de l'épargne / Échange automatique de renseignements

Le 13 avril, l'OCDE a présenté la norme mondiale applicable à l'échange automatique de renseignements en matière fiscale (EAR). Lors des négociations sur l'adaptation technique de l'accord sur la fiscalité de l'épargne, la Suisse et l'UE ont admis que cette adaptation ne se justifiait pas et qu'il était préférable d'orienter les discussions sur un accord EAR.

Le 21 mai, le Conseil fédéral a présenté deux projets de mandat pour ouvrir les négociations sur l'EAR d'une part avec l'UE, de l'autre avec les États-Unis et d'autres États. Par courrier du 17 juin, le Conseil fédéral a soumis les deux projets de mandats aux cantons.

Le 16 juillet, une position commune élaborée sur la base d'un projet du Comité CDF du 11 juillet a été remise aux gouvernements cantonaux, avant d'être finalisée et approuvée par l'Assemblée plénière du 26 septembre.

Mandat de négociation sur la participation aux programmes culturels de l'UE

Par courrier du 18 décembre 2013, le chef du DFI a informé les cantons de l'intention du Conseil fédéral de négocier avec l'UE la participation de la Suisse au programme Culture de l'Union européenne 2014 - 2020 et les a invités à prendre position sur les points essentiels du projet de mandat.

Un projet de position commune a été préparé avec la CDIP, puis mis en consultation auprès des cantons le 14 février. La position commune a été finalisée et approuvée à l'unanimité par l'Assemblée plénière CdC du 21 mars.

Coopération à Prüm

Par courrier du 12 septembre, la cheffe du DFJP a demandé aux cantons de prendre position sur un projet de mandat de négociation pour la conclusion d'un accord avec l'UE afin d'approfondir la coopération internationale, en particulier par l'échange facilité de profils ADN, d'empreintes digitales et de données relatives aux véhicules et à leurs détenteurs.

Par courrier du 24 septembre, les gouvernements cantonaux ont reçu un projet de position commune relative au mandat de négociation. Parallèlement à la consultation auprès des cantons, le Secrétariat CdC a entamé avec les services fédéraux compétents des discussions sur les points du mandat de négociation qu'il estime insuffisants. Ces discussions ont abouti à la formulation d'un complément aux directives de négociation arrêtées par le Conseil fédéral, susceptible d'être intégré à la position des cantons. L'Assemblée plénière l'a ajouté à la position qu'elle a approuvée à l'unanimité en séance du 19 décembre.

Mandat de négociation pour la mise à jour et l'extension des accords de libre-échange actuels

Par courrier du 28 novembre 2013, le chef du DEFR a invité les cantons à se prononcer sur le projet de mandat de négociation en vue de l'actualisation et du développement des accords de libre-échange avec la Suisse.

Un projet de position commune a été élaboré en collaboration avec le groupe de travail Services de la CdC et les secrétariats CDA et DTAP, puis remis aux cantons le 10 février. La position a été approuvée à l'unanimité par l'Assemblée plénière CdC du 21 mars.

Politique intérieure

Mise en œuvre de l'art. 121a Cst. : les principes des cantons

Après le vote du 9 février, la Confédération et les cantons ont analysé de près la mise en œuvre du nouvel article constitutionnel 121a Cst. Représentés par la CdC, la Conférence des chefs de départements cantonaux de l'économie publique (CDEP), l'Association des services cantonaux de migration (ASM) et l'Association des offices suisses du travail (AOST) et associés dès le début aux travaux du groupe d'experts instauré par la Confédération, les cantons sont parvenus à défendre leur position grâce à une collaboration active.

L'Assemblée plénière du 20 juin a approuvé les principes du nouveau système d'admission défini par les cantons. Ces derniers souhaitent une approche fédérale pour gérer l'immigration et mettre en œuvre les principes d'admission ; ils estiment qu'ils devront être consultés lorsqu'il faudra fixer les plafonds et les contingents, d'autant qu'ils peuvent juger au mieux de la situation et des besoins sur le terrain. Ils souhaitent que le système d'admission dual soit maintenu. La préférence nationale et la protection salariale doivent être appliquées efficacement, de façon dynamique et sans excès de bureaucratie.

Position commune de la Confédération et des cantons sur la mise en œuvre de l'art. 121a Cst.

Des discussions et des négociations entre les représentants de la Confédération et ceux des cantons ont eu lieu en parallèle aux travaux du groupe d'experts de la Confédération sur la mise en œuvre de l'art. 121a Cst. et ont abouti, en juin, à un projet de position Confédération – cantons. Les parties prenantes considèrent en effet que la mise en œuvre de l'art. 121a Cst. est une tâche commune. Il est ainsi prévu d'adopter une approche ascendante pour déterminer les besoins et une approche aussi fédéraliste que possible pour la réglementation sur les frontaliers. Une limitation de l'immigration qui ne nuise pas à l'économie va de pair avec une mobilisation accrue de la main d'œuvre nationale. La Confédération et les cantons aborderont cette question dans le cadre des projets « Gestion de l'immigration : organisation et processus » et « Mesures d'accompagnement et potentiel national ».

L'Assemblée plénière du 20 juin a approuvé la position commune Confédération - cantons pour la mise en œuvre de l'art. 121a Cst., sous réserve de son approbation par le Conseil fédéral. La Confédération a intégré le contenu de la position commune directement dans le plan de mise en œuvre, avalisé par le Conseil fédéral également le 20 juin. Le Conseil fédéral et les gouvernements cantonaux ont donc pu s'entendre rapidement sur les orientations générales de la mise en œuvre de l'art. 121a Cst.

Gestion de l'immigration : organisation et processus

Conformément à la position susmentionnée, les principes de gestion de l'immigration doivent être définis par la Confédération et les cantons et servir de lignes directrices au projet de loi du Conseil fédéral sur la mise en œuvre de l'art. 121a Cst. Dès le mois d'août, plusieurs questions touchant à l'organisation et aux procédures du nouveau système d'admission, en l'occurrence celle des plafonds et des contingents, ont pu être approfondies au sein d'un groupe de travail technique Confédération - cantons.

L'Office fédéral des migrations a ensuite présenté un premier projet de loi relatif à l'adaptation de la loi sur les étrangers (LEtr), qui a été débattu en septembre par le groupe d'experts de la Confédération. Il convient de préciser que le projet de loi relatif à la mise en œuvre de l'art. 121a Cst. ne porte que sur le statut des ressortissants d'États tiers. Les adaptations au statut des ressortissants UE/AELE interviendront dans le cadre de la révision de l'ALCP, s'il y a contradiction avec l'accord en vigueur (quotas, préférence nationale, contrôle des salaires et des conditions de travail, règlement applicable aux frontaliers, etc.).

Mesures d'accompagnement - mobilisation du potentiel de main d'œuvre nationale

Dans leur position commune sur la mise en œuvre de l'art. 121a Cst., le Conseil fédéral et les gouvernements cantonaux se sont mis d'accord sur un projet « Mesures d'accompagnement et potentiel national ». Il s'agit d'examiner les actions à entreprendre pour évaluer les effets de l'immigration en Suisse et d'engager, si besoin est, des mesures d'amélioration des conditions générales. Il convient de distinguer les mesures destinées à réduire la demande de main d'œuvre étrangère (incitations afin de mieux tirer profit de la main d'œuvre existante, formation des professionnels recherchés sur le marché du travail, etc.) de celles destinées à atténuer l'impact de l'immigration (aménagement du territoire, etc.).

La Confédération et les cantons placent la mobilisation du potentiel de main d'œuvre nationale et de personnel qualifié au premier rang de leurs priorités. Le Secrétariat d'État à l'économie (SECO) et la CdC ont entamé en fin d'année de premières négociations sur une convention Confédération - cantons dont l'objectif serait de fournir au marché suisse du travail suffisamment de professionnels et de favoriser ainsi une gestion de l'immigration en phase avec les besoins de l'économie. Les cantons estiment que la Suisse ne peut pas se passer de l'immigration si elle veut préserver sa prospérité, indépendamment du potentiel national. Dans ce sens, les efforts déployés doivent aussi permettre de sensibiliser la population aux limites de la mobilisation du potentiel national, et donc de mieux faire accepter l'immigration.

Deuxième rapport sur l'évaluation de l'efficacité de la péréquation financière

En vertu de l'art. 18 de la loi fédérale sur la péréquation financière et la compensation des charges (PFCC), le Conseil fédéral présente tous les quatre ans à l'Assemblée fédérale un rapport sur l'exécution et les effets de la péréquation financière entre la Confédération et les cantons. Ce rapport expose le degré de réalisation des objectifs de la péréquation financière durant la période écoulée et propose d'éventuelles mesures pour la période suivante. Le deuxième rapport sur l'évaluation de l'efficacité de la péréquation financière porte sur la période 2012 - 2015. Il sert de référence pour fixer les dotations respectives de la péréquation des ressources et de la compensation des charges durant la période 2016 - 2019 et procéder à d'éventuels changements ou ajustements du système de péréquation financière nationale.

Un groupe de suivi politique a été mis en place par le Bureau de la CdC en décembre 2013 pour préparer le projet de position des gouvernements cantonaux sur le deuxième rapport sur l'évaluation de l'efficacité de la péréquation financière. Il s'est réuni à trois reprises pour établir les orientations générales en vue de l'établissement de la position commune des cantons. Ces orientations générales ont été mises en consultation auprès des cantons. Le projet de position a été élaboré sur la base des réponses des cantons. Le 20 juin, l'Assemblée plénière CdC a adopté la position des gouvernements cantonaux relative au deuxième rapport sur l'évaluation de l'efficacité de la péréquation financière pour la période 2012 - 2015 (chap. 2.1.3).

Le 3 septembre, le Conseil fédéral a adopté le message et n'a retenu aucune proposition de la CdC.

Dans le cadre de l'examen du message sur la dotation des fonds de péréquation pour la période 2016 - 2019, la commission des finances du Conseil des États a auditionné le 6 octobre une délégation des cantons composée de M. Jean-Michel Cina, président du Conseil d'État valaisan et président de la CdC, de M. Peter Hegglin, conseiller d'État et président de la CDF, de Mme Ursula Gut-Winterberger, conseillère d'État et représentante des cantons à fort potentiel de ressources, de M. Martin Gehrer, conseiller d'État et représentant des cantons à faible potentiel de ressources, et de Mme Sandra Maissen, secrétaire générale CdC. Dans son intervention, le président de la CdC a mis l'accent sur les points de la position CdC du 20 juin 2014 : maintien de la dotation de la péréquation des ressources, augmentation de l'indemnisation des charges extraordinaires sociodémographiques et lancement d'un nouveau projet de désenchevêtrement des tâches entre la Confédération et les cantons.

Réforme de l'imposition des entreprises III

Les cantons ont été associés à l'élaboration de la réforme de l'imposition des entreprises (RIE III). Des représentants de la CdC ont participé aux travaux menés par les entités composant l'organisation de projet, en l'occurrence l'Organe de pilotage, présidé par Mme Eveline Widmer-Schlumpf, conseillère fédérale, et l'Organe de gestion. La CdC était représentée par le conseiller d'État Roland Brogli (AG), membre de l'Organe de pilotage, et par la secrétaire générale Sandra Maissen, membre de l'Organe de gestion. Les résultats des travaux ont été présentés dans le rapport de

l'Organe de pilotage sur les mesures destinées à renforcer la compétitivité fiscale de la Suisse. Ce rapport avait été mis en consultation, en décembre 2013, auprès des cantons, de la CdC et de la CDF ; le 21 mars, l'Assemblée plénière CdC a adopté la position des gouvernements cantonaux y relative (chap. 2.1.3).

En septembre, Le Conseil fédéral a mis en consultation le projet de RIE III. Cette réforme prévoit l'introduction de nouvelles réglementations correspondant aux normes internationales pour les revenus mobiles, l'abaissement des taux cantonaux de l'impôt sur le bénéfice et d'autres mesures visant à améliorer la systématique du régime d'imposition des entreprises. Les mesures fiscales prévues ne visent pas une harmonisation matérielle. Le 19 décembre, l'Assemblée plénière CdC a adopté la position des gouvernements cantonaux concernant la loi sur la réforme de l'imposition des entreprises III (chap. 2.1.3).

Ce projet déploie d'importants enjeux financiers pour les cantons. Les diminutions des rentrées fiscales pour la Confédération, les cantons et les communes pourraient s'élever à plus de 2 milliards de francs selon les évaluations effectuées par le Département fédéral des finances. Afin d'atténuer les effets de cette réforme pour les cantons, le Conseil fédéral a prévu des mesures de compensation. Par ailleurs, le système de péréquation financière devra être adapté de façon à prendre en considération les conséquences de la RIE III sur le calcul du potentiel de ressources.

Révision partielle de la loi sur la consultation

Le 6 novembre 2013, le Conseil fédéral a adopté le projet de révision de la loi sur la consultation (LCo) et son message, qu'il a transmis au Parlement. Le Conseil d'État était la première chambre en charge de ce dossier. La CdC a suivi de près les débats parlementaires et défendu les positions et les demandes des cantons à plusieurs reprises, notamment lors d'une audition par la Commission des institutions politiques du Conseil des États (CIP-E), qui a eu lieu le 27 janvier, et dans le cadre de la procédure d'élimination des divergences, par un courrier adressé sur mandat du Bureau à chaque membre du Conseil des États le 3 septembre.

Les Chambres fédérales ont adopté le projet de loi en vote final le 26 septembre. Les cantons peuvent se féliciter de ce texte, notamment parce que :

- seul le Conseil fédéral est compétent pour ouvrir une procédure de consultation relative aux projets issus de l'administration fédérale et qui touchent particulièrement les cantons ;
- la délégation de la compétence d'ouvrir une procédure de consultation aux offices fédéraux et autres entités de rang inférieur aux départements a été supprimée ;
- la possibilité pour le Conseil fédéral et les commissions parlementaires de restreindre le cercle des destinataires d'une procédure de consultation a été supprimée ;
- le caractère exceptionnel du raccourcissement des délais de consultation a été réintroduit ;
- la possibilité pour le Conseil fédéral ou une commission parlementaire de renoncer à ouvrir une procédure de consultation a été restreinte.

Dans les semaines qui ont suivi l'adoption de la loi, la Chancellerie fédérale a invité le groupe de travail chargé de la rédaction de sa réglementation d'exécution à une première séance, le 4 novembre. La délégation de la CdC, composée de trois personnes a veillé à ce que les demandes des cantons soient entendues. Cette première réunion a été constructive, et la plupart des demandes ont été intégrées dans le projet d'ordonnance. L'importance politique de ce dossier pour les cantons a été rappelée aux représentants de la Chancellerie fédérale, ainsi que la nécessité d'adresser, le moment venu, le projet finalisé aux gouvernements cantonaux pour consultation.

Solution de compromis Confédération - cantons sur l'arrêté sur le réseau des routes nationales

À l'issue d'intenses négociations entre le Département fédéral des finances (DFF) et la CdC, le Conseil fédéral et les gouvernements cantonaux ont adopté, fin octobre 2010, une solution de compromis destinée à régler certains dossiers financiers en suspens dans les relations Confédération - cantons. Il a été convenu notamment que le Département fédéral de l'environnement, des transports, de l'énergie et de la communication (DETEC) vérifie s'il serait possible de réduire de 30 millions de francs, au lieu de 105, les contributions aux routes versées aux cantons et d'augmenter d'autant les ressources disponibles pour l'extension du réseau des routes nationales. Adopté début 2013 par le Parlement, le nouvel arrêté fédéral prévoit l'intégration dans le réseau des routes nationales de 400 kilomètres de tronçons existants, jusqu'ici routes cantonales, qui relèveront donc de la compétence de la Confédération. Le rejet par le peuple, fin 2013, de l'augmentation du prix de la vignette autoroutière à 100 francs a signifié la remise en question de l'entrée en vigueur de l'arrêté.

En avril, la Commission des transports et des télécommunications du Conseil national (CTT-N) a demandé aux cantons qu'ils prennent position sur le financement de l'arrêté. Le 20 juin, l'Assemblée plénière CdC a approuvé une position commune DTAP/CdC à l'attention de la CTT-N. Les cantons réitèrent leur soutien à la solution commune Confédération-cantons et donnent leur accord à une contribution cantonale de 30 millions de francs par an. En contrepartie, les cantons attendent de la Confédération qu'elle satisfasse à son obligation de financer l'extension du réseau, même après le rejet du projet de vignette. Les cantons seraient favorables à une hausse progressive de la surtaxe sur les huiles minérales et à l'affectation de l'impôt sur les véhicules automobiles. À la demande du canton TG, l'Assemblée plénière a enjoint le Conseil fédéral de faire entrer rapidement en vigueur l'arrêté sur le réseau des routes nationales ou de mettre au point un nouvel arrêté, dans la perspective notamment de la création d'un fonds pour les routes nationales et le trafic d'agglomération (FORTA).

En septembre, le Conseil fédéral a arrêté les éléments-clés du FORTA, en précisant qu'il n'entend pas y intégrer l'arrêté sur le réseau. Lors de la session d'hiver, le Conseil national a quant à lui approuvé l'initiative parlementaire Mûri (13.440) qui demande l'entrée en vigueur de l'arrêté, même en cas de rejet du projet de vignette. Les débats au Conseil national ne sont plus revenus sur la compensation des coûts supplémentaires d'entretien des routes par les contributions versées aux cantons, telle qu'elle était proposée dans le texte de l'initiative. Il a en revanche été demandé que le financement se fasse dans le cadre du FORTA.

2.1.2 Bureau

Durant l'année sous revue, le Bureau s'est réuni les 14 février, 16 mai, 29 août et 14 novembre. Outre la préparation des affaires de l'Assemblée plénière, il s'est également occupé des dossiers ci-après :

Généralités

Mesures pour renforcer la sécurité à la Maison des cantons

Le Comité directeur Maison des cantons, composé des secrétaires généraux des conférences qui ont leur siège à la MdC, a chargé un groupe de travail de soumettre des propositions pour renforcer la sécurité. En réunion du 16 mai 2014, le Bureau CdC a décidé de renoncer aux mesures techniques et organisationnelles proposées par le groupe de travail, estimant à l'unanimité que le projet est trop coûteux et qu'il n'est pas nécessaire d'intervenir.

Afin de renforcer quant même la sécurité, il a été proposé aux conférences d'équiper les bureaux de systèmes de verrouillage, ce que certaines conférences ont fait. De plus, le personnel de l'accueil a été avisé que le contrôle serait désormais plus strict à l'entrée du bâtiment. Or, la configuration des lieux ne permet qu'un contrôle relativement limité. Rappelons que la Maison des cantons a été délibérément conçue à l'époque comme une maison ouverte.

Politique extérieure

Stratégie macro-régionale pour la région alpine (SUERA)

Dans une déclaration adoptée le 29 juin 2012 lors de la conférence internationale des régions alpines à Bad Ragaz, les signataires ont exprimé un avis favorable à la mise en place d'une stratégie macro-régionale au niveau européen. Les cantons étaient représentés par la Conférence gouvernementale des cantons alpins (CGCA). Une fois les travaux de rédaction achevés, la Commission européenne a lancé le 16 juillet 2014 la consultation publique par voie électronique sur le projet de Stratégie macro-régionale pour la région alpine (SUERA).

À la demande de la CGCA, le Bureau CdC a accepté de mener une consultation pour obtenir une position consolidée des cantons sur le projet de stratégie. Le texte élaboré en étroite collaboration avec la CGCA a été transmis aux cantons le 11 septembre. Sur la base des réponses des cantons, le Bureau a finalisé et adopté la position commune

des cantons à sa séance du 14 novembre. Le texte a été transmis à l'Office du développement territorial (ARE) qui l'a adressé à la Commission européenne.

Forum régional AELE

Lors de l'Assemblée plénière CdC du 25 septembre 2009, les gouvernements cantonaux ont décidé de renoncer à participer au Forum AELE des collectivités publiques locales et régionales. Le 3 décembre 2012, le président de la CdC a reçu la présidente et le vice-président du Forum AELE pour un échange de vues. Il en est ressorti que les membres norvégiens et islandais du forum tenaient à ce que les cantons participent aux travaux. Le président a assuré que les organes de la CdC réexamineraient cette option.

Lors de sa séance du 14 février, le Bureau CdC a décidé que les cantons participeraient aux travaux du Forum régional de l'AELE pendant une phase pilote, avec le statut d'observateur. Réuni à nouveau le 29 août, il a désigné le ministre Philippe Receveur (JU) et le conseiller d'État Philippe Leuba (VD) pour représenter les cantons.

Les droits de l'homme en Suisse : coordination des rapports étatiques

Depuis la publication des résultats d'une étude parue en février 2012 par le Centre suisse de compétence pour les droits humains (CSDH) portant sur la mise en œuvre des recommandations internationales en matière de droits de l'homme dans un État fédéral, un débat de fond s'est engagé entre la Confédération et les cantons sur le mode d'élaboration de ces rapports. Il y a unanimité sur le fait que la planification et la coordination des différentes procédures pourraient être améliorées. Il s'agit d'éviter que les cantons et les conférences des directeurs soient sollicités plusieurs fois par an par l'administration fédérale pour obtenir des informations. Les cantons devraient être par ailleurs associés plus étroitement à l'établissement des rapports.

En 2014, le Secrétariat CdC a élaboré un concept de coordination des rapports étatiques sur la situation des droits de l'homme en Suisse, en étroite collaboration avec les conférences des directeurs concernées. Ce concept a reçu l'aval du Bureau lors de sa séance du 14 novembre, au cours de laquelle il a aussi habilité le Secrétariat à le présenter aux offices fédéraux concernés afin de coordonner les travaux en cours.

Politique intérieure

Association de la CORSTAT à titre de conférence technique de la CdC

Ces dernières années, le Secrétariat CdC et la Conférence suisse des offices régionaux de statistique (CORSTAT) ont entretenu des contacts informels et collaboré pour revoir l'organisation du recensement de la population et le système statistique suisse en lien avec la collaboration Confédération - cantons. En avril, la CORSTAT s'est adressée au Secrétariat afin d'évoquer l'éventualité d'une collaboration avec la CdC. Au terme d'une série de discussions à l'échelon technique, la CORSTAT a soumis une proposition en vue de concrétiser cette association à titre de conférence technique de la CdC.

Le Bureau a examiné la demande de CORSTAT à sa séance du 29 août. Il a estimé qu'il est dans l'intérêt des cantons de disposer d'un système statistique performant, instrument majeur de l'action politique. Il en a conclu que la CdC continuerait à collaborer ponctuellement avec la CORSTAT pour les dossiers politiques portant sur des questions liées aux statistiques. Celles-ci n'étant néanmoins pas un sujet central de la CdC, le Bureau estime qu'une association de la CORSTAT à titre de conférence technique ne se justifie pas.

Loi fédérale sur les jeux d'argent

Une révision totale de la législation suisse sur les jeux d'argent est nécessaire pour financer la mise en œuvre du nouvel article constitutionnel sur les jeux d'argent (art. 106 Cst.) accepté par le peuple et les cantons le 11 mars 2012. Fin avril, le Conseil fédéral a mis en consultation le projet de loi par laquelle il entend renforcer la protection contre la dépendance au jeu, le blanchiment d'argent et la manipulation de compétitions sportives. Les maisons de jeu devront comme aujourd'hui obtenir une concession de la Confédération et seront placées sous sa surveillance.

L'impôt sur les maisons des jeux continuera d'être affecté à l'AVS et à l'AI. Les loteries et les paris sportifs resteront soumis à l'autorisation et à la surveillance des cantons. Les bénéfices nets que ces jeux génèrent seront toujours entièrement affectés à des buts d'utilité publique, notamment dans les domaines culturel, social et sportif.

Le pilotage du dossier a été confié à la Conférence des directeurs cantonaux chargés du marché des loteries et de la loi sur les loteries (CDCM). Le 7 mai, elle a soumis un projet de position à la CdC. Le Bureau a examiné le texte lors de sa séance du 16 mai et conclu qu'il méritait d'être soutenu par la CdC. Après la consultation des gouvernements cantonaux, l'Assemblée plénière de la CDCM a adopté le 30 juin la prise de position à l'attention du Conseil fédéral. Les gouvernements cantonaux ont été priés de se rallier à la position de la CDCM.

Révision partielle de la loi fédérale sur les étrangers

Depuis l'acceptation de l'initiative contre l'immigration de masse, les Chambres fédérales ont interrompu leurs délibérations sur la nouvelle loi sur les étrangers et l'intégration et renvoyé l'objet au Conseil fédéral en lui demandant d'effectuer les adaptations requises par l'art. 121a Cst. Il s'agit en outre de tenir compte des demandes exprimées dans plusieurs interventions parlementaires et approuvées par les commissions parlementaires compétentes. À l'été, le directeur de l'ODM a adressé au Secrétariat CdC une demande d'appréciation technique des initiatives parlementaires. Le Secrétariat a donc consulté la présidence de l'Association des services cantonaux de migration (ASM) et le comité de la Conférence suisse des délégués cantonaux, communaux et régionaux à l'intégration (CDI) avant d'établir une appréciation technique que le Bureau a communiquée à l'ODM à la fin août.

2.1.3 *Prises de position*

Pour être adoptées, les prises de position de la CdC requièrent une majorité qualifiée des voix de 18 gouvernements cantonaux au moins. Le droit des cantons à prendre position individuellement reste garanti.

Prises de position dans le cadre de consultations concernant des actes législatifs importants (selon art. 147 Cst.)

Deuxième rapport sur l'évaluation de l'efficacité de la péréquation financière

À l'occasion de l'Assemblée plénière CdC du 20 juin, les gouvernements cantonaux ont adopté une prise de position commune sur le deuxième rapport sur l'évaluation de l'efficacité de la péréquation financière. Sur plusieurs points importants, les avis des cantons à fort potentiel de ressources (minoritaires) divergent de ceux des cantons à faible potentiel de ressources (majoritaires). Ce constat a justifié de présenter des propositions de minorité, pour autant qu'elles soient soutenues par au moins 6 cantons.

Les gouvernements cantonaux reconnaissent l'importance, pour la solidarité confédérale et le fédéralisme, de la péréquation financière entre la Confédération et les cantons. L'ensemble des cantons souhaite que la dotation du fonds pour la compensation des charges socio-démographiques soit augmentée et la majorité d'entre eux estime que la contribution à la péréquation des ressources ne doit pas être diminuée. La majorité des cantons partage l'avis du Conseil fédéral selon lequel l'actuel mode de calcul des paiements et des versements doit être maintenu. Formée de cantons à fort potentiel de ressources, une importante minorité de cantons n'est pas de cet avis.

Enfin, l'ensemble des cantons demande que la Confédération intègre, dans le troisième rapport, une analyse de l'évolution globale de la répartition des charges et des revenus entre la Confédération et les cantons, ainsi que les charges assumées par les cantons au titre de l'exécution du droit fédéral.

Loi sur la réforme de l'imposition des entreprises (RIE III)

Lors de l'Assemblée plénière CdC du 19 décembre 2014, les gouvernements cantonaux ont adopté une prise de position commune sur le projet de réforme de l'imposition des entreprises (RIE III). Les gouvernements cantonaux approuvent les grands axes de la RIE III. Ils constatent que les régimes fiscaux sont fortement contestés au niveau international. Le statu quo ne constitue donc pas une option réaliste. La dégradation de la sécurité juridique et les

difficultés de planification rencontrées par les entreprises se traduiraient par une érosion de la compétitivité fiscale. Le rendement de l'impôt des entreprises serait compromis. La RIE III est donc indispensable. De son succès dépend l'attractivité de l'économie suisse. De nombreux emplois et d'importants investissements sont en jeu.

Les cantons sont favorables à l'introduction d'une licence box, à l'adaptation de l'impôt sur le capital et au traitement harmonisé de la déclaration des réserves latentes. Ils soutiennent les mesures concernant les adaptations de l'imposition partielle, pour peu que la quote-part de participation minimale soit maintenue.

En revanche, les gouvernements cantonaux sont opposés à l'introduction d'un impôt sur le bénéfice corrigé des intérêts, à la suppression du droit de timbre d'émission sur le capital propre, de même qu'aux adaptations ayant trait au report des pertes et à la déduction pour participations. Ces mesures augmentent la complexité, multiplient les incertitudes concernant les répercussions de la réforme et restreignent la marge d'action financière de la Confédération et des cantons. L'instauration d'un impôt sur les gains en capital réalisés sur les titres est également rejetée parce que cette mesure n'a pas de lien direct avec la préservation de l'assiette fiscale mobile. Par ailleurs, cet impôt n'a pas sa place aux côtés de l'impôt cantonal sur la fortune, qui génère des revenus nettement plus élevés et plus stables.

En outre, les gouvernements cantonaux demandent que la répartition des charges supplémentaires ne soit pas opérée à parts égales entre la Confédération et les cantons, comme le Conseil fédéral le propose, mais dans un rapport de 60:40. Ils soutiennent les propositions d'ajustement de la péréquation des ressources afin d'éviter une modification significative du potentiel de ressources des cantons (vers le haut ou vers le bas, selon le canton), quand bien même les bases économiques n'ont pas changé.

Prises de position dans le cadre de la participation au processus de décision sur le plan fédéral (art. 45 Cst.)

Mise en œuvre de l'art. 121a Cst. : position sur le plan du Conseil fédéral

Lors de l'Assemblée plénière du 26 septembre, la CdC a adopté une position commune des cantons sur le plan de mise en œuvre de l'art. 121a Cst., les cantons estimant qu'ils peuvent y adhérer dans ses grandes lignes. Ils se félicitent en particulier du rôle central qui leur revient dans la définition des quotas et des contingents (approche bottom up, du bas vers le haut). Tout comme le Conseil fédéral, les cantons sont toujours favorables au système dual qui privilégie l'admission et le séjour des ressortissants de l'UE/AELE.

Concernant la gestion de l'immigration en provenance des pays de l'UE/AELE, il s'agit de prendre en compte les besoins de l'ensemble du marché du travail. Les cantons demandent de pouvoir réglementer la question des frontaliers de manière autonome, dans les limites constitutionnelles, afin de donner toute sa pertinence à l'approche fédéraliste. En ce qui concerne la mobilisation du potentiel de main d'œuvre existant en Suisse, les cantons adhèrent à la proposition d'examen de la préférence nationale au cas par cas, sauf pour les métiers où la pénurie est clairement avérée. Cet examen doit être praticable et non bureaucratique, pour les entreprises tout comme pour les cantons. Il en va de même de la vérification des conditions de salaire et de travail lors de l'octroi des autorisations. Les cantons ont besoin d'une solution souple, car les disparités régionales sont importantes sur le marché du travail.

Les cantons sont parvenus somme toute à définir une voie praticable pour la mise en œuvre de l'art. 121a Cst. Le plan de mise en œuvre du Conseil fédéral répond aux impératifs constitutionnels, tout en respectant au mieux les intérêts de l'économie dans son ensemble. Il n'en subsiste pas moins une contradiction fondamentale entre les objectifs de politique intérieure et de politique extérieure que le plan de mise en œuvre ne parvient pas à résoudre. En effet, l'accord sur la libre circulation des personnes ne tolère ni contingents ni quotas ni préférence nationale.

Rapport de l'organe de pilotage « Réforme de l'imposition des entreprises III »

À l'occasion de l'Assemblée plénière CdC du 21 mars 2014, les gouvernements cantonaux ont adopté une prise de position commune au sujet du Rapport de l'organe de pilotage à l'intention du DFF sur les mesures visant à renforcer la compétitivité fiscale de la Suisse (3e réforme de l'imposition des entreprises). Ils reconnaissent la nécessité d'adapter le régime fiscal des entreprises pour rester compétitif dans le contexte fiscal international et d'accroître la sécurité du droit et de la planification pour les entreprises actives en Suisse.

Les cantons sont favorables à l'introduction d'une imposition préférentielle de certains revenus provenant de biens immatériels (licence box) dans le cadre des impôts cantonaux. Ces « licence boxes » sont appelées à remplacer les régimes fiscaux cantonaux pour les sociétés holding, les sociétés de domicile et les sociétés mixtes.

Afin d'assurer la sécurité du droit, les cantons souhaitent que la réglementation qui sera mise en place soit contraignante pour tous les cantons en l'inscrivant dans la loi sur l'harmonisation des impôts. L'harmonisation doit se limiter aux aspects formels, les prescriptions régissant la charge fiscale devant rester de la compétence des cantons.

Enfin, les gouvernements cantonaux demandent instamment que les mesures qui seront mises en place pour compenser les effets de cette réforme soient financées au moins pour moitié par la Confédération et admettent que le système de péréquation financière devra être adapté.

Rapport de la CdG-N du 4 avril 2014 sur le séjour des étrangers dans le cadre de l'accord sur la libre circulation des personnes

Réunis en Assemblée plénière extraordinaire CdC le 20 juin 2014, les gouvernements cantonaux ont adopté une brève position sur le rapport de la CdG-N, faisant suite à la discussion politique sur la mise en œuvre de l'art. 121a Cst. Ils regrettent en particulier que les organes d'exécution cantonaux n'aient pas été consultés avant la publication du rapport et attendent donc de la Confédération qu'elle les associe aux travaux d'élaboration d'éventuelles mesures.

Initiative Ecopop

Réunis en Assemblée plénière le 20 juin, les gouvernements cantonaux se sont prononcés contre l'initiative Ecopop, estimant qu'elle présentait un risque pour toute notre économie et qu'elle mettait en péril la voie bilatérale. En cas de dénonciation de l'accord sur la libre circulation des personnes, tous les accords des Bilatérales I cesseraient automatiquement d'être applicables en raison de la clause guillotine. Ceci aurait probablement des répercussions sur l'association de la Suisse à Schengen et à Dublin. La Suisse perdrait son accès privilégié au marché européen.

La compétitivité de la Suisse tient pour une grande part à la souplesse et à l'internationalisation de son marché du travail. En cas de limitation de l'immigration à 16 000 personnes par an, comme l'exige les initiateurs, la Suisse ne pourrait pas satisfaire à la demande. L'économie en subirait des répercussions négatives et la prospérité de la Suisse serait sérieusement mise en péril. En outre, il n'y a pas de lien étroit entre la politique d'immigration et l'aide au développement.

Prises de position dans le cadre de la participation des cantons aux décisions de politique extérieure (art. 55 Cst.)

Mandat de négociation en vue d'une adaptation de l'Accord sur la libre circulation des personnes entre la Suisse et l'UE (ALCP)

Lors de l'Assemblée plénière CdC du 19 décembre, les gouvernements cantonaux ont examiné le projet de mandat du Conseil fédéral en vue d'une adaptation de l'accord Suisse – UE sur la libre circulation des personnes. Ils ont approuvé le mandat, d'autant qu'il permet au Conseil fédéral d'accomplir sa mission constitutionnelle.

Mandat de négociation sur la participation aux programmes culturels de l'UE

Lors de l'Assemblée plénière du 21 mars, les gouvernements cantonaux ont approuvé le projet de mandat de négociation pour la participation aux programmes culturels de l'UE.

Introduction de l'échange automatique d'informations en matière fiscale

Lors de l'Assemblée plénière CdC du 26 septembre, les gouvernements cantonaux ont examiné les projets de mandats du Conseil fédéral sur l'introduction de l'EAR pour les dossiers fiscaux avec les États partenaires et approuvé les mandats de négociation avec l'UE et les États-Unis proposés par le Conseil fédéral. Par ailleurs, ils ont appuyé le Conseil fédéral dans son intention d'envisager des négociations sur l'EAR avec d'autres pays. Les cantons ont aussi

fait part de leur souhait d'être associés aux négociations, notamment à celles avec l'UE, et de continuer à participer étroitement aux travaux en cours sur la mise en œuvre de l'EAR en Suisse, qu'il s'agisse des travaux législatifs ou administratifs.

Mandat de négociation pour la conclusion d'un accord avec l'UE sur la participation de la Suisse à la coopération Prüm

Lors de l'Assemblée plénière CdC du 19 décembre, les gouvernements ont adopté aussi un projet de mandat de négociation pour la conclusion d'un accord avec l'UE sur la participation de la Suisse à la coopération policière Prüm. Ils ont demandé au Conseil fédéral de compléter certains points des directives de négociation.

Mandat de négociation pour la mise à jour et l'extension des accords de libre-échange actuels

Dans la position qu'ils ont adoptée lors de l'Assemblée plénière CdC du 21 mars, les cantons soutiennent le Conseil fédéral dans ses efforts pour ouvrir à l'économie suisse, également en dehors du marché intérieur de l'UE, un accès stable, prévisible, sans entrave et non discriminatoire au plus grand nombre possible de marchés étrangers. Ils ont donc soutenu le mandat du Conseil fédéral.

Par contre, les cantons déplorent que le Conseil fédéral renonce depuis un certain temps à mener une consultation sur les résultats des négociations portant sur des accords de libre échange avec des États tiers. Ils ont rappelé au Conseil fédéral que ces accords concernent en partie les cantons dans leurs compétences et dans leurs intérêts prépondérants.

Stratégie macro-régionale pour la région alpine (SUERA)

Dans une position commune approuvée par le Bureau du 14 novembre, les cantons souscrivent quant à son principe à la stratégie prévue par l'UE pour la région alpine, tout en formulant des remarques détaillées concernant certains aspects de la stratégie SUERA.

Positions adoptées dans le cadre d'auditions organisées par d'autres institutions

Rapport final « Association de l'espace rural à la collaboration tripartite » à l'attention de la Conférence tripartite sur les agglomérations

À la fin juin, la Conférence tripartite sur les agglomérations (CTA) a invité le Conseil fédéral, la CdC et les associations des communes à prendre position sur le rapport final « Association de l'espace rural à la collaboration tripartite ». Outre plusieurs modèles envisageables, ce texte contient des recommandations concrètes de la direction de projet portant sur le choix des modèles, les thématiques et les règles du jeu de manière générale, et sur la question de la représentation.

Suite à une consultation des gouvernements cantonaux, l'Assemblée plénière du 19 décembre a adopté une position commune. Dans ce texte, les cantons se prononcent pour la poursuite de la collaboration tripartite sous la forme du modèle priorisé par la direction de projet, à savoir l'instauration d'une conférence tripartite sur le modèle de la Conférence tripartite sur les agglomérations (CTA). De l'avis des cantons, ce modèle est le plus convaincant du fait de la simplicité des structures proposées et de la possibilité d'utiliser les structures existantes. Il garantit par ailleurs que la même importance est accordée aux sujets intéressant les espaces ruraux et à ceux traités jusqu'à maintenant dans le cadre de la CTA. Les espaces urbains et les espaces ruraux sont donc sur un pied d'égalité, ce qui répond à une requête des cantons. S'agissant de la formulation de règles du jeu et des questions de représentation, les cantons suivent pour l'essentiel les recommandations de la direction de projet.

Sur la base des résultats de la consultation, la CTA définira en 2015 la procédure à suivre à l'attention de ses membres.

2.1.4 Collaboration Confédération – cantons

Dialogue confédéral Confédération – cantons

Des délégations du Conseil fédéral et de la CdC se rencontrent deux fois par an pour participer au « Dialogue confédéral Confédération-cantons » qui est l'occasion d'échanges d'informations et de points de vue sur la coopération et le fédéralisme.

En 2014, les rencontres du 21 mai et du 15 octobre ont permis d'aborder les sujets suivants : acceptation de l'initiative contre l'immigration de masse et mise en œuvre de l'art. 121a Cst. (loi de mise en œuvre, ALCP, mesures complémentaires en vue d'exploiter plus efficacement le potentiel de main-d'œuvre nationale, et initiative Ecopop), questions institutionnelles dans les relations Suisse – UE, réformes internes en vue de conférer une assise solide à l'organisation fédérale et démocratique de l'État dans le cadre de la politique européenne de la Confédération, 3e réforme de l'imposition des entreprises, rapport 2012 - 2015 d'évaluation de l'efficacité de la péréquation financière entre la Confédération et les cantons, rapport de monitoring du fédéralisme 2011 - 2013 et 4e Conférence nationale sur le fédéralisme 2014.

Dialogue Europe

La coopération entre la Confédération et les cantons est d'une importance primordiale pour le développement des relations bilatérales entre la Suisse et l'UE, du fait qu'un grand nombre d'accords bilatéraux affectent directement les compétences des cantons ou co-affectent leurs tâches d'exécution.

La Constitution fédérale et la loi fédérale sur la participation des cantons à la politique extérieure de la Confédération définissent les compétences et les responsabilités de la Confédération et des cantons, les droits d'information et de consultation des cantons et leurs modalités de participation. Compte tenu du resserrement des relations entre la Suisse et l'UE, du développement de la voie bilatérale et des défis institutionnels en jeu, la collaboration entre la Confédération et les cantons est d'une importance croissante.

Pour renforcer et améliorer encore cette collaboration, la Confédération et les cantons ont décidé d'instaurer un organe directeur permanent dédié à l'échange d'informations et d'en détailler les modalités dans une convention. Les deux instances y soulignent leur volonté de renforcer la compréhension mutuelle, de promouvoir un échange d'informations régulier, d'accroître l'efficacité du processus décisionnel en matière de politique européenne et de garantir le maintien des compétences et des responsabilités de la Confédération et des cantons.

L'organe directeur se compose des chefs du DFAE et du DEFR ; les cantons y sont représentés par le président de la CdC et par une délégation du Bureau. Ce forum se réunit à intervalles réguliers, en principe tous les deux mois.

La convention réglant son fonctionnement a été paraphée le 5 juin 2012 à Berne.

En 2014, les délégations de la Confédération et des cantons se sont réunies les 26 février, 9 avril, 6 juin et 20 août. Les discussions ont surtout porté sur la feuille de route à adopter après la votation populaire du 9 février. Les autres sujets abordés ont été : les négociations sur l'accord-cadre institutionnel Suisse-UE, les réformes internes, l'avancement et la suite de la procédure concernant la participation à des programmes, les négociations sur l'électricité, la fiscalité de l'épargne et l'imposition des entreprises, la situation économique en Europe et ses retombées pour la Suisse et le renouvellement des institutions de l'UE et ses répercussions sur la Suisse.

Stammtisch des cantons

La CdC organise un « Stammtisch des cantons » le lundi soir de la deuxième semaine de session des Chambres. Pour entretenir les relations avec les parlementaires fédéraux et intensifier les échanges de vues, des représentants du Bureau CdC et des membres des gouvernements cantonaux y rencontrent des membres du Conseil des États et d'anciens membres de gouvernement siégeant au Conseil national. Chaque Stammtisch est consacré à un sujet politique d'actualité.

Les quatre Stammtisch ont porté cette année sur les dossiers suivants : défis qui attendent les cantons après la votation sur l'initiative contre l'immigration de masse, 3e réforme de l'imposition des entreprises, rapport 2012 - 2015 d'évaluation de l'efficacité de la péréquation financière entre la Confédération et les cantons, rapport de monitoring du fédéralisme 2011 - 2013 et révision de la loi sur l'asile.

Rencontre avec le Bureau du Conseil des États

Réunissant deux fois par an le Bureau du Conseil des États et le Bureau CdC, ce forum se propose d'aborder des sujets politiques d'actualité ou des questions de collaboration entre les deux organes.

Les sujets abordés le 16 mai et le 7 novembre étaient, outre la collaboration entre le Conseil des États et la CdC, la mise en œuvre de l'art. 121a Cst., la RIE III, le rapport 2012 - 2015 d'évaluation de l'efficacité de la péréquation financière entre la Confédération et les cantons, le rapport de monitoring du fédéralisme 2011 - 2013, la 4e Conférence nationale sur le fédéralisme 2014, le concordat sur les hooligans, le nouvel arrêté sur le réseau, la stratégie énergétique 2050 et les élections 2015 dans les cantons.

Auditions parlementaires

En principe, il est laissé à l'appréciation de chaque présidence de commission de convier ou non les cantons ou une délégation cantonale aux auditions, notamment lorsque les dossiers touchent à leurs intérêts essentiels.

C'est afin d'assurer une meilleure prise en compte de ces intérêts par le Conseil des États que des délégations de la Chambre haute et de la CdC ont convenu le 7 octobre 1998 de mieux associer les représentants des cantons (conférences des directeurs ou CdC) au travail des commissions du Conseil des États.

En application de cette décision, le Secrétariat du Conseil des États communique à la CdC, en marge de la session, une liste des objets prévus pour examen par les commissions.

En 2014, une délégation de la CdC a pris part à une audition :

Date	Commission	Objet parlementaire
06.10.2014	CdF-E	Message du 3 septembre 2014 concernant la dotation de la péréquation des ressources et de la compensation des charges entre la Confédération et les cantons pour la période de contribution 2016 à 2019

2.1.5 *Coordination avec les conférences des directeurs et les conférences gouvernementales régionales*

Colloque présidentiel CdC – Conférences des directeurs

Institués en 2010 à l'instigation de la CdC, les colloques politiques réunissent les présidences des conférences des directeurs et de la CdC. La première partie du colloque des 23 et 24 janvier 2014 a été l'occasion de procéder à un échange d'informations et d'opinions sur les priorités de travail actuelles dans des domaines politiques d'intérêt général. En deuxième partie, les participants ont discuté des sujets communs migration et participation. La troisième partie du colloque était dédiée à des questions concrètes de collaboration entre les conférences et à d'autres sujets particuliers, tels que la collaboration des conférences au niveau politique, leur pratique en matière d'indemnisations et de jetons de présence, les questions de sécurité à la Maison des cantons, l'amélioration de la coordination technique concernant la nouvelle base de données des affaires, le rapport de monitoring du fédéralisme 2011 - 2013 et la 4e Conférence sur le fédéralisme 2014.

La séance des présidents du 22 septembre a été l'occasion de débattre du point fort « Immigration, migration et intégration », des développements récents en politique européenne, du rapport de monitoring, de la mise en œuvre du droit fédéral par les cantons et de l'association des cantons au programme de législature de la Confédération 2015 - 2019.

Conférence des secrétaires des conférences intercantionales (CoseCo)

La Conférence des secrétaires des conférences intercantionales (CoseCo), dont le secrétariat est géré par la CdC, a pour vocation de renforcer la coordination, entre les conférences des directeurs, des tâches de suivi des affaires fédérales, et de favoriser la collaboration et la communication entre ses membres. En 2014, elle s'est réunie quatre fois, notamment pour coordonner les activités de suivi des projets de la Confédération. Il s'agit, entre autres, d'attribuer la responsabilité du suivi des dossiers à une conférence (conférence responsable). Par ailleurs, les membres ont pu se prononcer sur les mesures envisagées pour renforcer participation des cantons à la mise en œuvre du droit fédéral.

La base de données des affaires est à disposition des conférences. Deux cours de formation ont été organisés en début d'année à l'attention des utilisateurs de la CdC et des conférences des directeurs. Les développements informatiques pour corriger les premiers problèmes et mettre en place la version en français ont été initiés en 2014. Les travaux seront terminés en 2015.

La formation continue de la CoseCo a eu lieu en novembre 2014. Les présentations et les discussions ont porté sur les conventions-programmes. Des exposés de conférenciers de l'Université de Lausanne, de la Confédération, d'un canton et de conférences des directeurs ont permis de mieux connaître cet instrument de gestion des tâches communes entre la Confédération et les cantons, ainsi que de discuter les pistes d'amélioration possibles sur la base des expériences vécues par la Confédération et les cantons.

Conférences gouvernementales régionales

Les secrétariats des conférences gouvernementales régionales et le secrétaire de la Conférence des gouvernements de l'espace métropolitain zurichois se sont retrouvés le 22 mai et le 11 décembre en présence de la secrétaire générale de la CdC pour un échange d'informations et de vues.

2.1.6 *Autres dossiers*

État-major intercantonal Immigration, migration et intégration

Instauré en 2012, l'État-major intercantonal « Immigration, migration et intégration », composé de représentants des conférences CDF, CDEP, CDIP, CDAS, CDS, CCDJP, DTAP et CdC et placé sous la direction de la CdC, se réunit régulièrement dans le but d'assurer une procédure commune et interdisciplinaire dans ce domaine. Si la coordination des travaux de l'État-major incombe à la CdC, la responsabilité des dossiers reste du ressort des conférences concernées.

L'état-major a siégé les 3 avril, 7 mai, 19 août et 5 novembre pour discuter notamment de plusieurs aspects liés à la mise en œuvre de l'art. 121a Cst. : avancée des pourparlers avec l'UE, mise en œuvre en droit interne, mesures visant la mobilisation du potentiel de main d'œuvre nationale.

2.2 *Autres activités*

2.2.1 *Généralités*

Mise en œuvre du droit fédéral par les cantons

Lors de sa séance du 28 septembre 2012, l'Assemblée plénière avait décidé de renforcer le réseau existant de responsables cantonaux en matière de législation et de mise en œuvre du droit fédéral, afin notamment d'améliorer la qualité de l'association des cantons au processus législatif au niveau fédéral. Le groupe de travail « Mise en œuvre du droit fédéral » (GT Mise en œuvre) a poursuivi les travaux initialisés en 2013. Il s'agit des projets suivants :

- étude scientifique concernant l'implication précoce des cantons dans le processus législatif de la Confédération, confiée au Bureau Vatter à Berne et dont un premier projet de rapport final a été discuté avec le secrétariat de la CdC le 8 décembre 2014 ;
- planification coordonnée de la mise en œuvre du droit fédéral, projet présenté lors de la séance plénière du GT Mise en œuvre du 28 mars 2014, puis retravaillé par le comité, avant d'être soumis en consultation aux secrétaires des conférences des directeurs, avec un délai au 15 décembre 2014 ; et
- questionnaire-type à l'attention des cantons, intitulé « Évaluation de la mise en œuvre du droit fédéral par les cantons - Guide de traitement des consultations ». Ce projet a également été remanié suite à la séance du 28 mars 2014, avant d'être testé au sein de cantons pilotes pendant plusieurs mois, puis envoyé en consultation auprès de la conférence des chanceliers d'État, avec un délai au 31 mars 2015 pour prendre position.

Forum des fédérations (FoF)/ Institut du fédéralisme de l'Université de Fribourg (IFF): généralités / programme de stage

En 2014, la collaboration avec le Forum des fédérations (FoF) s'est poursuivie. La CdC a pris en charge le financement des travaux du FoF ; elle fait désormais partie du Conseil stratégique consultatif qui s'exprime sur l'orientation stratégique du Forum et discute des priorités du moment. Le Conseil s'est réuni pour la sixième fois début septembre au Brésil, pour débattre en particulier de la réorganisation du Forum. La délégation suisse était composée de la secrétaire générale CdC et d'un représentant de la DDC. Lors de ce rendez-vous, la Suisse a été sollicitée pour organiser la prochaine rencontre du Comité, en mars 2015. Le canton d'Argovie propose d'en être l'hôte.

La CdC a assuré le FoF de sa participation. Le FoF a rédigé une contribution pour le rapport de monitoring du fédéralisme 2011 - 2013. Lors de la Quatrième Conférence nationale sur le fédéralisme des 27 et 28 novembre 2014 à Soleure, Thomas Pfisterer est intervenu, en tant que membre du Comité, pour parler du FoF.

Institut du fédéralisme de l'Université de Fribourg (IFF) : programme de stage

Depuis 2010, le programme « Internships » permet à de futurs cadres des secteurs de la politique, de l'administration et de la science, issus de pays en développement et en transition, d'accomplir un stage de six semaines dans une administration cantonale pour y observer le fonctionnement d'un État fédéral. Les stages, financés par l'IFF, ont eu lieu à l'issue de l'université d'été organisée chaque année en août/septembre par l'IFF.

Après une évaluation interne, l'IFF a décidé à la fin 2013 de ne pas poursuivre le programme, en invoquant des motifs d'ordre financier. Le Bureau CdC du 14 février a donc également décidé d'y mettre fin.

Rapport financier 2013 des conférences intercantionales gouvernementales et sectorielles

La Fondation ch pour la collaboration confédérale établit chaque année un rapport contenant des informations sur les aspects financiers (charges et recettes) et structurels (effectifs) de la CdC et des conférences des directeurs. Le rapport financier 2013 a été présenté à l'Assemblée plénière du 19 décembre, qui en a pris connaissance.

Programme de législature de la Confédération 2015 - 2019

Les gouvernements cantonaux ont été associés à l'élaboration des deux derniers programmes de législature par l'intermédiaire de la CdC. Compte tenu du calendrier de la Confédération, l'Assemblée plénière du 26 septembre a arrêté la procédure interne relative à l'association des cantons au programme de législature 2015 - 2019. Cette association interviendra en deux phases : l'une, en février 2015, portera sur l'orientation stratégique de ce programme, la seconde, en octobre 2015, permettra aux gouvernements cantonaux d'exposer leurs attentes et leurs idées sur les orientations et les mesures (législatives) prioritaires.

2.2.2 *Politique extérieure*

Parmi les nombreuses activités en lien avec la défense des intérêts des cantons dans les dossiers de politique extérieure, et en sus de celles déjà citées, figurent les activités suivantes :

Politique européenne

Comme les années précédentes, les groupes de travail de l'organisation d'accompagnement CdC ont participé aux réunions des comités mixtes chargés d'étudier les dossiers sur la libre circulation des personnes, sur les marchés publics, sur les transports terrestres et sur le transport aérien. L'organisation d'accompagnement CdC a observé et analysé les développements des accords sectoriels entre la Suisse et l'UE.

Il a fallu suivre les développements de Schengen/Dublin et, en collaboration avec la CCDJP, les préparatifs de mise en œuvre de ces développements dans les cantons. Des représentants de l'organisation d'accompagnement Schengen/Dublin de la CdC (OASD) ont participé à nombre de séances des groupes de travail de l'UE à Bruxelles consacrées à l'élaboration des développements de l'acquis Schengen/Dublin.

Conjointement avec la CDEn, le Secrétariat CdC a suivi les négociations engagées en novembre 2007 avec l'UE et relatives à un accord dans le domaine de l'électricité.

Enfin, un représentant du Secrétariat CdC a participé aux négociations entamées cette année avec l'UE en vue de dégager un accord cadre institutionnel.

Régimes fiscaux cantonaux

Le groupe de travail Questions financières et fiscales de la CdC a suivi l'évolution du contentieux avec l'UE à propos de certains régimes fiscaux cantonaux, de la fiscalité de l'épargne et de l'échange automatique de renseignements (EAR). Avec les offices compétents de la Confédération, il a défini la position suisse sur cette question et préparé les décisions politiques des organes compétents de la CDF et de la CdC.

Accords de libre-échange avec des États hors UE

Le groupe de travail Prestations de la CdC s'est intéressé de près aux efforts intensifs de la Confédération en vue de conclure un accord de libre échange avec des États tiers hors UE, bilatéralement ou dans le cadre de l'AELE.

OMC/AGCS

Le Secrétariat CdC a observé les avancées des négociations en cours à l'OMC. Une attention particulière a été accordée aux discussions sur un nouvel accord plurilatéral sur le commerce de services (ACS/TISA).

Droits de l'homme

Mises à part les activités décrites dans un autre chapitre, le Secrétariat CdC a participé aux séances du Conseil consultatif du Centre suisse de compétence pour les droits humains (CSDH) et aux travaux préparatoires en vue d'évaluer le CSDH. Il a aussi prêté main forte à la Confédération et aux conférences des directeurs pour établir une série de rapports destinés aux instances de plusieurs traités sur les droits humains.

2.2.3 *Politique intérieure*

Réforme de la péréquation financière et de la répartition des tâches entre la Confédération et les cantons (RPT) : travaux de suivi

Le Secrétariat CdC est représenté dans le groupe technique chargé du rapport d'évaluation de la péréquation financière. Il est composé paritairement de 5 représentants de la Confédération et de 5 représentants des cantons. Ce

groupe accompagne les travaux de mise au point du rapport sur l'évaluation de l'efficacité de la péréquation financière entre la Confédération et les cantons, établi tous les quatre ans. Il se prononce notamment sur l'attribution de mandats à des spécialistes externes et sur l'élaboration de recommandations concernant la péréquation des ressources, la compensation des charges et la compensation des cas de rigueur.

Dans le cadre du controlling RPT, la CdC vérifie périodiquement que les projets de la Confédération respectent les principes de subsidiarité et d'équivalence fiscale. Les projets mis en consultation ou les projets législatifs de la Confédération ayant des incidences importantes pour les cantons font l'objet d'une analyse.

À l'issue de chaque session des Chambres fédérales, la CdC rédige un compte rendu des objets traités. Ces informations sont saisies dans la base de données des affaires qui est accessible depuis le site intranet de la CdC.

Par ailleurs, la CdC examine si les nouveaux modes de collaboration (conventions-programmes et conventions de collaboration intercantonale) sont mis en œuvre conformément aux règles prévues par la RPT.

Convention intercantonale relative à la médecine hautement spécialisée (CIMHS)

Mandaté par le Conseil d'État du canton de Thurgovie, le Département des finances et des affaires sociales de ce canton a déposé auprès de la CdC, par courrier du 13 décembre 2013, une demande de conciliation à l'encontre de l'Organe de décision de la Convention intercantonale relative à la médecine hautement spécialisée (Organe de décision MHS) concernant l'interprétation de la Convention intercantonale relative à la médecine hautement spécialisée (CIMHS). L'objet de la demande est constitué notamment - mais non exclusivement - des décisions du 10 septembre 2013 sur la planification de la médecine hautement spécialisée dans les domaines des grandes interventions de chirurgie viscérale rares (résection de l'œsophage, du pancréas, du foie, résection rectale profonde, chirurgie bariatrique complexe).

Par courrier du 30 mai 2014, le canton de Thurgovie a écrit à la CdC pour l'informer qu'il retirait sa demande de conciliation compte tenu de la décision de l'Organe MHS de revoir la procédure d'établissement de la liste des domaines de la médecine hautement spécialisée et des centres mandatés pour la fourniture des prestations définies. La procédure comprend deux étapes : la première vise à définir les interventions et les traitements qui relèvent de la médecine hautement spécialisée, la seconde à attribuer aux hôpitaux les prestations de leur compétence.

Collaboration en matière de cyberadministration en Suisse

Conclue en 2007 par la Confédération et les cantons, la convention-cadre de droit public concernant la collaboration dans le domaine de la cyberadministration en Suisse a été renouvelée en 2010 ; elle est valable jusqu'à fin 2015. Pour que le développement de la cyberadministration puisse être poursuivi à partir de 2016, le comité de pilotage de la cyberadministration suisse a chargé la direction opérationnelle, fin 2013, d'établir les bases de la collaboration à partir de 2016. Le 15 octobre, le comité de pilotage a pris connaissance des résultats d'une consultation de la Confédération, des cantons et d'autres services concernés. Pour accompagner la direction opérationnelle, il a mis en place un groupe de travail technique auquel participent, outre des spécialistes de la Confédération et des communes, quatre représentants des cantons désignés par le Bureau.

Le 4 décembre, le comité de pilotage a pris connaissance de l'état d'avancement des travaux, sur lequel il s'est appuyé pour définir la collaboration en matière de cyberadministration à partir de 2016, et il en a déduit que les efforts communs doivent être poursuivis dans ce domaine. Il va donc déployer la stratégie de cyberadministration et s'en inspirer pour définir la convention-cadre qui liera la Confédération aux cantons. Des priorités seront définies, qui tiennent compte des projets et des prestations stratégiques, mesures et financements compris ; les bases une fois posées feront l'objet d'une consultation auprès de la Confédération et des cantons.

État-major fédéral ABCN

Afin d'améliorer l'organisation des interventions en cas de sinistre de portée nationale, le Conseil fédéral a adopté, à l'automne 2010, la nouvelle Ordonnance sur l'organisation des interventions en cas d'événement ABC et d'événement naturel. Au niveau fédéral, la conduite est assurée par un état-major fédéral ABCN (EMF ABCN), qui regroupe une vingtaine d'instances fédérales. La coordination avec les cantons est du ressort de la CdC et de plusieurs conférences des directeurs (CDEn, CDS, CCDJP, CG MPS), qui siègent au sein de l'EMF ABCN.

La préparation et le déroulement de l'exercice du Réseau national de sécurité ERNS 14 a été au centre des activités (voir plus bas). L'ancienne cellule spéciale pandémie se retrouve dans l'EMF ABCN et une stratégie de départ « pandémie d'influenza » a été approuvée. Par ailleurs, un échange régulier a eu lieu concernant la propagation du virus Ebola en Afrique occidentale. L'EMF ABCN a vérifié régulièrement que les mesures du rapport IDA NOMEX sont bien mises en œuvre et il a développé la gestion des ressources et un concept de communication en temps de crise pour la Confédération.

Exercice du Réseau national de sécurité 2014

En novembre, la Confédération et les cantons ont effectué l'exercice du Réseau national de sécurité (ERNS 14). Il s'agissait d'évaluer la gestion des crises dans l'éventualité d'une panne de courant, d'une coupure de courant ou d'une pandémie au sein du Réseau national de sécurité (RNS). Les phases clés de la gestion aux niveaux de la Confédération et des cantons et leur interaction ont été testées dans le cadre de différents modules. Un rapport complet est attendu au premier semestre 2015, sur lequel prendront appui la Confédération et les cantons pour développer une gestion des crises.

Groupe d'étude système de l'obligation de servir

Dans le rapport « Stratégie de la protection de la population et de la protection civile 2015+ » du 9 mai 2012, le Conseil fédéral a annoncé l'examen, par un groupe d'étude, des interfaces du système de l'obligation de servir (armée, service civil, protection civile, taxe d'exemption). Le chef du DDPS a institué ce groupe début mai. Il doit se pencher sur l'avenir du système de l'obligation de servir et proposer différents modèles pour l'améliorer et le développer. Plusieurs interventions parlementaires devront être prises en compte, en vue d'introduire une obligation générale de servir. Les considérations politiques sont essentielles : encouragement de la cohésion sociale, égalité hommes-femmes, intégration des étrangers.

Les cantons sont représentés par les conférences des gouvernements et les conférences techniques que l'on retrouve dans le Réseau national de sécurité, si bien que la CdC est aussi impliquée. Le groupe a établi un état des lieux complet, qui lui a été utile pour esquisser trois modèles de base afin de développer le système de l'obligation de servir. Ces modèles seront examinés de près par les milieux politiques et les milieux de la société civile concernés. Un rapport final devrait voir le jour à l'automne 2015, à l'attention du Conseil fédéral.

Stratégie énergétique 2050

Dans le cadre de l'Assemblée plénière du 1er février 2013, la CdC a approuvé une position commune sur la Stratégie énergétique 2050. Lors de la session d'hiver 2014, le Conseil national a débattu du message (13.074) du 4 septembre 2013 relatif au premier paquet de mesures de la Stratégie énergétique 2050 et de l'initiative populaire « Pour la sortie programmée de l'énergie nucléaire » (initiative « Sortir du nucléaire »). Compte tenu de l'importance de ce dossier pour les cantons, la CdC, la CDEn et la DTAP ont adressé un courrier commun aux présidences des groupes parlementaires pour leur exposer le point de vue et les intérêts prépondérants des cantons.

Principes de collaboration Confédération - cantons concernant l'encouragement de l'intégration spécifique : mise en œuvre

Fin 2011, la Confédération et les cantons ont convenu d'une stratégie commune d'encouragement de l'intégration, dont les objectifs principaux sont d'œuvrer en faveur de la cohésion sociale, du respect et de la tolérance mutuels et de l'égalité des chances pour les étrangers qui souhaitent participer à la vie en Suisse. Afin de renforcer l'intégration, la Confédération et les cantons ont identifié huit domaines dans lesquels des mesures doivent être engagées : primo-information aux migrants sur la langue et la formation, encouragement précoce des enfants, programmes ciblés d'intégration au marché du travail, etc. Chaque canton a ensuite élaboré un programme d'intégration cantonal (PIC) en tenant compte de ses réalités locales et s'est accordé avec l'Office fédéral des migrations (ODM), dans le cadre des conventions-programmes, sur des objectifs et des indicateurs contraignants pour les années 2014 à 2017. Une conférence de presse conjointe CdC - ODM a eu lieu le 28 février 2014 pour lancer le programme.

Expo2027 Lac de Constance-Suisse orientale : déclaration de principe

Les cantons de Thurgovie, d'Appenzell Rhodes-Extérieures et de Saint-Gall envisageaient depuis longtemps de mettre sur pied une exposition nationale en Suisse orientale. Ils ont développé des idées directrices pour l'Expo2027, adopté un plan directeur et préparé le lancement d'un concours de concepts. Lors de son assemblée du 20 mars 2014, l'ORK a pris acte de l'avancée du projet et avalisé une déclaration par laquelle tous les cantons de Suisse orientale se disent favorables à l'idée d'organiser une exposition nationale dans la région Lac de Constance-Suisse orientale. Dans cette déclaration, l'ORK demande à la CdC de soutenir l'idée d'une Expo2027 Lac de Constance-Suisse orientale par une décision formelle. Réunis en Assemblée plénière CdC le 20 juin 2014, les gouvernements cantonaux se sont félicités de ce projet, qu'ils souhaitent appuyer ; informé de cette décision, le Conseil fédéral a été invité à en faire de même.

Projet de territoire Suisse

Le Projet de territoire Suisse a été publié fin 2012, une fois approuvé par tous les échelons institutionnels. La dernière réunion du groupe d'accompagnement politique a eu lieu en janvier 2013 et l'organisation de projet tripartite mise en place par le DETEC, la CdC, la DTAP et les associations communales en 2006 afin d'élaborer le projet a été formellement dissoute.

Le Projet de territoire Suisse prévoit des travaux de suivi que les trois échelons institutionnels doivent mener conjointement. Son état d'avancement et les besoins d'adaptation doivent être contrôlés après cinq ans. Un groupe tripartite a donc été institué pour observer ses développements ; il est composé de représentants des organismes responsables, tandis que sa conduite a été confiée à l'Office du développement territorial (ARE).

Le groupe tripartite s'est réuni à quatre reprises en 2014. Ses activités se sont concentrées sur les échanges avec les représentants des milieux scientifiques, avec pour objectif d'identifier les tendances et les défis du développement territorial et d'en débattre. Il a fallu aussi préparer, à l'attention des politiques, le rapport annuel sur les travaux de stratégie en lien avec le projet menés à tous les échelons institutionnels.

Conférence tripartite sur les agglomérations

Fin 2011, le Conseil fédéral, la CdC et les associations communales ont décidé de poursuivre la Conférence tripartite sur les agglomérations (CTA). La présidence et le secrétariat sont assurés par la CdC.

Les dossiers principaux traités par la CTA en 2014 ont été les suivants :

- prise de connaissance du projet de rapport « Réseautage des acteurs des espaces métropolitains » et approbation des recommandations du groupe de projet à l'attention de la Confédération, des cantons, des villes, des communes et des espaces métropolitains ;
- adoption du rapport « Le b.a.-ba du développement urbain durable » du collectif Büro für Stadt- und Agglomerationsentwicklung et metron ;
- prise de connaissance et première discussion sur le rapport final « Association de l'espace rural à la collaboration tripartite ».

La délégation des cantons auprès de la CTA, qui compte neuf membres des gouvernements avec le président, a exposé l'avis des cantons sur ces dossiers. Avant les réunions, le Secrétariat CdC a consulté les membres des délégations afin de préparer les avis. Pour élaborer une position commune des cantons sur le rapport final « Association de l'espace rural à la collaboration tripartite », le Secrétariat CdC a consulté les gouvernements cantonaux. La CdC a ensuite pu adopter une position commune à l'attention de la CTA lors de l'Assemblée plénière du 19 décembre (ch. 2.1.3).

2.2.4 Mandats

Secrétariat de la Conférence tripartite sur les agglomérations (CTA)

En vertu de la convention sur la Conférence tripartite sur les agglomérations (CTA) et du contrat de prestations conclu entre les secrétariats des membres de la CTA, la CdC se charge du secrétariat de la CTA. Le secrétariat a assuré

la préparation et le suivi des réunions CTA des 27 juin et 31 octobre et de celles du groupe de travail tripartite (GTT) des 6 mai et 12 septembre. Il a aussi pris en main le suivi des projets CTA en cours et fourni un appui technique et administratif aux directions tripartites des projets, en plus de s'occuper de la coordination avec les mandataires externes. Quelques points méritent d'être précisés :

- *Association de l'espace rural à la collaboration tripartite*
Après la révision de la convention CTA fin 2011, la CTA s'est fixé comme nouvel objectif de démontrer comment les espaces ruraux peuvent être associés à la collaboration tripartite. Un projet en ce sens a été lancé en mai 2012. La direction du projet et deux spécialistes externes ont consigné dans un rapport final les expériences faites depuis la discussion de 2013 autour des différents modèles. Le rapport propose des modèles et fait des recommandations sur leur choix, sur les sujets importants, sur les règles du jeu et sur la question de la représentation. La CTA du 27 juin a mené une première discussion sur les modèles et les recommandations et elle a confié au secrétariat la mission de mener un sondage auprès des membres de la CTA et des autres milieux concernés. La position des cantons a été adoptée par l'Assemblée plénière le 19 décembre (ch. 2.1.3).
- *Réseautage des acteurs des espaces métropolitains*
Le 27 juin, la CTA a pris connaissance du rapport de projet et approuvé les recommandations adressées par le groupe au Conseil fédéral, aux cantons, aux villes, aux communes et aux espaces métropolitains. Le rapport a été publié sur le site internet de la CTA. Le groupe de projet a aussi établi un calendrier commun en guise d'engagement à renforcer la collaboration entre les espaces métropolitains, discuté par les présidents le 27 janvier 2014. Lors de cette réunion, les espaces métropolitains ont annoncé leur intention d'assurer le pilotage des prochains travaux, si bien que le projet est terminé pour la CTA.
- *Développement durable de l'urbanisation*
Réunie le 31 octobre, la CTA a adopté le projet « Le b.a.-ba du développement urbain durable » du collectif Büro für Stadt- und Agglomerationsentwicklung et metron, qui a nécessité deux ans de travail. Il pose neuf exigences, illustrées par des exemples ; il dit aussi quels sont les responsabilités et les rôles de la Confédération, des cantons, des villes et des communes dans la mise en œuvre des exigences.
La CTA a chargé le secrétariat de faire publier le rapport, d'organiser un congrès national et de concevoir un dialogue entre les acteurs publics des milieux économiques concernés par cette thématique. Le 31 octobre, la CTA a débattu d'un programme national temporaire baptisé « Développement urbain durable », qui va dans le même sens que le Projet de territoire Suisse et la LAT révisée. L'idée sera approfondie au plan technique, puis au plan politique.
- *Stratégie tripartite pour une politique suisse des agglomérations (suite des travaux)*
Le 7 juin 2013, la CTA a pris connaissance de la « Stratégie tripartite pour une politique suisse des agglomérations », qui sert de cadre référentiel à la Confédération, aux cantons, aux villes et aux communes pour leur politique d'agglomération. La stratégie propose des actions que les trois échelons institutionnels doivent étudier ensemble. La CTA du 31 octobre s'en est inspirée pour lancer un nouveau projet baptisé « Vue d'ensemble de la collaboration telle qu'elle est vécue aujourd'hui dans les agglomérations » et initier un processus d'harmonisation et de coordination entre les membres de la CTA en lien avec le fonds pour les routes nationales et le trafic d'agglomération (FORTA).
- *Politique des étrangers et de l'intégration : dialogue sur l'intégration avec des acteurs non étatiques*
Le dialogue sur l'intégration, subdivisé en trois volets, a beaucoup occupé le secrétariat. Le deuxième bilan intermédiaire 2012 – 2014 du volet « Le travail – donner sa chance, saisir sa chance » effectué le 18 novembre a été positif sur le plan technique. Il en sera question – avec les priorités de travail 2015 – 2016 – lors des discussions politiques du bilan intermédiaire du 26 janvier 2015.
Le second volet, lancé le 22 novembre 2013 et intitulé « Dès la naissance – entrer dans la vie en pleine santé », est bien avancé ; il se concentre sur la petite enfance. Le 27 juin, la CTA a adopté des recommandations à l'attention des partenaires étatiques au dialogue et pris acte des recommandations adressées aux acteurs non étatiques. La direction du projet a ensuite arrêté un plan de mise en œuvre avec les partenaires au dialogue et elle s'est efforcée de coordonner les mesures qui concernent les acteurs étatiques.

En ce qui concerne le troisième volet, « Vie quotidienne », la direction du projet s'est livrée à des réflexions conceptuelles. Le 27 juin, la CTA a pris acte de l'état des travaux et demandé à la direction de projet tripartite de concrétiser le 3e axe du Dialogue.

Secrétariat de la Conférence suisse des délégués à l'intégration (CDI)

Depuis 2006, le Secrétariat CdC gère sur mandat le secrétariat de la Conférence suisse des délégués cantonaux, communaux et régionaux à l'intégration (CDI). Le secrétariat a organisé trois assemblées nationales CDI, trois séances du comité et une journée d'études ; les travaux en amont et en aval font également partie de ses tâches. Il a participé à 10 réunions de groupes régionaux, assurant ainsi la circulation des informations entre les différentes régions du pays.

2014 a été consacré au lancement des programmes cantonaux d'intégration (PIC) 2014 - 2017. Les assemblées ont été l'occasion de débattre des domaines d'encouragement PIC, en mettant l'accent sur l'assurance qualité, sur la collaboration cantons – communes et sur l'intégration au travail des réfugiés et des personnes admises à titre provisoire. Par ailleurs, les délégués ont fait écho aux interventions politiques sur l'interdiction du voile dans les écoles.

Le secrétariat a participé à plusieurs séminaires et à différentes rencontres. Dans le cadre des réunions avec l'ODM, la CFM, la CTA, la CoSi et l'OFSP, il a informé des activités de la CDI et des contenus des PIC. La co-présidence a siégé dans le groupe d'accompagnement PIC et le secrétariat a rencontré régulièrement les membres de l'OFM pour assurer la coordination du processus PIC.

03

3 Comptes

Comptes 2014 (révisés)

	Comptes 2014	Budget 2014	Comptes 2013
Contributions cantonales	3'296'000.00	3'296'000	3'296'000.00
Contributions CTA Confédération et communes	307'496.15	313'000	323'478.15
Autres revenus	49'025.15	0	63'960.00
Prélèvement selon clef de répartition des coûts	0	173'000	0
Total revenus	3'652'521.30	3'782'000.00	3'683'438.15
Personnel / Frais accessoires	2'809'363.67	2'900'000	2'746'213.50
Matériel bureau / Imprimés	50'768.32	51'000	49'477.23
Bureaux / Infrastructure	238'753.12	270'000	252'115.25
Services	54'020.50	57'000	45'683.92
Groupes de travail / Projets	233'377.93	340'000	281'143.21
Conférence tripartite sur les agglomérations (CTA)	139'896.20	150'000	165'217.70
Autres charges	13'124.87	14'000	10'043.48
Total charges	3'539'304.61	3'782'000.00	3'549'894.29
Excédent des revenus	113'216.69	0	133'543.86
Créance des cantons 31.12.2014	1'176'098.58		

Affichant des charges de CHF 3'539'304.61 (contributions cantonales : CHF 3'296'000.00), les comptes 2014 de la CdC bouclent sur un excédent de recettes de CHF 113'216.69, porté au crédit des cantons, conformément à la clé de répartition. L'avoir des cantons s'élève donc à CHF 1'176'098.58.

Le Contrôle des finances du canton de Soleure a assuré la révision des comptes annuels le 30 mars 2015. Le rapport de l'organe de révision se trouve à l'annexe 5.

Clé de financement 2014 (selon art. 14 de la Convention du 8.10.1993)

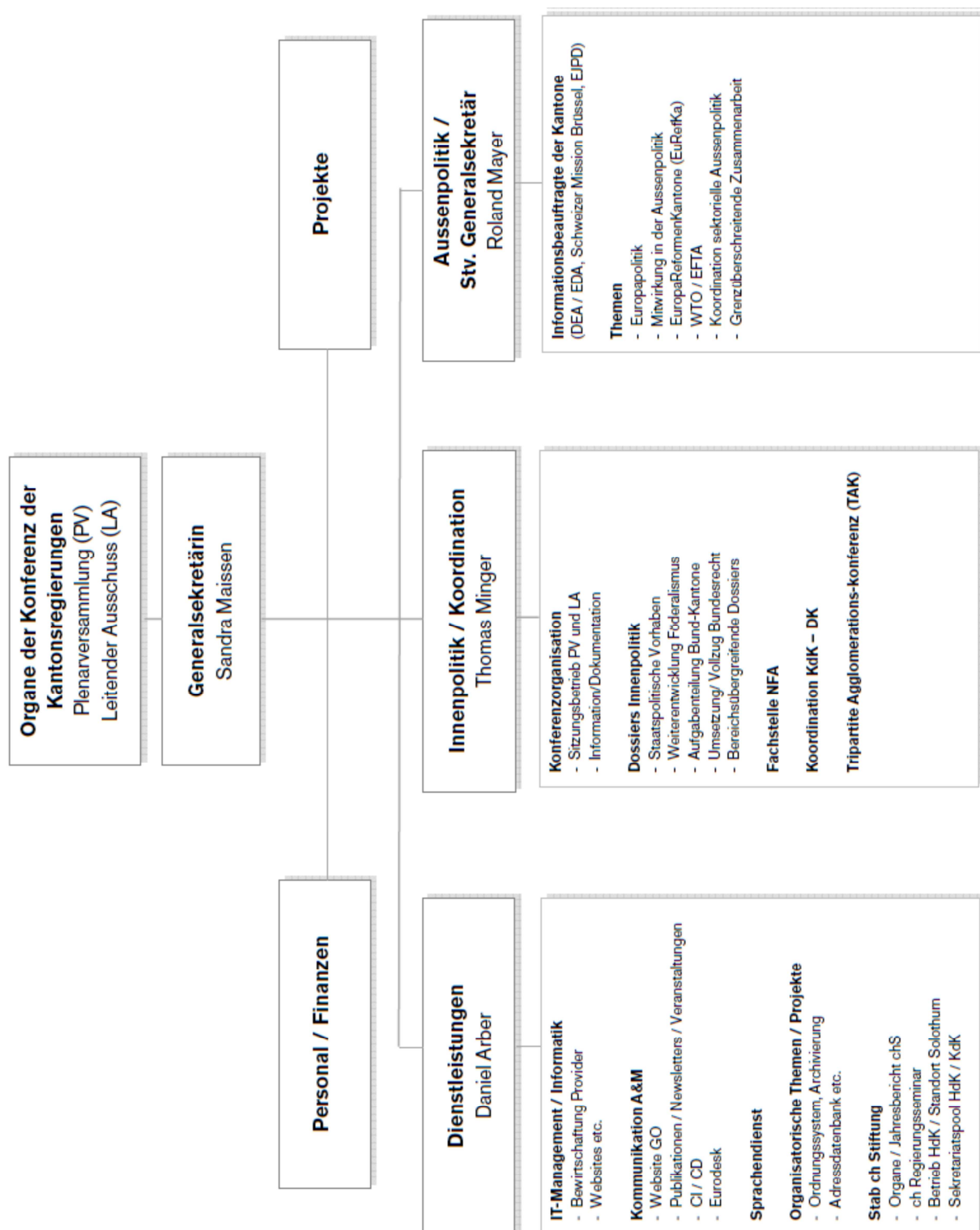
Canton	Population résidente moyenne 2011	Clé 2011	Contributions cantonales 2014
Argovie	614'882.0	7.77%	256'136
Appenzell AR	53'165.0	0.67%	22'146
Appenzell IR	15'715.5	0.20%	6'546
Baselland	274'882.0	3.47%	114'505
Baselstadt	185'602.5	2.35%	77'315
Bern / Berne	982'424.0	12.42%	409'240
Fribourg / Freiburg	281'580.5	3.56%	117'296
Genève	459'124.5	5.80%	191'254
Glarus	38'912.5	0.49%	16'209
Graubünden / Grischun / Grigioni	193'004.5	2.44%	80'398
Jura	70'287.0	0.89%	29'279
Luzern	379'788.0	4.80%	158'205
Neuchâtel	172'634.0	2.18%	71'913
Nidwald	41'167.5	0.52%	17'149
Obwald	35'735.0	0.45%	14'886
St. Gallen	481'031.5	6.08%	200'379
Schaffhausen	76'747.5	0.97%	31'970
Schwyz	147'317.0	1.86%	61'367
Solothurn	256'137.0	3.24%	106'697
Thurgau	250'208.5	3.16%	104'227
Ticino	335'348.0	4.24%	139'693
Uri	35'402.0	0.45%	14'747
Valais / Wallis	314'853.0	3.98%	131'156
Vaud	719'612.5	9.09%	299'763
Zug	114'104.5	1.44%	47'532
Zürich	1'382'732.0	17.48%	575'993
			-1
Total	7'912'398	100.00%	3'296'000

Nombre d'habitant-e-s selon population Office fédéral de la statistique

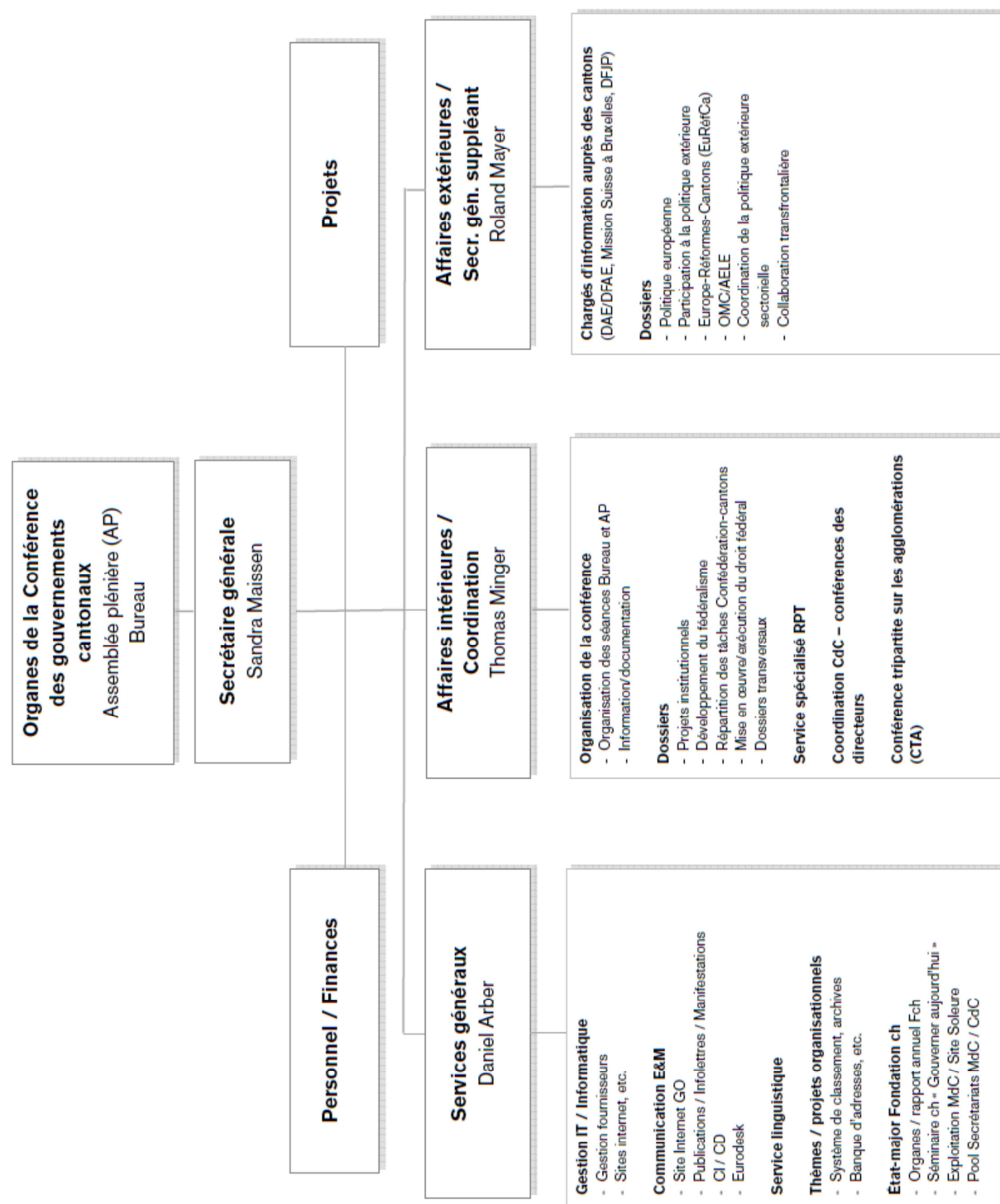
Anhänge / Annexes

Anhang 1	Organigramm KdK
Annexe 1	Organigramme CdC
Anhang 2	Kommissionen und Arbeitsgruppen der KdK (31.12.2014)
Annexe 2	Commissions et groupes de travail de la CdC (31.12.2014)
Anhang 3	Politische Delegationen der KdK in nationalen und internationalen Gremien und Arbeitsgruppen (31.12.2014)
Annexe 3	Délégations politiques de la CdC dans des organes et groupes de travail nationaux et internationaux (31.12.2014)
Anhang 4	Aktivitäten
Annexe 4	Activités
Anhang 5	Bericht der Revisionsstelle
Annexe 5	Rapport de l'Organe de révision

Anhang 1: Organigramm KdK



Annexe 1 : Organigramme CdC



Anhang 2: Kommissionen und Arbeitsgruppen der KdK (31.12.2014)

Annexe 2 : Commissions et groupes de travail de la CdC (31.12.2014)

Zusammenstellung in Bearbeitung

Anhang 3: Politische Delegationen der KdK in nationalen und internationalen Gremien und Arbeitsgruppen
(31.12.2014)

Annexe 3 : Délégations politiques de la CdC dans des organes et des groupes de travail nationaux et internationaux (31.12.2014)

Zusammenstellung in Bearbeitung

Anhang 4: Aktivitäten

Annexe 4 : Activités

Sitzungen der Organe der KdK

Séances des organes de la CdC

14.02.2014	Leitender Ausschuss / Bureau
21.03.2014	Plenarversammlung / Assemblée plénière
16.05.2014	Leitender Ausschuss / Bureau
20.06.2014	Plenarversammlung / Assemblée plénière
20.06.2014	Ausserordentliche Plenarversammlung / Assemblée plénière extraordinaire
29.08.2014	Leitender Ausschuss / Bureau
26.09.2014	Plenarversammlung / Assemblée plénière
14.11.2014	Leitender Ausschuss / Bureau
19.12.2014	Plenarversammlung / Assemblée plénière

Medienkonferenzen

Conférences de presse

16.01.2014	Haltung KdK zur Masseneinwanderungsinitiative
26.06.2014	Monitoring-Bericht Föderalismus 2011- 2013
07.11.2014	Haltung KdK zu Ecopop-Initiative

Sitzungen der politischen Kommissionen und technischen Arbeitsgruppen der KdK sowie Koordinationssitzungen mit den Direktorenkonferenzen und regionalen Regierungskonferenzen

Séances des commissions politiques et des groupes de travail techniques de la CdC et séances de coordination avec les conférences des directeurs et les conférences gouvernementales régionales

22.01.2014	Konferenz der Sekretäre der interkantonalen Konferenzen / Conférence des secrétaires des conférences intercantionales
23./24.01.2014	Präsidiumsklausur KdK-Direktorenkonferenzen / Colloque présidentiel CdC – Conférences des directeurs
30.01.2014	Begleitgruppe NFA /
21.02.2014	Begleitgruppe NFA /
10.03.2014	Arbeitsgruppe Finanz- und Fiskalfragen / Groupe de travail Questions financières et fiscales de la CdC
17.03.2014	Interkantonale Vertragskommission IVK / Commission intercantonale pour les conventions CIC
28.03.2014	Arbeitsgruppe Umsetzung Bundesrecht / Groupe de travail Mise en œuvre du droit fédéral
03.04.2014	Stab Zuwanderung, Migration und Integration (ZMI) / État-major Immigration, migration et intégration
30.04.2014	Konferenz der Sekretäre der interkantonalen Konferenzen / Conférence des secrétaires des conférences intercantionales
05.05.2014	Begleitgruppe NFA /

07.05.2014	Stab Zuwanderung, Migration und Integration (ZMI) / État-major Immigration, migration et intégration
22.05.2014	Treffen der Sekretärinnen und Sekretäre der regionalen Regierungskonferenzen / Séance des secrétaires des conférences gouvernementales régionales
27.06.2014	Kantonale TAK-Delegation / Délégation CTA cantonale
19.08.2014	Stab Zuwanderung, Migration und Integration (ZMI) / État-major Immigration, migration et intégration
20.08.2014	Konferenz der Sekretäre der interkantonalen Konferenzen / Conférence des secrétaires des conférences intercantionales
02.09.2014	Arbeitsgruppe Finanz- und Fiskalfragen / Groupe de travail Questions financières et fiscales de la CdC
03.09.2014	Interdepartementale Steuergruppe Zuwanderung und Integration SZI / Comité interdépartemental Immigration et Intégration SZI
22.09.2014	Präsidiumssitzung KdK-Direktorenkonferenzen / Séance des présidents CdC – Conférences des directeurs
22.10.2014	Konferenz der Sekretäre der interkantonalen Konferenzen / Conférence des secrétaires des conférences intercantionales
23.10.2014	Arbeitsgruppe Datenschutz BOSD / Groupe de travail Protection des données OASD
31.10.2014	Kantonale TAK-Delegation / Délégation CTA cantonale
05.11.2014	Stab Zuwanderung, Migration und Integration (ZMI) / État-major Immigration, migration et intégration
19.11.2014	Kerngruppe Steuergruppe Zuwanderung und Integration SZI / Groupe de coordination SZI
11.12.2014	Treffen der Sekretärinnen und Sekretäre der regionalen Regierungskonferenzen / Séance des secrétaires des conférences gouvernementales régionales

Sitzungen im Bereich Zusammenarbeit Bund – Kantone

Séances dans le cadre de la collaboration Confédération – cantons

10.01.2014	Besprechung mit Bundesrätin Leuthard /
26.02.2014	Europadialog mit dem Bundesrat / Dialogue Europe avec le Conseil fédéral
10.03.2014	Stammtisch der Kantone / Stammtisch des cantons
21.03.2014	Föderalistischer Dialog Bund – Kantone / Dialogue confédéral Confédération – cantons
25.03.2014	Leitorgan Unternehmenssteuerreform III / Organe de gestion Réforme de l'imposition cantonale des entreprises III
28.03.2014	Steuerungsorgan Unternehmenssteuerreform III / Organe de pilotage Réforme de l'imposition cantonale des entreprises III
08.04.2014	Expertengruppe Art 121a BV /
09.04.2014	Europadialog mit dem Bundesrat / Dialogue Europe avec le Conseil fédéral
15.04.2014	Steuerungsausschuss E-Government Schweiz / Comité de pilotage Cyberadministration suisse
15.04.2014	Expertengruppe Art 121a BV /
17.04.2014	Begleitgruppe Kantonale Integrationsprogramme /
22.04.2014	Expertengruppe Art 121a BV /
25.04.2014	Expertengruppe Art 121a BV /
16.05.2014	Treffen Büro Ständerat / Rencontre avec le Bureau du Conseil des Etats
16.05.2014	Expertengruppe Art 121a BV /
28.05.2014	Expertengruppe Art 121a BV /
06.06.2014	Europadialog mit dem Bundesrat / Dialogue Europe avec le Conseil fédéral
10.06.2014	Stammtisch der Kantone / Stammtisch des cantons
21.06.2014	Steuerungsorgan Unternehmenssteuerreform III / Organe de pilotage Réforme de l'imposition cantonale des entreprises III
26.06.2014	Steuerungsausschuss E-Government Schweiz / Comité de pilotage Cyberadministration suisse

20.08.2014	Europadialog mit dem Bundesrat / Dialogue Europe avec le Conseil fédéral
27.08.2014	Leitorgan Unternehmenssteuerreform III / Organe de gestion Réforme de l'imposition cantonale des entreprises III
01.09.2014	Steuerungsorgan Unternehmenssteuerreform III / Organe de pilotage Réforme de l'imposition cantonale des entreprises III
04.09.2014	Expertengruppe Art 121a BV /
15.09.2014	Stammtisch der Kantone / Stammtisch des cantons
16.09.2014	Expertengruppe Art 121a BV /
15.10.2014	Föderalistischer Dialog Bund – Kantone / Dialogue confédéral Confédération – cantons
15.10.2014	Steuerungsausschuss E-Government Schweiz / Comité de pilotage Cyberadministration suisse
07.11.2014	Treffen Büro Ständerat / Rencontre avec le Bureau du Conseil des Etats
26.11.2014	Begleitgruppe Kantonale Integrationsprogramme /
01.12.2014	Steuerungsausschuss E-Government Schweiz / Comité de pilotage Cyberadministration suisse
01.12.2014	Stammtisch der Kantone / Stammtisch des cantons

Sitzungen im Rahmen der Mandate

Séances en lien avec les mandats

Tripartite Agglomerationskonferenz (TAK)

Conférence tripartite sur les agglomérations (CTA)

27.01.2014	Treffen der Präsiden TAK – Metropolitanräume / Rencontre des présidences CTA - espaces métropolitains
28.01.2014	Projektleitung Nachhaltige Siedlungsentwicklung / Direction de projet Développement urbain durable
31.01.2014	Projektleitung Einbezug des ländlichen Raums in die tripartite Zusammenarbeit / Direction de projet Association de l'espace rural à la collaboration tripartite
25.02.2014	Projektleitung Integrationsdialog / Direction de projet Dialogue sur l'intégration
05.03.2014	Projektleitung Weiterentwicklung Agglomerationspolitik / Direction de projet Développement de la politique des agglomérations
29.04.2014	Projektleitung Integrationsdialog / Direction de projet Dialogue sur l'intégration
06.05.2014	Tripartite Technische Arbeitsgruppe / Groupe de travail technique tripartite
20.05.2014	Projektleitung Nachhaltige Siedlungsentwicklung / Direction de projet Développement urbain durable
27.06.2014	Tripartite Agglomerationskonferenz / Conférence tripartite sur les agglomérations
25.08.2014	Projektleitung Nachhaltige Siedlungsentwicklung / Direction de projet Développement urbain durable
02.09.2014	Projektleitung Integrationsdialog / Direction de projet Dialogue sur l'intégration
12.09.2014	Tripartite Technische Arbeitsgruppe / Groupe de travail technique tripartite
24.10.2014	Projektleitung Integrationsdialog / Direction de projet Dialogue sur l'intégration
31.10.2014	Tripartite Agglomerationskonferenz / Conférence tripartite sur les agglomérations

Konferenz der Integrationsdelegierten (KID)

Conférence des délégués à l'intégration (CDI)

22.01.2014	Retraite KID-Vorstand / Retraite Comité CDI
26.02.2014	Sitzung KID-Vorstand / Séance Comité CDI
02./03.04.2014	KID-Tagung / Assemblée CDI

21.05.2014	Sitzung KID-Vorstand / Séance Comité CDI
25.06.2014	KID-Tagung / Assemblée CDI
17.09.2014	Sitzung KID-Vorstand / Séance Comité CDI
13.11.2014	KID-Tagung / Assemblée CDI

Kantonale Finanzkontrolle

Bielstrasse 9 / Postfach 157
4502 Solothurn
Telefon 032 627 21 06
Telefax 032 627 28 60
www.finanzkontrolle.so.ch

IIIIII KANTON **solothurn**

Bericht der Revisionsstelle zur Eingeschränkten Revision

**an die Plenarversammlung der
Konferenz der Kantonsregierungen (KdK)**

Als Revisionsstelle haben wir die Jahresrechnung (Bilanz, Erfolgsrechnung und Kostenverteiler) der Konferenz der Kantonsregierungen (KdK), als Teilrechnung der ch Stiftung, für das am 31.12.2014 abgeschlossene Geschäftsjahr geprüft.

Für die Jahresrechnung ist die Plenarversammlung verantwortlich, während unsere Aufgabe darin besteht, die Jahresrechnung zu prüfen. Wir bestätigen, dass wir die gesetzlichen Anforderungen hinsichtlich Zulassung und Unabhängigkeit erfüllen.

Unsere Revision erfolgte nach dem Schweizer Standard zur Eingeschränkten Revision. Danach ist eine Revision so zu planen und durchzuführen, dass wesentliche Fehlaussagen in der Jahresrechnung erkannt werden. Eine Eingeschränkte Revision umfasst hauptsächlich Befragungen und analytische Prüfungshandlungen sowie den Umständen angemessene Detailprüfungen der bei der geprüften Einheit vorhandenen Unterlagen. Dagegen sind Prüfungen der betrieblichen Abläufe und des internen Kontrollsystems sowie Befragungen und weitere Prüfungshandlungen zur Aufdeckung deliktischer Handlungen oder anderer Gesetzesverstösse nicht Bestandteil dieser Revision.

Bei unserer Revision sind wir nicht auf Sachverhalte gestossen, aus denen wir schliessen müssten, dass die Teilrechnung nicht dem Gesetz entspricht.

Solothurn, 7. April 2015

Kantonale Finanzkontrolle


G. Rudolf von Rohr
Chefin
Zugelassene Revisionsexpertin


B. Eberhard
Leitender Revisor
Zugelassener Revisionsexperte

Konferenz
der Kantons-
regierungen

Haus der Kantone
Speichergasse 6
Postfach
CH-3001 Bern

t +41 (0) 31 320 30 00
f +41 (0) 31 320 30 20
mail@kdk.ch
www.kdk.ch

Conférence des
gouvernements
cantonaux

Maison des cantons
Speichergasse 6
Case postale
CH-3001 Berne

t +41 (0) 31 320 30 00
f +41 (0) 31 320 30 20
mail@cdc.ch
www.cdc.ch

Conferenza
dei governi
cantionali

Casa dei cantoni
Speichergasse 6
Casella postale
CH-3001 Berna

t +41 (0) 31 320 30 00
f +41 (0) 31 320 30 20
mail@cdc.ch
www.cdc.ch